



universität
wien

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die aktuelle Industriepolitik der Europäischen Union

Eine kritische Betrachtung struktureller und strategischer Determinanten

verfasst von | submitted by

Dkfm. Dr. Josef Zelger MA MA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears
on the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | De-
gree programme as it appears on the
student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

INHALTSVERZEICHNIS

<u>VORWORT.....</u>	<u>3</u>
<u>1. EINLEITUNG</u>	<u>4</u>
<u>2. THEMA UND ZIEL DER ARBEIT.....</u>	<u>13</u>
2.1. DAS THEMA DER ARBEIT	13
2.2. FORSCHUNGSFRAGE.....	14
2.3. ZUSÄTZLICHE FORSCHUNGSFRAGEN	15
<u>3. THEORIE, THESEN UND METHODE</u>	<u>16</u>
3.1. THEORETISCHE EINORDNUNG	16
3.2. THESEN DER ARBEIT	19
3.3. METHODE UND WISSENSCHAFTLICHE ARBEITSWEISE.....	19
<u>4. BEGRIFFLICHE ABGRENZUNG.....</u>	<u>22</u>
4.1. INDUSTRIE UND INDUSTRIEPOLITIK.....	22
4.2. STRUKTURELLE UND STRATEGISCHE DETERMINANTEN.....	23
<u>5. FORSCHUNGSGRUNDLAGEN</u>	<u>24</u>
5.1. HISTORISCHE EINORDNUNG.....	24
5.2. PRAKTISCHE EINORDNUNG IN DISKUSSIONEN.....	33
<u>6. INDUSTRIEPOLITISCHE STRATEGIE</u>	<u>49</u>
6.1. INDUSTRIEPOLITIK UND TECHNISCHER FORTSCHRITT	49
6.2. INDUSTRIEPOLITIK UND WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM.....	53
6.3. INDUSTRIEPOLITIK UND FINANZSTRATEGIE DER EU	60
6.4. ANALYSE STRUKTURELLER DETERMINANTEN	65
6.5. ANALYSE STRATEGISCHER DETERMINANTEN	70
6.6. KRITIK DER EU-INDUSTRIEPOLITIK.....	75
<u>7. RESÜMEE</u>	<u>87</u>
<u>LITERATURVERZEICHNIS.....</u>	<u>92</u>
MONOGRAFIEN/ARTIKEL	92
ONLINE-ABRUF.....	94
<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	<u>102</u>
<u>KURZFASSUNG</u>	<u>103</u>
<u>ABSTRACT.....</u>	<u>104</u>

VORWORT

Die vorliegende Masterarbeit entstand als wissenschaftliche Leistung im Anschluss an das Masterstudium Internationale Entwicklung an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien. Im Verlaufe meines Studiums absolvierte ich Projektkurse, Vorlesungen und Seminare, die thematisch mit der kritischen Betrachtung der aktuellen Wirtschafts- und Wachstumspolitik der Europäischen Union zusammenhängen.

Der technische Fortschritt wird als Grundlage und Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum betrachtet. Die seit mehreren Jahren anhaltende wirtschaftliche Stagnation in der Europäischen Union, EU, allgemein und in den wirtschaftlich eng verbundenen Staaten Deutschland und Österreich haben mich angeregt, die Ursachen dieser Situation näher zu erforschen.

Dies veranlasste mich, die Entwicklung des technischen Fortschritts und seine Unterstützung durch Investitionen näher zu betrachten, die möglichen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum aufzuzeigen, um Hinweise auf die Bedeutung wirtschaftspolitischer Interventionen zu erlangen. Es war mein Interesse zu hinterfragen, ob technologische Innovation und die Nutzung von Ressourcen notwendig sind, um wirtschaftliches Wachstum herbeizuführen oder zu sichern und welche Bedeutung die Industriepolitik in der EU derzeit einnimmt.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei Doris Vogl, die mit mir für das Studium bedeutsame Gespräche führte und mich mit wertvollen Hinweisen unterstützte. Besonderer Dank gilt meinen Töchtern Martina und Andrea für das Korrekturlesen dieser Masterarbeit.

Mein verbindlicher Dank gilt meinen beiden Töchtern Andrea und Martina sowie meinen Schwiegersöhnen Christian und Fritz, die mich während der Studienzeit motivierten und mir stets, auch in Gemeinschaft mit den Enkelkindern Helena und Benjamin, den familiären Rückhalt gaben.

Ein besonderer Dank gilt meinem Betreuer, Herrn Mag. Dr. Johannes Jäger, der mir diese Masterarbeit ermöglichte.

1. EINLEITUNG

Die Industriepolitik der Europäischen Union befindet sich gegenwärtig in einem grundlegenden Wandel. Angesichts globaler Krisen, geopolitischer Machtverschiebungen und ambitionierter klimapolitischer Zielsetzungen gewinnt die Frage nach der strategischen Steuerung wirtschaftlicher Transformationen an Bedeutung. Spätestens seit dem europäischen Green Deal (2019) und den pandemiebedingten Lieferkettenstörungen (ab 2020) ist eine Renaissance industriepolitischer Ansätze in der EU zu beobachten. Mehrere Programme und Initiativen zu deren Finanzierung verdeutlichen die Bemühungen der EU, industriepolitische Steuerung mit Nachhaltigkeit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.

Diese Entwicklung wirft die grundlegenden Fragen auf, in welcher internationalen wirtschaftspolitischen Position sich die EU befindet, welche Abhängigkeiten handelspolitischer Art im sich verändernden geopolitischen Kräftefeld bestehen und welche strukturellen Voraussetzungen die industriepolitischen Handlungsspielräume der EU bestimmen. Die geopolitischen Veränderungen stellen in Zusammenhang mit der grünen Transformation besondere Herausforderungen für die strategische und strukturelle Ausrichtung der Industriepolitik der Europäischen Union dar. Die EU-Industriepolitik befindet sich im Kräftefeld zwischen Prinzipien des Binnenmarktes, der Wettbewerbsordnung, der strategischen Ausrichtung, der Standortsicherung, der industriellen Produktionsauslagerungen und den Bestrebungen zur Rückverlagerung von Technologie und Produktionsweisen. Der technologische Fortschritt hat in den letzten Jahrzehnten enorme Entwicklungen und Veränderungen hervorgebracht, die nahezu alle Bereiche im Leben der Menschen erfasst haben, die Lebensweise in den Gesellschaften weiterhin beeinflussen und das wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenleben betreffen. Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen werden von der Europäischen Union unterstützt und gefördert, da die strategische Industriepolitik der EU mit der technologischen Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft verbunden ist. Der alles umfassende technische Fortschritt und die technologische Weiterentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Einkommenssteigerungen und Zunahme des Wohlstands. Die Wirtschaft übernimmt die entwickelten

Technologien und setzt sie, soweit dies technisch möglich und ökonomisch vertretbar ist, in den Bereichen der Fertigung, der Material- und Produktinnovation um. Die EU unterstützt mit der Industriepolitik die Umsetzung von Technologien und Innovationen in Schlüsselindustrien und die technische Transformation in den Bereichen der Kommunikation und Datenverarbeitung und versucht, Ziele der Sicherheit und Nachhaltigkeit wie auch der Digitalisierung und des Ressourcenschutzes im Material- und Energiebereich zu erreichen.

Die EU verfolgt mit ihrer Industriepolitik auch Klimaziele und Ziele einer Energiewende die gesellschaftlich veranlasst sind. Diese stellen daher eine wirtschaftspolitische Einflussnahme auf die profitable Produktionsweise, auf die Bedingungen und Grundlagen ökonomischen Handelns und auf die Lebens- und Verhaltensweise der Menschen dar. Die Strategie der Industriepolitik der EU verfolgt auch geopolitische Ziele, um die Abhängigkeit von Energielieferungen, Rohstofflieferungen und der Lieferung industrieller Fertigungsteile aus entfernten Drittstaaten, die durch globale Auslagerungen entstanden sind, zu reduzieren. Die EU-interne industrielle Fertigung soll in den Bereichen der grünen Industrie durch Förderungen forciert werden. Industrieproduktionen der elektronischen, elektrotechnischen, metalltechnischen, autotechnischen und medizinischen Sektoren, deren Fertigung durch Joint Venture Verträge ab den 1960iger Jahren und durch Zukauf von Teilen und Komponenten verstärkt ab den 1990iger Jahren in benachbarte Länder und in EU-ferne Niedriglohnländer ausgelagert worden ist, sollen durch Investitionsförderungen, Finanzierungshilfen, Standortunterstützungen und Regulierungsmaßnahmen in die EU rückverlagert werden. Die EU ergänzt die Industriepolitik mit einer Handelspolitik, welche die Beschaffung und Zulieferung von Rohstoffen aus Drittstaaten sichern soll, da diese in der EU nicht oder nur in geringen Mengen vorkommen, jedoch für die Energie- und Technologietransformation benötigt werden.

Der technische Fortschritt wird als Grundlage und Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum betrachtet. Seit mehreren Jahren gibt es in der Europäischen Union allgemein und in den wirtschaftlich eng verbundenen Staaten Deutschland und Österreich eine seit 2023 anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Ein wirtschaftliches Wachstum, wie es jahrzehntelang seit den

1960 Jahren gegeben war, findet nicht mehr statt. In Teilbereichen der Wirtschaft handelt es sich um eine Rezession, die einen allgemeinen Rückgang der Wirtschaftsleistung bewirkt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten versuchen bereits seit längerer Zeit mit industriepolitischen und technologiefördernden Konzepten Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu setzen, die Beschäftigung zu fördern und die Konkurrenzfähigkeit der Standorte zu stärken. Die Industriepolitik der Europäischen Union beeinflusst ganz gezielt die technologische Grundlagenforschung und die technische Innovation in den Industrieunternehmen, um die europäische Wirtschaft nachhaltig mit dem Ressourcenverbrauch abzustimmen und wettbewerbsfähig zu machen.¹

Technische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen sind sowohl erkennbare und wichtige Tatsachen als auch Bestimmungsfaktoren im Leben der Menschen, die in einer Gesellschaft miteinander verbunden sind.

Die Welt ist in jüngster Vergangenheit durch die technologische Entwicklung und durch technische Neuerungen eine andere geworden. Sie hat sich durch den Einsatz von Feuer, Pferd, Rad, Dampf, Elektrizität, Auto, Flugzeug, Atomkraft oder Rakete verändert. Sie ändert sich derzeit durch viele umweltschonende Impulse, durch Erfindungen und Anwendung von Geräten, Hilfsmittel, Werkstoffen mit elektromagnetischen und elektronischen Sensoren und mikroelektronischen Reglern, sowie durch den Einsatz verschiedener Kraftquellen, Methoden künstlicher Intelligenz und Energien, die wiederum mit moderner Technologie erzeugt werden. Dieser scheinbar unaufhaltsame technische Fortschritt wird sich in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen, von unserer heutigen Welt unterscheiden und Veränderungen der Lebensweise sowie der sozialen Bindungen der Menschen hervorbringen und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten beeinflussen.² Nicht jeder technische Fortschritt wird von den Menschen zu einer Änderung der Lebensweise herangezogen. Wird jedoch die Lebensweise verbessert, die Gesundheit und das Wohlbefinden gestärkt, wenden die Menschen die technischen Hilfsmittel an.

¹ Vgl. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsätze-der-industriepolitik-der-eu>.

² Vgl. Nolan, Patrik, Lenski Gerhard, Human Societies, An Introduction to Macrosociology (Colorado, 80301 USA, 2009), S. 3.

Ökonomischer Wandel vollzieht sich nicht plötzlich und unvorhergesehen, sondern als Folge von Forschung, Experimenten, Erfindungen und Innovationen. Er betrifft die Erzeugung neuer Produkte, die Veränderung der Produktionsweise, die Verwendungen anderer oder neuer Materialien und Materialzusammensetzungen, die Gewinnung und Beschaffung von Rohmaterial, die Rohstoffverarbeitung, sowie Lagerhaltung, Transportmittel und -wege, elektronische, elektrotechnische und digitale Dienste, wie auch Leistungen der Kommunikation, der Informationsbeschaffung sowie der Daten- und Informationsverarbeitung.

Die industriepolitischen Maßnahmen der Europäischen Union sind wichtige Impulse, um ökonomischen Wandel herbeizuführen. Eine kritische Betrachtung dieser Aktivitäten und deren Auswirkungen ist notwendig, um die Veränderungen und Entwicklungen zu beurteilen und mit der Ausgangslage oder mit möglichen Erwartungen zu vergleichen. Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen können zu einer Steigerung industrieller Leistungen führen, eine weitere Zunahme der Industrieproduktion verhindern oder eine Minderung derselben bewirken. Wachstum kann durch Steigerung der Produktivität oder durch Ausweitung der Produktion erzielt werden.³ Produktivitätsverbesserung werden mit arbeits- und materialtechnischen Innovationen erzielt. Eine angestrebte Kapazitätsausweitung zur Steigerung quantitativer Leistungen erfordert zusätzliche Investitionen in die Maschinen und Ausrüstung der Fertigung, um die technischen Kapazitäten anzupassen.⁴

In der politischen Ökonomie wird die Frage gestellt, inwiefern technologische Innovationen zu einem allgemein steigenden Wachstum der Wirtschaft führen, die Beschäftigungslage und die Einkommensverhältnisse verbessern, oder ob bestehende wirtschaftliche und soziale Strukturen unverändert bleiben und gesellschaftliche Machtstrukturen reproduziert werden. Es gilt zu hinterfragen und objektiv zu beleuchten, um zu verstehen, warum Wandel passiert, Veränderungen angestrebt werden. Es ist festzustellen, warum Neuerungen von vielen Menschen positiv aufgenommen oder nur zurückhaltend angewendet werden, um die

³ Vgl. Jäger, Springler, Ökonomie der internationalen Entwicklung, S. 205.

⁴ Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Die Produktion (Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963), S.63.

Arbeitsweisen zu verbessern. Jede Veränderung ist mit finanziellen Anstrengungen, dem Erwerb neuer Kenntnisse und mit der Handhabung neuer materieller oder immaterieller Vermögensgüter verbunden, die bisherige obsolet machen. Ein schneller Wandel in vielen Lebensbereichen wirft die Frage auf, ob die Vorteile und Erfolge, die beim Übergang von einer Situation in eine andere erzielt werden, die Nachteile und Verluste rechtfertigen. Technologischer Fortschritt erlaubt es, neue Güter und Dienstleistungen zu konsumieren und Verhaltensweisen zu ändern. Es entsteht jedoch die Herausforderung, dass gesellschaftliche Änderungen unter wirtschaftlicher und sozialer Kontrolle gehalten werden.⁵

Die Europäische Union versucht mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen kontrollierend und lenkend in die Veränderungen einzugreifen, sowie Bedingungen vorzugeben, um für die Unionsziele⁶ der Energietransformation und des Green Deal Industrieplanes einen Erfolg sicherzustellen.⁷ Aus wirtschaftlichen Rückschlägen mit Leistungsminderungen, steigender Arbeitslosigkeit und Belastungen für die öffentlichen und privaten Haushalte führen nur große finanzielle Anstrengungen zu einer Stabilisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichgewichts. Die benötigten strukturellen Anpassungen und Steuerbelastungen bewirken eine steigende Inflation infolge nationaler und unionsweiter Kreditverpflichtungen, sodass auf lange Sicht eine Verarmung weiterer Bevölkerungskreise verursacht wird. Daher ist in einer kritischen Beurteilung der Industriepolitik der EU und ihrer Maßnahmen zu beachten, dass ein technologischer Wandel neben den in den Zielen angestrebten Vorteilen auch wirtschaftliche und soziale Nachteile verursachen kann, denen durch aktives Handeln und geeignete risikomindernde Maßnahmen entgegenzuwirken ist.

Es ist eine Herausforderung, die Grundlagen und Einflussfaktoren, welche zukünftigen Veränderungen mit sich bringen, kennen zu lernen und zu verstehen. Die Einflüsse von außen erfordern für einzelne Personen oder für Personengruppen Anstrengungen, um die Neuerungen, die angeboten werden, zu übernehmen, den Wandel und die Veränderungen zu bewältigen

⁵ Vgl. Nolan, Lenski, Human Societies, S. 3.

⁶ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_en (abgerufen 12.5.2025).

⁷ Vgl. Jäger, Springler, Ökonomie der internationalen Entwicklung, S. 152.

und die dadurch entstehenden Belastungsproben zu bestehen.⁸ In einer sicheren und vertrauten Umgebung können Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit, wenn auch mit unterschiedlicher Qualität und Intensität, aufgebaut und gepflegt werden, damit das persönliche und soziale Umfeld gefestigt wird und eine sichere Grundlage für eine mutige Bewältigung der technischen und wirtschaftlichen Veränderungen und der Lebensgestaltung im Alltag hergestellt wird.⁹

Der technologische Fortschritt bringt Entwicklungen und Veränderungen, die nahezu alle Lebensbereiche betreffen, jedoch nicht überall Verbesserungen hervorrufen. Es gibt positive und negative Aspekte, die sich unterschiedlich in einzelnen Bereichen und auf einzelne Individuen oder Gruppen auswirken und gesellschaftliche, ethische, politische, soziale und wirtschaftliche Konsequenzen haben. Die Kenntnis dieser Zusammenhänge ermöglicht es, sich auf die technischen Veränderungen und den ökonomischen Wandel vorzubereiten, um Einflüsse auf die erwarteten Auswirkungen zu nehmen und unerwünschte Entwicklungen zu verhindern oder abzuschwächen. Eine aktive und unterstützende Einflussnahme auf die technische Forschung kann zu einer erwünschten Weiterentwicklung führen und wirtschaftliches Wachstum bewirken.¹⁰

Ökonomischer Fortschritt und technologischer Wandel sind eng miteinander verbunden. Technische Forschungen und Neuentwicklungen von Produkten und Dienstleistungen sowie Organisationsformen und Strukturen mit informationstechnischer Unterstützung ermöglichen eine qualitative und quantitative Veränderung der wirtschaftlichen Produktionsweise.

Die Industriepolitik der EU zielt darauf ab, eine fortschreitende Verbesserung des Ressourceneinsatzes durch Innovationen, Substitutionen oder Recycling zu erreichen. Eine effektivere Gestaltung der Produktionsweise durch Investitionen in die technische Ausgestaltung der Maschinen und Werkzeuge kann Kostensenkungen bewirken und Wettbewerbsvorteile bringen, die Standorte sichern, Produktinnovationen fördern und Wachstum verursachen, sofern diese Vorteile nicht durch höhere Energie- und Rohstoffkosten

⁸ Vgl. Lechner, Julia, Erweiterung der Führungskompetenz und Führungstools durch eine Krise. In: Peischel, Wolfgang (Hrsg.), Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Autarkie (Berlin 1921), S. 513-521, 519.

⁹ Vgl. Roche, Mazo de la, Heimkehr nach Jalna (Berlin 1986), S. 254.

¹⁰ Vgl. Jäger, Springler, Ökonomie der internationalen Entwicklung, S. 159.

ausgeglichen oder überkompensiert werden. In der Herstellung von industriell gefertigten Produkten ist technologischer Fortschritt mit Produktinnovationen durch Material- und Energieeffizienz ein wichtiger Impulsgeber für ein nachhaltiges und langfristiges Wirtschaftswachstum. Neue Technologie trägt maßgeblich dazu bei, Wohlstand zu schaffen und durch ihre Wirksamkeit die Lebensweise der Menschen zu verbessern. Es müssen jedoch die Grundlagen geschaffen werden, dass die technischen Errungenschaften allen oder möglichst vielen Menschen zugutekommen können und die Ausbildung die Voraussetzungen schafft, dass Technik erfolgreich genutzt werden kann.

Wissenschaftliche Theorien sollen unterstützend und erklärend dazu beitragen, die Zusammenhänge von Technologieentwicklung und dem Einsatz von Technik in den verschiedenen Bereichen menschlicher Aktivitäten zu erklären und die Gründe und Ursachen, die Maßnahmen und Wirkungen aufzuzeigen oder Vorschläge zu Veränderungen vorzubereiten.¹¹

Die Sammlung von Daten, die Kenntnis von Realitäten sowie die Tatbestände der Handlungen wichtiger Akteure ist eine Aufgabenstellung, um die Wirksamkeiten von Maßnahmen zu erfassen und zu erklären, wie die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die in einer Gesellschaft eingebunden sind, aus Interaktionen zwischen Ressourcenbeschaffung und Ressourcennutzung hervorgehen.¹²

Wirtschaftliches Wachstum ist von der Verfügbarkeit der Ressourcen abhängig, die in den Prozess der Erzeugung von Produkten und Leistungen eingesetzt werden, welche auf den Menschen zur Verwendung oder Nutzung angeboten werden. Ist die Verfügbarkeit von Ressourcen nicht gewährleistet, kann eine Steigerung von Erzeugungsleistungen und die Herstellung höherer Produktmengen in den Bereichen, wo dies zutrifft, nicht mehr vorgenommen werden. Sind Ressourcen abnehmend, nicht substituierbar und schließlich durch Erschöpfung nicht mehr verfügbar, schrumpft die Produktionsleistung und wird mit dem Fehlen von Ressourcen beendet. Forschungen, Erfindungen und technische Innovationen können jedoch neue Ressourcen erschließen und mit bisherigen oder neuen Produkten und Leistungen den Produktionsprozess aufrechterhalten, um die Verbraucher qualitativ und quantitativ zu versorgen.

¹¹ Vgl. Nolan, Lenski, Human Societies, S. 4.

¹² Vgl. Nolan, Lenski, Human Societies, S. 5.

Der wirtschaftliche Fortschritts- und Wachstumsprozess ist eingebunden in das System von Angebot und Nachfrage von Produkten und Leistungen, wobei marktwirtschaftliche Voraussetzungen unterstellt werden, gemäß denen die Unternehmungen die Aufgabe der Bereitstellung konsumreifer Güter für den Markt erfüllen.¹³

Werden Produkte und Leistungen nicht im angebotenen Umfang nachgefragt und kann über das Angebot und die Werbung keine entsprechende Nachfrage generiert werden, oder fehlen den Konsumenten die erforderlichen finanziellen Mittel, um Einkäufe zu tätigen, kommt ein Ungleichgewicht im Markt zustande. Dann kann Wachstum nicht zustande kommen, sondern wird durch das Verhalten der Konsumenten verhindert. Die Wirtschaftsleistung wird in den betroffenen Sektoren entsprechend der sinkenden Nachfrage zurückgenommen und die Gesamtwirtschaft kann von einer Phase des Wachstums in eine Phase der Rezession übergehen, in der sie weniger Ressourcen und weniger Beschäftigung benötigt.

Wirtschaftliches Wachstum entsteht nur, wenn ausreichend verfügbare Güter und Leistungen in der nachgefragten Menge und Qualität eine immer größere und anspruchsvollere Bevölkerung erreichen, um der Nutzung oder dem Verbrauch zugeführt zu werden. Die für eine marktwirtschaftliche Ordnung charakteristische Unternehmung trifft unternehmerische Entscheidungen, um im Markt bestehen zu können, autonom nach dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip und berücksichtigt dabei durch organisatorische Leistungen die Finanzierung der Investitionen und eine optimale Nutzung der für die Erzeugung einzusetzenden Ressourcen. Das erwerbswirtschaftliche Prinzip ist Grundlage und Strukturelement des marktwirtschaftlichen Systems, auch wenn die Motive und Triebkräfte unternehmerischen Handelns und Entscheidens in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedingungen persönliche und soziale Komponenten beinhalten können.¹⁴

Um die marktwirtschaftlichen Erfordernisse erfüllen zu können und den Bedarfsveränderungen und Konkurrenzverhältnissen gerecht zu werden, wird eine Unternehmung Kapital in Forschung, Entwicklung, technische

¹³ Vgl. Gutenberg, Erich, Der Absatz (Heidelberg 1964), S. 3.

¹⁴ Vgl. Gutenberg, Der Absatz, S. 8.

Leistungen und materielle Neuerungen investieren müssen. Sie ist auch veranlasst, organisatorische Innovationen hervorbringen, um den Risiken des unternehmerischen Handelns zu begegnen. Auf dieser Grundlage und eingebunden in der Struktur von Entscheidungen und Maßnahmen gemeinschaftspolitischer und staatlicher Organisationen werden die unternehmerischen Entscheidungen auch gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen berücksichtigen und Unternehmen werden mit ihrer Tätigkeit einen wesentlichen Beitrag zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt leisten.

Technologisch bewirkter ökonomischer Fortschritt beinhaltet quantitative und qualitative Änderungen der wirtschaftlichen Leistungen. Eine Steigerung der Produktivität kann neben einer Produktionsausweitung bereits einen mengenmäßigen Anstieg der industriellen Leistungen bewirken. Eine Effizienzsteigerung der industriellen Fertigungsweise durch technische Innovationen kann die Zusammensetzung der Kostenfaktoren ändern und den Werteinsatz verringern. Der Erfolg des wirtschaftlichen Fortschritts ergibt sich aus der Differenz zwischen den im Leistungsprozess eingesetzten Werten und den Erlösen der verkauften Güter, Produkte und Leistungen.¹⁵

Dieser allgemeinen Darstellung des Themas dieser Arbeit und der damit zusammenhängenden Aufgabenstellung folgt zur Abgrenzung der wissenschaftlichen Vorgangsweise eine Klärung zentraler Begriffe und eine Bestimmung theoretischer Perspektiven. Die Arbeit nimmt eine historische Einbettung der Industriepolitik im Kontext der europäischen Integration vor und erarbeitet die Grundlagen des industriepolitischen Handelns und der Finanzierung industriepolitischer Maßnahmen in der EU. Im Anschluss werden die strukturellen und die strategischen Determinanten der EU-Industriepolitik untersucht und beurteilt. Abschließend wird die aktuelle EU-Industriepolitik in einer kritischen Gesamtschau analysiert und bewertet.

¹⁵ Vgl. Wöhe, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (München 1986), S 47.

2. THEMA UND ZIEL DER ARBEIT

2.1. Das Thema der Arbeit

Diese Masterarbeit behandelt das Thema: „Die aktuelle Industriepolitik der Europäischen Union. Eine kritische Betrachtung struktureller und strategischer Determinanten“.

Die Arbeit untersucht auf kritische Weise positive und negative Aspekte der Industriepolitik der Europäischen Union. Sie zeigt die Notwendigkeit der Neupositionierung der EU-Industriepolitik und Neugestaltung der industriellen Leistung im Zusammenhang strategischer Einflussfaktoren und geopolitischer Kräfteverhältnisse auf. Dabei werden Maßnahmen wie Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Reduktion von Abhängigkeiten, Steigerung der Beschäftigung sowie Standortsicherungen durch Finanzierung und Implementierung erfolgreicher technischer Innovationen und Verbesserungen in Industrie und Gewerbe hervorgehoben. Der Verfasser dieser Arbeit macht sichtbar, dass die industriepolitischen Maßnahmen der EU-Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die soziale Situation der Menschen und ihre Lebensweise haben.¹⁶

In der politischen Ökonomie wird kritisch hinterfragt, welche Ursachen die wirtschaftlichen Situationen und Veränderungen herbeigeführt haben. Und es wird hinterfragt, welche Bedeutung wirtschaftspolitische Maßnahmen der Europäischen Union oder einzelner Staaten haben und ob technische Innovationen zu einem gesellschaftlichen Wandel führen und eine Zunahme des allgemeinen Wohlstandes bewirken. Die situativen Zusammenhänge dieser Veränderungen mit den vielschichtigen Ursachen werden erforscht, um die Strukturen zu erkennen, die Entscheidungen aufzuzeigen, die Wirkungen von Maßnahmen zu beurteilen und in ihrer Bedeutung zu bewerten. Es ist daher von Bedeutung, eine Analyse der Ursachen technologischer Einflüsse auf die ökonomischen Veränderungen vorzunehmen, die Ergebnisse aufzuzeigen und zu kommunizieren.¹⁷

Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, die Industriepolitik der Europäischen Union in einem technischen und wirtschaftlichen Wirkungsgefüge

¹⁶ Vgl. Jantzen, Wolfgang, Persönlichkeit und sozialer Sinn (Gießen 2020), S. 159.

¹⁷ Vgl. Jäger, Johannes, Springler Elisabeth, Ökonomie der internationalen Entwicklung (Wien 2015), S. 157.

darzustellen und die aktuellen strukturellen und strategischen Determinanten dieser Industriepolitik systematisch zu analysieren und kritisch zu bewerten. Sie basiert auf einem qualitativen, theoriegestützten Zugang und berücksichtigt sowohl institutionelle Rahmenbedingungen als auch zentrale politische Initiativen und Zielkonflikte. Dabei sollen insbesondere die Spannungen zwischen wirtschaftlicher Integration, nationalstaatlichen Interessen und supranationalen, industriepolitischen Ambitionen herausgearbeitet werden.

Die Europäische Union verfolgt mit ihrer Industriepolitik statt operativer Ziele zunehmend strategische Ziele, wie technologische Souveränität, grüne Transformation und geopolitische Resilienz. Die energiepolitischen Verwerfungen infolge des Ukraine-Kriegs sowie die Konkurrenz durch China und die USA verstärken den politischen Handlungsdruck. Gleichzeitig bestehen Spannungen zwischen industriepolitischen Ambitionen und den Prinzipien des Binnenmarkts und der Wettbewerbspolitik. Die Relevanz des Themas liegt in der Frage, wie kohärent und zukunftsfähig die aktuelle Industriepolitik der EU tatsächlich ist und welche institutionellen Kompetenzen und strukturellen Bedingungen diese ermöglichen.

Die Arbeit soll einen systematischen Überblick über die aktuelle EU-Industriepolitik sowie eine fundierte Analyse der aktuellen industriepolitischen Strategie, ihrer Struktur- und Handlungslogik sowie der Wirksamkeit von Entscheidungen vorlegen. Sie soll eine kritische Einordnung der industriepolitischen Ziele der EU und ihrer Umsetzung im geopolitischen Kräfteverhältnis aufzeigen und zur Debatte um strategische Autonomie und technologische Wettbewerbsfähigkeit beitragen. In diesem Zusammenhang ergeben sich die zentralen Forschungsüberlegungen dieser Arbeit mit der zentralen Forschungsfrage.

2.2. Forschungsfrage

Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit lautet: Welche strukturellen und strategischen Determinanten prägen die gegenwärtige Industriepolitik der EU, und wie sind diese kritisch zu bewerten? Die Frage ist eingeordnet im strukturellen Rahmen der Europäischen Union, der die politische und

wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der EU bestimmt, ihre Zielsetzungen festlegt und begrenzt. Dies bedeutet auch, dass die strategische Positionierung der EU zu Zielkonflikten sowohl innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten als auch gegenüber geopolitischen Akteuren bewirken kann.

Ziel der Arbeit ist es, eine fundierte Analyse der aktuellen industriepolitischen Strategie der EU vorzulegen, die festgestellten Probleme und Herausforderungen aufzuzeigen und strategische und strukturelle Widersprüche oder ökonomische Ungleichgewichte zu identifizieren.

2.3. Zusätzliche Forschungsfragen

Weiters adressiert der Autor folgende Fragen: Welche Akteure bestimmen die europäische Industriepolitik und treffen die maßgeblichen Entscheidungen? Welche institutionellen Strukturen bilden die Grundlagen für industriepolitische Strategien und wirtschaftspolitische Handlungen? Welche Konflikte entstehen im Kräftefeld zwischen marktwirtschaftlich orientierten unternehmerischen Vorgangsweisen und den Herausforderungen aus geopolitischen oder klimabezogenen Zielen der EU? Welche Widersprüche lassen sich durch die strategischen Neuausrichtung der Energiepolitik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten in Anbetracht geopolitischer Konkurrenzsituationen und einer für kritische Materialien bestehende Ressourcenknappheit für technologische Änderungen und Produktinnovationen in der Industrie identifizieren?

3. THEORIE, THESEN UND METHODE

3.1. Theoretische Einordnung

Die verschiedenen Theorien sollen unterstützend und erklärend dazu beitragen, die Zusammenhänge von Technologieentwicklung und dem Einsatz von Technik in den verschiedenen Bereichen menschlicher Aktivitäten zu definieren, sowie die Gründe und Ursachen, die Maßnahmen und Wirkungen aufzuzeigen oder Vorschläge zu Veränderungen vorzubereiten. Die Sammlung von Daten, die Kenntnis von Ursachen oder Tatbeständen über die Wirksamkeit von Maßnahmen ermöglichen die Offenlegung technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen, die in einer Gesellschaft eingebunden sind und Interaktionen zwischen Ressourcenbeschaffung und Ressourcennutzung darstellen.

Die Analyse der Industriepolitik der EU erfordert ein theoriepluralistisches Vorgehen, das institutionelle Strukturen, politische Interessenlagen sowie ökonomische Zielsetzungen integriert. Die Arbeit verfolgt ein mehrdimensionales Analysemodell, das strukturelle und strategische Einflussfaktoren im Kontext europäischer Institutionen, Interessen, Akteure und Narrative systematisch erfasst. Bestehende Strukturen innerhalb der Europäischen Union prägen die Kompetenzen und Entscheidungsvorgänge, welche für die EU-Industriepolitik von Bedeutung sind.

Die industriepolitische Entwicklung innerhalb der EU zeigt die zentrale Rolle nationalstaatlicher Interessen, die mit Zuständigkeitsstrategien verfolgt werden. Auf Unionsebene werden die Ziele der Industriepolitik mit Vorgangsweisen von Zustimmung und Ablehnung seitens der EU-Mitgliedsstaaten eingeschränkt, insbesondere in den angrenzenden Bereichen der Energie- und Klimapolitik. Funktionalismus-Theorien ermöglichen es, Integrationslogiken in der EU und Souveränitätsdebatten im Zusammenhang mit industriepolitischen Entscheidungen zu analysieren. Große europäische Industrieunternehmen verschiedener Branchen, wie Daimler, Siemens, Bayer, Bosch, Volkswagen, Fiat, Renault, Volvo, Thyssenkrupp, Airbus oder Voestalpine, verfolgen eine eigenständige, für das jeweilige Unternehmen und seine Eigentümer relevante Industriepolitik und sind grenzüberschreitend überregional in den Mitgliedsstaaten der EU und international außerhalb der

EU mit Handelsniederlassungen oder Betriebsstätten tätig.¹⁸ Einzelne dieser großen Unternehmen haben weltweit Tausende bis mehrere Hunderttausende Beschäftigte, generieren hohe Umsätze und Gewinne und spielen eine wichtige Rolle in der globalen Wirtschaft sowie in der Forschung und Entwicklung ihrer Branche. Als wirtschaftliche Akteure beeinflussen diese Großunternehmen die strategische Gestaltung der Industriepolitik in der EU, die Wettbewerbsstruktur auf dem Binnenmarkt und die Entscheidungen über Förderungen von Investitionen zur Standortsicherung oder zur Stärkung der Technologie und ihrer Wettbewerbsvorteile.

Aus der Sicht der politischen Ökonomie ist Industriepolitik ein strategisches Eingreifen in die Entscheidungen der Industrieunternehmen und das unabhängige Funktionieren der Märkte, um brachliegende Kapazitäten zu mobilisieren oder Kapital zur Schaffung von gewünschten Fertigungskapazitäten in bestimmten Branchen zur Verfügung zu stellen. Theorien über die Aufgaben und Funktionen des Staates vertreten ein wirtschaftlich gerechtfertigtes Eingreifen des Staates zur Regulierung bestimmter Sektoren.¹⁹ Die industriepolitischen Maßnahmen, die im Rahmen der EU-Handlungsspielräume als Anordnungen erlassen werden, können nach ihrer Wirksamkeit und nach dem wirtschaftlichen oder sozialen Erfolg kritisch beurteilt werden. Die nicht-hegemonial verankerte EU-Interventionsstaatlichkeit im Herrschaftsmodus der (Selbst-)Disziplinierung stellt die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank vor große Herausforderungen.²⁰

Wirtschaftliche und politische Systeme können aufgrund von wechselseitigen Abhängigkeiten nicht getrennt voneinander betrachtet, analysiert und bewertet werden. Wirtschaftliches Handeln hat Auswirkungen auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen mit Rahmenbedingungen die Wirtschaft und beeinflussen ökonomische Entscheidungen und wirtschaftlichen Erfolg. In der Realität der Interaktionen, mit denen die Ressourcen eingesetzt und verbraucht werden, bewegen sich Menschen, die

¹⁸ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Unternehmen_in_Europa.

¹⁹ Vgl. Jäger, Johannes, Springler Elisabeth, Ökonomie der internationalen Entwicklung (Wien 2015), S. 129.

²⁰ Vgl. Gerken, Johannes, EU-Staatlichkeit zwischen Ausbau und Stagnation. Kritischen Perspektiven auf die Transformationsprozesse in der EU-Krise (Transkript Verlag 2021), S. 36.

auf Informationen, Ereignissen, Meinungen und Angeboten mit eigenen Kenntnissen agieren und reagieren, in dem sie Verhaltensweisen entwickeln, eigene Meinungen bilden und auf der Grundlage finanzieller Möglichkeiten sowie persönlicher Interessenslagen und Zielsetzungen handeln.²¹

In der politischen Ökonomie geht es um die Auseinandersetzung mit den vorhandenen Strukturen, den verfügbaren Ressourcen, den politischen Entscheidungen und dem wirtschaftlichen Handeln, mit dem Ziel, Strukturen zu gestalten und Entscheidungen in Politik und Wirtschaft zu beeinflussen. Es ist zu berücksichtigen und zu beurteilen, was wirtschaftlich an Grundlagen gegeben ist, welche Industrien, Unternehmen und Ressourcen vorhanden sind und wie diese in Produkten und Leistungen konkret unter welchen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingesetzt werden.

Die Europäische Union als Zusammenschluss von Mitgliedstaaten hat Strukturen, die durch politische Willensbildung aufgebaut wurden. Diese Strukturen sind die Voraussetzung, um Strategien zu entwickeln. Ebenso hat die Wirtschaft in der EU eine Struktur, die durch wirtschaftliches Handeln und Entscheidungen zur Ressourcennutzung entstanden ist. Es gibt Bedingungen, Zusammenhänge, Einflussfaktoren und Abhängigkeiten, die kritisch und objektiv reflektiert werden, um ein Verständnis für die politische und ökonomische Realität zu erlangen.

Die politische Ökonomie zeigt einen transdisziplinären Zugang zu den wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen und untersucht kritisch die Entwicklungsprozesse sowie die entstandenen Grundlagen und Strukturen.²²

Die Informationen über die tatsächlichen Strukturen und die bekannten Strategien helfen, die getroffenen Maßnahmen zu interpretieren und die Auswirkungen zu bewerten oder zu beurteilen. Ein umfassendes Verständnis der sozialen Welt und der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge ist Voraussetzung, in die Diskussion über Strategien, Maßnahmen und Auswirkungen einzutreten und kritische Stellungnahmen zu erarbeiten.

²¹ Vgl. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20297/politische-oekonomie/>.

²² Vgl. Schmidt, Lukas, Einleitung: Politische Ökonomie. In: Schmidt, Lukas, Schröder, Sabine, Entwicklungstheorien (Wien 2016), S. 130.

3.2. Thesen der Arbeit

Es wird erwartet, dass technischer Fortschritt nicht neutral ist, sondern durch politische und wirtschaftliche Machtstrukturen geformt wird. Die Analyse der EU-Industriepolitik wird zeigen, dass technologische Innovationen strategisch zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt werden, jedoch gleichzeitig bestehende Ungleichheiten reproduziert oder neue Abhängigkeiten geschaffen werden können. Es wird angenommen, dass technischer Fortschritt ein signifikanter Faktor für langfristiges Wirtschaftswachstum ist und dass gezielte politische Maßnahmen eine wesentliche Rolle bei der Innovationsförderung und der technischen Entwicklung der Industrieunternehmen einnehmen. Der technische Fortschritt wird häufig als zentraler Motor wirtschaftlichen Wachstums betrachtet. In der politischen Ökonomie stellt sich jedoch die Frage, inwiefern technologische Innovationen tatsächlich zu allgemeinem Wohlstand führen.

Es wird angenommen, dass die gegenwärtige EU-Industriepolitik nicht in der Lage ist, mit verschiedenen Initiativen zur Energietransformation und den daraus folgenden technologischen Innovationen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie im geopolitischen Kräfteverhältnis zu stärken und wirtschaftsstrategische Autonomie zu erreichen. Es wird angenommen, dass bestehende wirtschaftliche Strukturen, Entscheidungsgrundlagen, Handlungsweisen und gesellschaftliche Machtverhältnisse erhalten bleiben.

3.3. Methode und wissenschaftliche Arbeitsweise

Die Arbeit analysiert, inwiefern die Industriepolitik der EU nachhaltiges Wachstum und technologische Innovationen beeinflusst. Die aktuelle Industriepolitik der EU wird in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf technologische Innovation, wirtschaftliche Leistungen und Beschäftigung untersucht. Die strategischen Maßnahmen werden analysiert und es werden wirtschaftspolitische Implikationen kritisch betrachtet und im Zusammenhang mit technologischem Fortschritt und wirtschaftlichem Wachstum diskutiert. Die Arbeit basiert auf einer theoretischen Einordnung struktureller

Determinanten der EU-Industriepolitik und einer politikwissenschaftlichen Analyse ihrer strategischen Determinanten.

Die Europäische Union verfolgt mit ihren Initiativen wie dem Green Deal, der Digitalstrategie und dem Industrieplan zum Green Deal das Ziel, technologische Innovationen zu fördern und Europas wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. In dieser Arbeit wird hinterfragt, welche strukturellen und strategischen Faktoren die Umsetzung dieser Politik beeinflussen und welche Verteilungseffekte sich daraus ergeben.

In dieser Arbeit wird eine Analyse der technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der strategischen Vorgehensweise der EU vorgenommen und beurteilt, inwieweit die EU ihre Ziele erreicht und ob eine ökonomische Weiterentwicklung gegeben ist. Inhaltsanalysen der Gesetze und Verordnungen sollen dazu beitragen, das Verständnis der EU-Industriepolitik und der Strategie zu einer technologischen Transformation zu verbessern und Einblick in die geopolitische Situation der europäischen Wirtschaftspolitik zu erlangen.

Die EU-Industriepolitik wird einer kritischen Beurteilung zugeführt, um die Auswirkungen von Maßnahmen, Anordnungen und Gesetzen aufzuzeigen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen. Eine kritische Reflexion einzelner Erkenntnisse auf der Grundlage einer Analyse von Sekundärliteratur wird in Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Auswirkungen vorgenommen, um einzelne Tatbestände zu bewerten und zu beurteilen. Es wird kritisch hinterfragt, welche Ursachen oder Entscheidungen politischer oder wirtschaftlicher Akteure die aktuellen wirtschaftlichen Situationen und die entstandenen Veränderungen herbeiführten. Den Strukturen und Maßnahmen werden eine subjektive Bedeutung beigemessen, um ihre Wirkung im industriepolitischen und technologischen Zusammenhang zu erkennen und zu kommunizieren.

Es wird eine qualitative Dokumentenanalyse zur Auswertung und Interpretation von Strategien und Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Institutionen vorgenommen. Diese wird ergänzt mit der Heranziehung und Analyse wissenschaftlicher Beiträge, Auswertungen und Statistiken. Dies ermöglicht eine kritische Herangehensweise auf der Grundlage von subjektiven Annahmen, Forschungsergebnissen und Analysekenntnissen.

Die vorhandenen Erkenntnisse und Ergebnisse, der für diese Arbeit relevanten Forschung, werden in einem Arbeitsprozess systematisch geordnet, zusammengeführt, ausgewertet und interpretiert.

Der Autor versucht, neue Erkenntnisse zu gewinnen oder vorhandene Erkenntnisse durch Gliederung und Wertung zu beurteilen. Es ist die Zielsetzung dieser Arbeit, Erkenntnisse für eine neue Wissensgrundlage zu gewinnen und diese für weiterführende Analysen und Interpretationen aufzubereiten. Mit einer kritischen Analyse und Beurteilung versucht der Autor den erforschten Tatbeständen und den festgestellten Zusammenhängen von Maßnahmen und Entscheidungen eine subjektive Bedeutung beizumessen.

4. BEGRIFFLICHE ABGRENZUNG

4.1. Industrie und Industriepolitik

Unter Industrie versteht man die gewerbliche, systematische und organisierte Verarbeitung von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produktkomponenten in maschinell ausgestatteten und energietechnisch unterstützen Fabriken. Industriestandorte und Industriegebiete bezeichnet man die nachbarschaftliche räumliche Ansammlung gleicher oder verschiedener Industrien aufgrund vorhandener Rohstoffe, günstiger Infrastruktur, insbesondere Transportwege und Energieversorgung, sowie einem Arbeitskräfteangebot in geeigneter Menge und Qualifikation. Industrieunternehmen sind in Gesellschaftsformen organisiert und geprägt durch umfangreiche Kapitalinvestitionen in Grundstücke, Gebäude, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Einrichtungen und automatisierten und digitalisierten Ausstattungen sowie Anschaffungen von Einrichtungen für eine interne und externe Kommunikationsunterstützung.

Unter Industriepolitik versteht man die gezielte Erhaltung, Gestaltung, Beeinflussung und Förderung der sektoralen Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft durch staatliche Behörden oder Gebietskörperschaften. Die Vorgehensweise kann auf die Gestaltung bestimmter branchen- oder produktbezogener Wirtschaftsstrukturen ausgerichtet sein oder eine ordnungspolitische Orientierung und Einflussnahme betreffen, die auf Krisenvermeidung, Krisenbewältigung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Standortsicherung ausgerichtet ist.²³

Die Europäische Union versteht unter Industriepolitik eine strategische und koordinierte Politik zur Förderung und Entwicklung der Industrie in den Unionsstaaten, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken. Es soll eine starke, digitalisierte, global wettbewerbsfähige Industrie geschaffen werden. Die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen der EU soll mit einer Förderung von Innovationen, Digitalisierung und nachhaltiger Energietransformation erreicht werden.²⁴

²³ Vgl. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/industriepolitik-38913>.

²⁴ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/>.

Die Intention der Industriepolitik kann sich auf die Strukturerhaltung beziehen, wenn bestimmte Wirtschaftszweige aus Gründen der Versorgungssicherheit oder militärisch-strategischen Sicherheit an einem Standort angesiedelt bleiben sollen. Die EU-Industriepolitik strebt eine strategische Autonomie an, um die Energie- und Rohstoffversorgung zu gewährleisten und die Beschaffungsrisiken zu vermindern und Abhängigkeiten von Drittstaaten zu vermeiden. Eine weitere Intention ordnungspolitischer Einflussnahme kann die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen in bestimmten Regionen betreffen, wo die Gefahr besteht, dass der Abbau von Beschäftigten, Werksschließungen oder die Absiedlung ganzer Unternehmen strukturelle Probleme geopolitischer und sozialer Art entstehen lassen. Die Industriepolitik verfolgt jedoch in großen Ausmaßen die Förderung technischer Entwicklung und die Stärkung zukunftsorientierter Branchen, innovativer Produkte und Produktionszweige, um die strategischen Ziele der Wettbewerbsfähigkeit und der Nachhaltigkeit im Ressourcen- und Energieverbrauch zu erreichen.²⁵

4.2. Strukturelle und strategische Determinanten

Die strukturellen Determinanten sind die langfristig wirksamen Rahmenbedingungen, die Handloptionen sowie die internationalen Rohstofflieferverträge und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Diese sind eingebettet in einer institutionellen Architektur, welche sich aus den Entscheidungsverfahren innerhalb der EU-Verantwortlichkeit und der Kompetenzverteilung zwischen der EU-Kommission, dem EU-Parlament sowie den Mitgliedsstaaten und ihren Vertretungen in der EU ergibt. Sie betreffen die Gesetze, Regelungen, Vorschriften und Kontrollen und beziehen sich auf das Wettbewerbsrecht, die Standortsicherungen, den internationalen Handel, den freien Kapitalverkehr, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, Energieregulative sowie Finanzierungsunterstützungen.

Die strategischen Determinanten betreffen die aktuellen politischen, technologischen und geopolitischen Entwicklungen sowie die Schwerpunkte der Industriepolitik mit den Maßnahmen für den Green Industrial Deal, die Transformation zur Klimaneutralität, die energiepolitische Wende, die technologischen Innovationen und Reduzierung der Rohstoffabhängigkeiten.

²⁵ Vgl. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/industriepolitik-38913>.

5. FORSCHUNGSGRUNDLAGEN

5.1. Historische Einordnung

Die Industriepolitik ist eng mit dem Beginn und der Weiterentwicklung der Europäischen Integration verbunden. Die Ansätze dazu gab es, als mit dem in Paris am 18. April 1951 unterzeichneten Vertrag die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, gegründet wurde.²⁶ Es wurde ein freier Markt für Kohle und Stahl geschaffen und die Produktion und der Handel wurden einer gemeinsamen Kontrolle unterworfen. Mit der Montanunion wurden die institutionellen Grundlagen und Prinzipien der späteren Europäischen Gemeinschaft (EG) geschaffen. Mit den Römischen Verträgen wurde am 25. März 1957 von den Staaten der Montanunion die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Euratom gegründet. Die EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes mit dem Ziel, Industrieentwicklung und Handel zu fördern, Euratom betraf die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie. Die ersten industriepolitischen Maßnahmen zur Förderung der Stahlproduktion und des Schiffbaus wurden von der EWG in den 1970er Jahren ergriffen und es wurde auch begonnen Forschungsprogramme zur Technologieentwicklung zu fördern. Es wurde ein erster umfassender Ansatz einer europäischen Industriepolitik entworfen, um die europäische Industrie im Binnenmarkt gegenüber den übermächtigen internationalen Konzernen zu stärken. Dieses Vorhaben wurde jedoch nicht umgesetzt, sodass damals keine strukturellen Veränderungen der europäischen Industrie eintraten.

Mit den Einheitlichen Europäischen Akten von 1987 hat die EWG eine nicht-strukturerhaltende, modernisierungsorientierte Industriepolitik begonnen und die Forschungs- und Technologiepolitik in das Vertragsprogramm aufgenommen.²⁷ Im Jahre 1992 wurde der Maastricht-Vertrag abgeschlossen und es entstand die Europäische Union (EU). Die Industriepolitik wurde im

²⁶ Vgl. <https://www.zeitklicks.de/zeitstreich/1951/monatanunion-1951/> - Die Staaten, welche den Pariser Vertrag der Montanunion, also der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, unterzeichnet haben, waren Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien und die drei Beneluxstaaten Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Diese sechs Staaten gründeten am 25.3.1957 mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG. Die Montanunion wurde am 23.7.2002 aufgelöst und in die EU beende integriert.

²⁷ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/search.html?scope=EURLEX&text=Einheitliche+Europ%C3%A4ische+Akte&lang=de&type=quick&>.

Artikel 173 AEUV, dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ausdrücklich zu einer offiziellen Aufgabe der Europäischen Union²⁸ mit dem Ziel, für die gesamte Industrie ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen.²⁹

Ab dem Jahr 2000 setzte die EU in den Verträgen von Lissabon 2000 und 2007 den Schwerpunkt der Industriepolitik auf technologische Innovation, um die EU durch Forschung zu einer Innovationsmacht zu machen und der Industrie eine Bedeutung für nachhaltiges Wachstum zu geben. Mit einer proaktiven europäischen Industriepolitik sollte die Lissabon-Industriestrategie erfüllt und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden.³⁰ Bereits im Jahr 2010 erstellte die Europäische Kommission in „Europa 2020“ eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und legte den Schwerpunkt der Förderung auf grüne Technologie, Digitalisierung und industrielle Innovation.³¹

Die aktuelle Industriepolitik der EU entwickelte sich ab den 2020er Jahren und zielt darauf ab, die Innovation der Industrie in der Europäischen Union zu stärken und eine nachhaltigere, widerstandsfähigere und stärker digitalisierte Wirtschaft zu fördern, in der Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Industriestrategie wurde aufgrund der Erkenntnisse aus der COVID-19 Pandemie³² im Mai 2021 überarbeitet, um den Schwerpunkt der strategischen Abhängigkeit zu berücksichtigen, mit dem Ziel, die Abhängigkeit der EU in den Bereichen der Technologie, der Energie und der Rohstoffe einschließlich der Lebensmittel zu verringern und eine führende internationale Position beim Übergang zu einer grünen, digitalen und widerstandsfähigen Wirtschaft zu sichern.³³

Ergänzend zur Strategie der Nachhaltigkeit werden die Schwerpunkte der grünen Transformation, der Digitalisierung und der technologischen Stärke

²⁸ Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) ist das Ergebnis des Vertrages von Lissabon, wurde am 13.12.2007 abgeschlossen und trat am 1.12.2009 in Kraft.

²⁹ Vgl. <https://www.bing.com/search?q=Vertrag+von+Maastricht&q=MB&sk=HS6SSE1&sc=10-0&cvid=D61DE920FAEB4B668B/>.

³⁰ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/the-treaty-of-lisbon.html>. Der Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurde in Lissabon am 13. Dezember 2007 unterzeichnet und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft.

³¹ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/europe-2020-the-european-union-strategy-for-growth-and-employment.html>.

³² Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definierte im Jahr 2020 das Akronym Covid-19. Dabei steht CO für Corona, VI für Virus, D für Disease/Krankheit und 19 für das erste Auftreten der Krankheit im Jahr 2019.

³³ Vgl. https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy_en?prefLang=de&trans=de.

und Souveränität hervorgehoben.³⁴

Im Europäischen Green Deal von 2019 wird eine nachhaltige Industrie mit Klimaneutralität bis 2050 angestrebt. Hier will die EU den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft schaffen.³⁵ Das Gesetz für das „Fit for 55“ Paket wurde 2021 als Ergänzung zum Green Deal erlassen. Das Paket beinhaltet Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in der Industrie um mindestens 55% bis 2030 als Teilziel, um die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Es soll einen fairen und sozial gerechten Übergang gewährleisten, die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie stärken und gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber den Lieferanten aus Drittstaaten trotz Verfolgung der Klimaziele sicherstellen.³⁶

Am 10. März 2020 legte die Europäische Kommission den Grundstein für eine Industriestrategie, die den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft unterstützen, die EU-Industrie weltweit wettbewerbsfähiger machen und die strategische Unabhängigkeit der EU-Industrieunternehmen stärken sollte.³⁷ In der EU wurden mit dieser Strategie die Industriepolitik und die Digitalisierungspolitik eng miteinander verbunden. Denn die Digitalisierung sollte die Transformation der Industrieunternehmen zu Nachhaltigkeit und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Die EU hat dabei angenommen, dass eine international wettbewerbsfähige Industrie die Digitalisierung effizienter umsetzen kann.

Bereits am 5. Mai 2021 sah sich die EU-Kommission veranlasst, die Strategie für den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft zu aktualisieren, nachdem die COVID-19 Krise die Industrieunternehmen in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten gebracht hatte. Es war notwendig geworden, Resilienz- und Wiederaufbaumaßnahmen für die Industrie festzulegen, um die früheren ambitionierten Ziele für den Wandel zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft beizubehalten. Diese Krise wurde im Februar 2022 durch den beginnenden Ukrainekrieg verstärkt und hat gezeigt, dass die Industrieunternehmen in der EU für Technologien, Energie, Rohstoffe und

³⁴ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/>

³⁵ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de.

³⁶ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fit-for-55/>.

³⁷ Vgl. <https://commission.europa.eu › europe-fit-digital-age>.

Produktkomponenten mit strategischer Bedeutung starke Abhängigkeiten von Drittländern aufweisen und die Lieferinfrastrukturen auch auf dem EU-Binnenmarkt zusätzliche Engpässe bei sensiblen Produkten verursacht haben. Auch Österreich und Deutschland waren als wichtige Exporteure auf dem europäischen Binnenmarkt von Abhängigkeiten und Lieferbeschränkungen betroffen. Die entstandenen Angebotsbeschränkungen, Grenzschießungen und die Unterbrechung von Lieferketten auf dem Binnenmarkt und im Welthandel haben deutlich gemacht, dass der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital wertvolle EU-Erregenschaften geworden waren, die nach der Krise wieder voll umgesetzt werden sollten, um den Binnenmarkt resilienter, offener und effizienter zu gestalten.³⁸ Daher wurde nun besonderer Wert auf die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie³⁹ gelegt, die eine Beseitigung von Handels- und Verwaltungsbeschränkungen für den freien Verkehr von Dienstleistungen und mehr Rechtssicherheit beinhaltet. Die Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt war bereits 2006 erlassen worden⁴⁰, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in der Union durch gänzliche Beseitigung von Beschränkungen innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten zu unterstützen und WAS zu garantieren, wodurch ein wettbewerbsfähiger Markt für Dienstleistungen erzielt werden sollte. Die EU-Direktive betraf jedoch nur die Erfordernisse, welche mit dem Zugang oder der Durchführung einer wirtschaftlich relevanten Service-Aktivität verbunden waren. Viele Dienstleistungen in den Mitgliedsstaaten waren von dieser Regelung nicht betroffen und alle Finanzdienstleistungen wurden einer gesonderten Regelung unterworfen und blieben von dieser Dienstleistungsverordnung ausgeschlossen.⁴¹

Der Europäische Chips Act, der am 21. September 2023 in Kraft trat, zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Europas im Bereich der Halbleitertechnologien und -anwendungen zu stärken. Investitionen in die Mikroelektronik sollen Forschung, Pilotprojekte und Start-ups unterstützen und zur Verwirklichung des digitalen und ökologischen Wandels beitragen.⁴²

³⁸ Vgl. <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Europa/Aktuelles/EU-Industriestrategie.html>.

³⁹ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32006L0123>.

⁴⁰ Vgl. <https://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj>, insbesondere Artikel 1-8 und 33.

⁴¹ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj>, insbesondere Artikel 9-18.

⁴² Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/european-chips-act_de.

Eine Unterstützung der europäischen Industrie in den Bereichen der erneuerbaren Energie und der Rohstoffversorgung sollen der „Net-Zero Industry Act“⁴³ und der „Critical Raw Materials Act“⁴⁴ bringen, die 2023 in Kraft gesetzt wurden. Die Gesetze sind Teil des grünen Industrieplanes und sollen dafür sorgen, dass saubere Technologien produziert und die dafür notwendigen kritischen Rohstoffe bereitgestellt werden.

Die Netto-Null-Industrieverordnung beinhaltet Vorschriften, welche die Bedingungen für Investitionen in grüne Technologie erleichtern sollen. Es sollen die Genehmigungsverfahren für strategische Projekte, welche zur Dekarbonisierung beitragen, vereinfacht werden. Diese Verordnung hat das Ziel, mindestens 40 Prozent des Bedarfes der EU an strategischen Technologieprodukten, wie Auto- und Speicherbatterien, Wärmepumpen, Photovoltaikmodule sowie Windkrafträder, durch die EU-Industrie zu erzeugen. Dies bedeutet, dass den Technologiebereichen, die von kritischer Bedeutung für die EU-Wirtschaft sind, ein Vorrang eingeräumt wurde, der auch mit strategischen Prioritäten für industrielle Forschung und Innovation verbunden wurde.⁴⁵

Am 24. Mai 2024 beschloss der Europäische Rat die künftige Industriepolitik mit der Zielsetzung, „eine wettbewerbsfähige europäische Industrie als Motor für unsere grüne, digitale und widerstandsfähige Zukunft“ auf der Grundlage einer langfristigen Strategie zu sichern.⁴⁶

Am 25. Juli 2024 ist das am 24. Mai 2024 vom Rat der Europäischen Union gebilligte Lieferkettengesetz in Kraft getreten. Es hat das Ziel, dass Unternehmen in der EU bestimmte Sorgfaltspflichten umsetzen sollen, um negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt in vorgelagerten und nachgelagerten Lieferketten zu vermeiden.⁴⁷

Das Programm „InvestEU“ gibt im Zeitraum 2021-27 einen zusätzlichen Impuls für Investitionen, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU. Es zielt darauf ab, mit Hilfe einer EU-Haushaltsgarantie eine neue

⁴³ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/net-zero-industry-act_de.

⁴⁴ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/european-critical-raw-materials-act_en.

⁴⁵ Vgl. https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/?utm_source=chatgpt.com.

⁴⁶ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/>.

⁴⁷ Vgl. <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/Lieferketten-Gesetzesinitiative-in-der-EU/lieferketten-gesetzesinitiative-der-eu-art.html>.

Investitionswelle von mehr als 372 Milliarden Euro auszulösen und die Herstellung und Einführung sauberer Technologien leichter verfügbar zu machen.⁴⁸

Ein Repower-Plan wurde 2022, nach Beginn des Russisch-Ukrainischen Krieges, als Reaktion auf die Schwierigkeiten und die weltweite Störung des Energiemarktes vorgelegt. „REPowerEU“ ist ein Plan zum Energiesparen, zur verstärkten Erzeugung von sauberer und erneuerbarer Energie und zur Diversifizierung der Energieversorgung. Der Plan soll mit einem Investitionsvolumen von 210 Milliarden Euro die durch die Energiekrise eingebrochene Konjunktur wiederbeleben und die Energieversorgung sicherstellen. Es ist beabsichtigt, Investitionen in den Mitgliedsstaaten in die Energieprioritäten zu lenken und die Reformen für erneuerbare Energie, für die Energieeffizienz und die Energienetze zu unterstützen.⁴⁹

Die EU unterstützt in ihrem InvestEU FUND mit einer Garantie von 26,2 Milliarden Euro geplante öffentliche und private Investitionen von 282 Milliarden Euro.⁵⁰ Das Projekt unterstützt die Investitionen des Projektträgers in die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Medikamenten und medizinischen Geräten sowie neue Investitionen in die Windenergie.

Die Investitionsprogramme für strategische Technologien in der Europäischen Union und Vorhaben zur Digitalisierung wie auch zur IT-Sicherheit verdeutlichen die Bemühungen der EU, industriepolitische Steuerung mit Nachhaltigkeit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Im Einzelnen können die Investitionsvorhaben die Entwicklung der Elektromobilität, die Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur oder die Sicherung und Wiedergewinnung knapper werdender Ressourcen oder kritischer Rohmaterialien betreffen.⁵¹

Im Juni 2024 wurde ein von der EU-Kommission 2023 vorbereiteter neuer „Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ als Gesetz für Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der klimaneutralen Industrie fertiggestellt. Diese EU-Industriestrategie skizziert die ambitionierten Klima-Ziele und weitere Maßnahmen der EU-

⁴⁸ Vgl. https://investeu.europa.eu/index_en?prefLang=de.

⁴⁹ Vgl. https://investeu.europa.eu/investeu-and-repowereu_en.

⁵⁰ Vgl. https://investeu.europa.eu/investeu-programme/investeu-fund_en.

⁵¹ Vgl. https://investeu.europa.eu/investeu-operations/investeu-operations-list_en.

Kommission zu einem beschleunigten nachhaltigen und digitalen Übergang in die Klimaneutralität. Dieser Übergang soll im Einvernehmen mit der Industrie, den Sozialpartnern, den Interessenträgern und den Behörden geschaffen werden. Strategische oder kritische Industriebereiche sollen Unterstützung bei der Implementierung neuer Technologien und der Herstellung innovativer Produkte erhalten. Weiters soll der Binnenmarkt durch Beseitigung von Handelshemmnissen und durch verbesserte Standardisierung gestärkt und von verzerrenden ausländischen Subventionen oder Dumpingpreisen geschützt werden.⁵² Dieser neue Plan ist eng mit dem bereits früher abgeschlossenen europäischen Grünen Deal und dem „Fit für 55“-Paket und mit dem Konzept der Kreislaufwirtschaft verbunden und soll die dort bestehenden Strategien und Ziele ergänzen.

Die EU aktualisierte am 1.6.2023 die Rechtsvorschriften für die Abfallwirtschaft und leitete einen Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ein. Ein nachhaltiges Modell für eine Kreislaufwirtschaft bedeutet einen Paradigmenwechsel von traditionellen Modellen linearer Produktionen für eine Wegwerfwirtschaft zu einer Integration von Produktion und Verbrauch, um Produkte und Materialien so lange wie möglich durch Qualität und Langlebigkeit in Verwendung zu behalten oder durch Reparatur und Instandsetzung zur Weiterverwendung aufzubereiten. Rohstoffe, Materialien oder Bestandteile sollen so oft wie möglich in die wirtschaftliche Produktionsweise zurückfließen und weiterverwendet werden, um die Anschaffung von neuen Rohstoffen zu reduzieren und Aufbereitungsenergie zu vermeiden.⁵³ Eine besondere Bedeutung liegt auf kritischen Rohstoffen, deren Bedarf in der EU-Industrie viel größer ist als die Vorkommen in den Gebieten der EU. Daher muss der Zugang zu diesen Rohstoffen außerhalb der EU gesichert und kritische Abhängigkeiten verringert werden. Die Rohstoffsicherungsstrategie der EU sieht einen Mechanismus vor, der es den Industrieunternehmen ermöglicht, die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen zu bündeln und verbindliche Handelsverträge zur Rohstoffsicherung auszuhandeln.⁵⁴ Um die Ressourcen optimal zu nutzen, ist die Abwicklung einer Kreislaufwirtschaft für kritische

⁵² Vgl. <https://www.bmwet.gv.at/Themen/Europa/Aktuelles/EU-Industriestrategie.html>.

⁵³ https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20240930PHT24356/20240930PHT24356_original.png.

⁵⁴ Vgl. https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de.

und begrenzt verfügbare Rohstoffe vorgesehen. Ein Rechtsakt ist in Vorbereitung, der 2026 die Kreislaufwirtschaft regeln wird, um den Übergang zu einer wirkungsvollen Wiederverwendung von Rohstoffen zu beschleunigen und globale Abhängigkeiten zu verringern. Im Jahr 2030 sollen bis zu 24 Prozent kreislauffähige Rohstoffe wiedergewonnen werden.⁵⁵

Der Green Deal Industrie-Plan unterstützt das Ziel, EU-Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Der beschleunigte Übergang zu Energien, die von fossilen Brennstoffen unabhängig sind, wird unterstützt. Insbesondere wird angestrebt, die EU-weite Fertigungskapazität für CO₂-neutrale Technologien zu erhöhen, die Energiesicherheit durch Diversifizierung zu stärken und gleichzeitig die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Ein schnellerer Zugang zu Finanzmitteln soll dazu beitragen, dass die Industrieunternehmen eine „führende Rolle im globalen Wettbewerb um die sauberen Technologien der Zukunft“ einnehmen.⁵⁶

Am 26. Februar 2025 verkündete die EU-Kommission einen neuen Deal für saubere Industrie und legte mit den EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Fahrplan für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung vor. Die Vereinbarung beinhaltet ein neues Förderpaket zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Klimatechnologien durch die Errichtung eines Innovationsfonds und den Aufbau einer „Industrial Decarbonisation Bank“, welche mit einem Volumen von hundert Milliarden Euro den industriellen grünen Übergang finanzieren und die Produktion von 100 Gigawatt erneuerbare Energie jährlich garantieren soll.⁵⁷

Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) der USA im Jahr 2022 ist weltweit ein massiver Subventionswettbewerb um grüne Technologien und um die Ansiedlung von Industrien, die Produkte für die Energiewende produzieren. In Konkurrenz zu Europa hat sich China positioniert, das mit großflächigen staatlichen Förderprogrammen eine aktive Industriepolitik zur Ausweitung der Produktionskapazitäten vornimmt.⁵⁸ Die USA haben 2022 mit diesem umfassenden Gesetzesakt den Plan verfolgt, die Inflation zu senken, jedoch

⁵⁵ Vgl. https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de. – Kreislaufwirtschaft.

⁵⁶ Vgl. <https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php>.

⁵⁷ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legalcontent/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085>.

⁵⁸ Vgl. <https://www.energy.gov/lpo/inflation-reduction-act-2022>.

auch Arbeitsplätze zu schaffen und die Einkommen der privaten Haushalte durch Steuersenkungen zu subventionieren, um den Konsum anzukurbeln. Mit den IRA-Regelungen begann die US-Regierung Investitionen der Industrie in Energie- und Treibhausgasreduktionen sowie in erneuerbare Energie zu fördern und die Produktion von Elektroautos, Solar- und Windkraftenergie durch Subventionen und Steuerermäßigungen zu steigern.⁵⁹

Die Europäische Union reagierte auf die IRA-Maßnahmen der USA mit einer Änderung des befristeten Krisenrahmens und sah sich gezwungen, industriepolitisch zu handeln und Beihilferegeln zur Standortsicherung von Industrien zu lockern, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und die Produktion im Binnenmarkt zu halten. Die EU reagierte mit Lockerung von Beihilferegeln, mit der Schaffung neuer Finanzierungsregeln für Investitionen sowie mit einer Strategie zur Technologieförderung und zur Förderung strategischer Investitionen.

Die EU sah sich gezwungen, industriepolitisch zu handeln, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und Unternehmen im Binnenmarkt zu halten. Im März 2023 verabschiedete die Kommission den befristeten Krisen- und Übergangsrahmen, der im Oktober 2022 festgelegt worden war, um die Unterstützungsmaßnahmen in Sektoren zu fördern, die für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft von Bedeutung sind und koordinierten diesen mit dem „Green Deal Industrial Plan“, der am 1. Februar 2023 erstellt worden war.⁶⁰ Dieser Plan für eine saubere Industrie hat das Ziel, die Technologien in der Union zu unterstützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit in der für den Klimawandel strategischen Industrie zu stärken.⁶¹ Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft ergänzte den Förderplan für die Industrie mit einem Aktionsplan für Stahl und Metalle einschließlich der Autoindustrie, erstellte eine Verordnung für kritische Rohstoffe und eine diesbezügliche Kreislaufwirtschaft sowie ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Erzeugung erneuerbarer Energie. Die Aktionspläne sind begleitet mit

⁵⁹ Vgl. <https://www.energy.gov/lpo/inflation-reduction-act-2022>

⁶⁰ Vgl. https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/legislation/temporary-crisis-and-transition-framework_en.

⁶¹ Vgl. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsatzes-der-industriepolitik-der-eu#:~:text=Industrie-%2C%20Energie-%20und%20Forschungspolitik/>.

Regelungen für staatliche Beihilfen und die Mobilisierung von Finanzmitteln zur günstigen Finanzierung von Investitionen in den Förderbereichen.

Im März 2025 begann die USA die Importzölle zu erhöhen, um Handelsungleichgewichte auszugleichen. Auf die EU entfallen derzeit 15% Zölle auf nahezu alle Waren.⁶² Diese Arbeit verfolgt diesen Aspekt mit den Auswirkungen der US-Zölle auf die EU-Industriepolitik nicht weiter.

5.2. Praktische Einordnung in Diskussionen

Die Diskussionen über die EU-Industriepolitik, über die Wirkungen von Förderungsmaßnahmen, über den Zugang zu Finanzmitteln oder über die Regulierungsvorschriften der Europäischen Kommission und ihre Wettbewerbskontrollen sind in der wirtschaftlichen Debatte und in den Mediendiskursen alltäglich präsent. Die Narrative dieser Diskussionen sind ein komplexes Bündel von Beziehungen, die regulatorisch funktionieren. In den verschiedenen Medien erscheinen oft Beiträge mit unterschiedlichen Aussagen, die nicht in der Lage sind, die politischen Zusammenhänge darzustellen.⁶³ Narrative sind die Strukturelemente von Diskursen, in denen das Wissen über die einzelnen Gegenstände, wie hier die Industriepolitik, geordnet sind. Über die Narrative wird die historische Entwicklung der Aussagen zu einem Gegenstand, für welchen die abwechselnde Bedeutungszuordnung aufgezeigt werden kann.⁶⁴

Kritisch zu betrachten ist, dass die Maßnahmen der Industriepolitik in der EU nicht mit vorhandenen finanziellen Mitteln durchgeführt werden, sondern mit Krediten finanziert werden, die kurzfristig zu einer Erhöhung der Steuerbelastungen, zu einer Reduzierung der Zinsen auf private Ersparnisse und zu einer inflationären Verteuerung der Konsumgüter und Dienstleistungen führen. Diese Entwicklung reduziert die Kaufkraft der Bevölkerung und vermindert die Möglichkeiten, Sparkapital aufzubauen. Eine wichtige Komponente für ein langfristiges Wirtschaftswachstum ist der in einer Volkswirtschaft vom Konsum zurückbehaltene Einkommensanteil,

⁶² Vgl. <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/eu-usa-abkommen-ueber-zoelle-und-handel>.

⁶³ Vgl. Foucault, Michel, Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften (Frankfurt/Main 1981), S.108.

⁶⁴ Vgl. Karis, Tim, Mediendiskursanalyse. In: Mediendiskurs Islam (Wiesbaden 2013), 81-116, S. 96.

der zu einem Sparkapital aufgebaut wird.⁶⁵ Sparkapital ist für Investitionen in den technologischen Fortschritt und in das Wachstum der Wirtschaft dringend erforderlich, um weitere Verschuldung zu vermeiden, die in eine neuerliche wirtschaftliche und soziale Krise führen wird.⁶⁶

Aus der politisch-ökonomischen Sicht ist die Industriepolitik der EU auch nach den tatsächlichen Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen zu betrachten und zu beurteilen. Werden von der EU wirtschaftspolitische Ziele vorgegeben, die später von den Unternehmen nicht erreicht werden, weil die Durchführung von Maßnahmen verfehlt wird, dann findet kein Wachstum der Wirtschaft statt, sondern es entsteht eine Krise, in der ein Wachstumseinbruch mit Beschäftigungsreduktion folgt. Um die Krise zu überwinden und das Beschäftigungsniveau an die geänderten wirtschaftspolitischen Bedingungen anzupassen, ist die Industriepolitik der EU in Abstimmung mit den Industrieunternehmen gefordert, neue Ziele für einen neuen Zeitrahmen vorzugeben, die mit wirksamen Begleitmaßnahmen, wie Förderungen und Finanzierungshilfen, realistisch erreicht werden können.⁶⁷

Nicht alle diese Ziele der EU werden in den verschiedenen Regionen der EU gleichermaßen anerkannt und den einzelnen Maßnahmen und Regulierungen der EU wird aus geopolitischer Sicht nicht die gleiche Bedeutung beigemessen. Es wird von manchen Akteuren befürchtet, dass die Umsetzung einer umfangreichen Industriepolitik soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, die Unterschiede in der Einkommensentwicklung einzelner Bevölkerungsschichten hervorruft oder verstärkt. Daher sind die Bedenken berechtigt, dass ein erzwungener technologischer Wandel zur energiepolitischen Transformation mit gesellschaftspolitisch motivierten Zielen große Herausforderungen für die industriellen Unternehmungen darstellen. Die Energietransformation führt infolge von Kostensteigerungen, sowie Investitions- und Finanzierungserfordernissen für Technologieeinsatz zu strukturellen Veränderungen in Industrieunternehmen. Diesen liegen Absatz-, Produktions- und Standortprobleme ebenso zugrunde, wie Lieferprobleme für Rohstoffe und Fertigungskomponenten. Auftragsausfälle und Umsatzrückgänge verursachen Gewinn- und Einkommensminderungen,

⁶⁵ Vgl. Solow, Robert, A contribution to the Theory of economic Growth (Quarterly Journal of Economics 70, 1956), S. 65-94.

⁶⁶ Vgl. Schmidt, Lukas, Schröder, Sabine, Entwicklungstheorien (Wien 2016), S. 94.

⁶⁷ Vgl. Jäger, Springler, Ökonomie der internationalen Entwicklung, S. 208.

finanzielle Engpässe, höhere Verschuldung, sowie Reduzierung der Beschäftigten.

Diese industriepolitischen Maßnahmen der EU haben in den vergangenen drei bis vier Jahren zu keinem zusätzlichen Wachstum der Wirtschaft geführt, sondern verursachten insbesondere durch Energiekostensteigerungen eine unerwartet hohe Inflation sowie eine wirtschaftliche Rezession mit Beschäftigungsrückgang, Unternehmenskonkursen und die Entlassung von Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit. Damit verbunden war eine inflationsgebundene zunehmende Vermögensvernichtung im privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Bereich.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in jüngster Vergangenheit, die seit 2023 wieder deutlich ansteigt, zeigt den Zusammenhang mit der sinkenden Wirtschaftsleistung, von der die Branchen der Industrie deutlich betroffen sind. Insbesondere der erzwungene Übergang von Verbrennungsmotoren zu Elektroantrieben in der Automobilindustrie führen derzeit zu einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in der Warenerzeugungsindustrie. Während die schwache Wirtschaftsentwicklung in Österreich die Arbeitslosenrate im Juni 2025 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 7,8% steigen ließ, erhöhte sich diese in dem stark exportabhängigen Sektor der Warenerzeugung/Industrie um 13,2%.⁶⁸

Im Mai 2025 waren in Österreich insgesamt 375.347 Personen als arbeitslos vorgemerkt oder in Schulung. Im Durchschnitt des Jahres 2024 waren, wie die Statistik Austria angibt, 297.851 Personen arbeitslos. Dies entsprach gegenüber 2023 einem Anstieg um 9,4%.⁶⁹ Die Arbeitslosenquote betrug in Österreich im April 2025 7%, in Deutschland 6,2%, in der Eurozone ebenfalls 6,2% und im EU-Durchschnitt 5,9%. Insgesamt waren in der Europäischen Union Ende April 2025 12,9 Millionen Menschen ohne Arbeit.⁷⁰

„Diese Entwicklungen unterstreichen die Relevanz und Notwendigkeit aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren“, ⁷¹ wird von sozialpolitischer Seite hervorgehoben. Von industriepolitischer Seite hingegen wird hervorgehoben, dass die Zahl der

⁶⁸ Vgl. <https://www.trend.at/news/arbeitslosigkeit-im-juni-erneut-gestiegen>.

⁶⁹ Vgl. <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/arbeitslose-arbeitssuchende>.

⁷⁰ <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/Arbeitsmarkt.html?templateQueryString=Arbeitslosenquote>.

⁷¹ <https://www.trend.at/news/arbeitslosigkeit-im-juni-erneut-gestiegen>.

arbeitssuchenden Personen in der Industrie im Juni 2025 gegenüber dem Vorjahr um 13,6% gestiegen sei und dass Digitalisierung, Mechanisierung und Technologieeinsatz zur Rationalisierung auch bei gleichbleibendem Leistungsniveau eine Reduzierung von Arbeitsplätzen zur Folge hat und ein weiteres Sinken des industriellen Leistungsvolumens diese verstärkt. Aufgrund von Wettbewerbsnachteilen, kann Österreich die langfristigen Marktchancen in der grünen und energiepolitischen Transformation nicht ausschöpfen und die erforderlichen Investitionen in den technologischen Strukturwandel nicht umsetzen.⁷²

Es gibt unterschiedliche Gründe für die Rezession in der Wirtschaft und den Leistungsrückgang in verschiedenen Bereichen der Industrie. Ein wichtiger Einflussfaktor, der viele Produkterzeugungen und Rohstoffverarbeitung einschließlich des Transportwesens betrifft, ist die Energie. Der Anstieg der Energiepreise im Jahre 2022 nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine, nach den Wirtschaftssanktionen Europas gegen Russland sowie der Unterbrechung von Gas und Erdöllieferungen aus Russland, hat die Industrie mit energieintensiver Verarbeitung in Österreich und europaweit durch hohe Energiekosten hart getroffen und Wettbewerbsnachteile sowie andauernde Verunsicherungen verursacht. Durch das Anheben der Leitzinsen seitens der Europäischen Zentralbank ab dem Jahre 2022 wurde die beginnende industrielle Rezession auch auf jene Produktionszweige ausgeweitet, die kapitalintensive Fertigungen und eine hohe Fremdfinanzierungsquote hatten. Die steigenden Zinskosten und eine geringere Verfügbarkeit von Finanzmitteln reduzierten die Ertragsaussichten für Investitionen in vielen Industrieunternehmen. Die wirtschaftlichen und geopolitischen Verunsicherungen führten in der EU zu Investitionszurückhaltungen, von denen Österreichs Industrien, wie beispielsweise der Maschinenbau, die Metallverarbeitung, die Elektroindustrie und die Automobilzulieferindustrie besonders betroffen wurden.⁷³ Die EU-Industriepolitik und die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollten Unterstützungen für Industrieunternehmen bereitstellen, um die zurückgehaltenen Investitionen nachzuholen und Beschäftigungen zu schaffen, die durch technische Innovationen und

⁷² Vgl. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession>.

⁷³ Vgl. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession/> Gründe für die Rezession).

Energietransformation zu wirtschaftlichem Wachstum führen sollten.⁷⁴ Diese Industriepolitische Strategie war bisher noch nicht wirksam, da die Rezession andauert, der Verlust an Arbeitsplätzen in der Industrie sich fortsetzt und die wirtschaftspolitische Verunsicherung bestehen bleibt.

Diese Überlegungen werden durch das Risiko gestützt, dass energie- und umweltpolitisch motivierter Wandel, der durch die Industriepolitik der EU herbeigeführt wird, nicht zu einem Wirtschaftswachstum und zur Steigerung des Wohlstands führt, sondern zu einer wirtschaftlichen Stagnation oder Rezession mit Einkommensverlusten für große Teile der Bevölkerung.

Die Industriepolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten wurde in der nahen Vergangenheit, spätestens mit dem Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine ab dem 20. Februar 2022, vor neuen und großen Herausforderungen gestellt. Mit Bezug auf geopolitische Veränderungen und die Notwendigkeit, die Konzepte für Verteidigung und Abwehrmechanismen auf den neuesten Stand zu bringen, wurde die Strategie für die Rüstungsindustrie mit mehreren Zielen festgelegt und in Verordnungen festgeschrieben.⁷⁵ Im Rüstungsbereich zielt die EU-Industriepolitik darauf ab, die Verteidigungsfähigkeit der Union und der Mitgliedsstaaten zu stärken sowie die Industrie wettbewerbsfähiger, unabhängiger und resilienter zu machen.

Die EU hat keine eigenen Militär- oder Verteidigungseinrichtungen. Die Verteidigungspolitik ist traditionell uneingeschränkt eine nationale Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Von den 27 souveränen EU-Mitgliedsstaaten sind 23 gleichzeitig Mitglieder der NATO, die Nordatlantische Verteidigungsorganisation, ein kollektives Sicherheits- und Verteidigungssystem. Die NATO hat 32 Mitgliedsstaaten, davon sind neun Staaten keine Mitglieder der EU, vier EU-Staaten sind keine Mitglieder der NATO.⁷⁶ Die Staaten Österreich, Irland und Malta sind infolge Neutralitätseinschränkungen keine Mitglieder der NATO, Zypern wird vom NATO-Mitglied Türkei am Beitritt gehindert. Dennoch arbeiten diese vier

⁷⁴ Vgl. <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession/> (Industriepolitische Strategie).

⁷⁵ Wichtige EU-Rechtsakte und -Instrumente zur Verteidigungsindustrie sind: Europäischer Verteidigungsfonds (EDF) 2021, Act in Support of Ammunition Production 2023, European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act 2023, European Defence Industry Programme 2025.

⁷⁶ Vgl. <https://www.nato.int/>.

Staaten eng mit der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammen.⁷⁷

Die Europäische Union, die eine internationale Organisation ist und kein souveräner Staat, kann daher selbst nicht Mitglied der NATO sein. Die strategische Einflussnahme der EU-Kommission auf die Verteidigungspolitik und die Verteidigungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten erfolgt über wirtschafts- und industriepolitische Instrumente und eine Reihe von verteidigungsstrategischen Gesetzen, Verordnungen und Programmen zur Stärkung der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie.

Die Verteidigungsstrategie ist ein integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Die Mitgliedsstaaten der EU können auf der Grundlage eines strategischen Verteidigungsrahmens eine gemeinsame Sicherheitspolitik entwickeln und die Industrie in die Verteidigungsmaßnahmen einbeziehen, um die Kernziele für Rüstung und Verteidigung zu verfolgen und die strategische Autonomie gegenüber Staaten außerhalb der EU zu stärken. Der strategische Sicherheitsrahmen der Union umfasst eine Stärkung der Verteidigungsindustrie, eine Koordination der Binnenmarktprojekte für die Forschung, die Technologieentwicklung, die Bereitstellung von Fördermitteln für einzelne Projekte und die Unterstützung der Produktion von Rüstungsgütern an Standorten der Mitgliedsstaaten.

Ein wichtiges Instrument der Europäischen Union zur Stärkung der Verteidigungsindustrie ist der Europäische Verteidigungsfonds, EDF, der darauf abzielt, die strategische Autonomie der Union zu fördern.⁷⁸ Der EDF unterstützt die Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie zwischen den Mitgliedsstaaten und stellt finanzielle Mittel für gemeinsame Projekte der Verteidigungsforschung und der Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien bereit. Dieser Verteidigungsfonds, der in den Jahren 2019-2020 errichtet wurde und am 1. Jänner 2021 seine Tätigkeit aufnahm, erhielt für den Zeitraum bis 2027 ein Gesamtbudget von 7.973 Milliarden Euro, um Forschungs- und Entwicklungsprogramme für innovative Verteidigung zu unterstützen. Dieser Fonds wurde als ein wichtiger Bestandteil der europäischen Verteidigungsstrategie eingerichtet, um dadurch die

⁷⁷ Vgl. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/159/gemeinsame-sicherheits-und-verteidigungspolitik>

⁷⁸ Vgl. [https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/european-defence-fund-\(edf\)](https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/european-defence-fund-(edf)).

Reaktionsfähigkeit auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu verbessern. Die Europäische Kommission hat im Jänner 2025 das Programm für 2025 veröffentlicht und mit einem Jahresbudget von 1.065 Milliarden Euro einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der Ziele des EDF und zur weiteren Stärkung der europäischen Zusammenarbeit gesetzt. Mit diesem Budget werden Forschungen und Entwicklungen im Verteidigungsbereich mit einem Schwerpunkt auf kritische Verteidigungstechnologien gefördert und die Verteidigungsindustrie in der Fähigkeit der Erzeugung von innovativen Produkten unterstützt, die für die Verteidigung der gesamten EU relevant sind.⁷⁹

Der Act of Support of Ammunition Production (ASAP) ist eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2023, die darauf abzielt, die europäische Waffen- und Raketenproduktion zu steigern und den Mitgliedsstaaten zu helfen, die Lagerbestände mit der neuesten technischen Ausstattung aufzufüllen.⁸⁰ Die Regulierung mobilisierte 500 Millionen Euro des EU-Budgets in Form von Garantien, damit die europäische Industrie mit finanziellen Unterstützungen zu einer selbständigen und unabhängigen Waffenproduktion ausgebaut wird. Mit den zusätzlichen Finanzierungen der Industrie zur Kapazitätserhöhung wird die Gesamtinvestition in diesem Sektor 1,4 Milliarden Euro betragen. Die geplanten Kapazitätsausweitungen in der Industrie sollen bis Ende 2025 erreicht werden.⁸¹ Die ASAP-Anwendungen unterstützen Investitionen für Verteidigung mit EU-Budgetmitteln und wurden bis Ende 2026 verlängert, um die Rüstungstechnologie und die Produktion von Verteidigungsgütern unter den Mitgliedsländern und deren Industrieunternehmen zu koordinieren und Infrastrukturprojekte einschließlich Satelliteninformationen und Künstliche Intelligenz zu realisieren. Bei fortschrittlichen Technologien wird darauf geachtet, dass die Anwendungen für den Verteidigungssektor und für den zivilen Sektor von Bedeutung sind. Mit diesen zusätzlichen Fördermitteln soll die Verteidigungsindustrie wettbewerbsfähiger, unabhängiger, größer und robuster gemacht werden.⁸²

⁷⁹ Vgl. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/edf-work-programme-2025_en.

⁸⁰ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/regulation-in-support-of-ammunition-production.html?fromSummary=25>.

⁸¹ Vgl. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/asap-boosting-defence-production_en.

⁸² Vgl. https://defence-industry-space.ec.europa.eu/european-commission-proposes-regulation-incentivise-defence-related-investments-eu-budget-2025-04-22_en?utm_source=chatgpt.com.

Ein weiteres Instrument der EU zur Stärkung der europäischen Verteidigung und der Verteidigungsindustrie ist die Verordnung zur Errichtung des Instruments zur Stärkung der Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern (EDIPRA-Verordnung), die mit Beginn des Jahres 2023 umgesetzt wurde.⁸³ Mit dieser Verordnung wird die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Rüstungs- und Verteidigungsgütern unterstützt. Es wird das Ziel verfolgt, die öffentlichen Ausgaben durch gemeinsame Beschaffung effizienter einzusetzen. Mit diesem Instrument, das mit 300 Millionen Euro aus dem EU-Budget ausgestattet ist, werden gemeinsame Einkäufe mehrerer Mitgliedstaaten subventioniert. Dadurch soll die technologische und industrielle Basis innerhalb der EU effizienter und wettbewerbsfähiger werden und zur Sicherheit und Verteidigung beitragen. Die EU zielt darauf ab, dass die Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von Rüstungsgütern untereinander enger zusammenarbeiten, von außereuropäischem Einfluss unabhängiger werden und ihre militärischen Systeme auf modernstem Stand der Technologien kompatibel machen. Die Stärkung der Rüstungsindustrie und die Sicherung der Beschaffung von Rüstungsgütern durch Produktionen in Standorten innerhalb der Mitgliedstaaten sind ein geopolitisches Ziel der EU im Rahmen der Sicherheitspolitik und soll Beschäftigung und Wachstum bringen.

Die EU hat im Juni 2025 ein umfassendes European Defence Industry Programme angenommen, welches die europäische Verteidigungsindustrie stärken und die Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der EU oder ihrer Mitgliedstaaten unterstützen und schützen soll.⁸⁴ Über dieses Programm werden bis Ende 2027 1,2 Milliarden Euro Zuschüsse an die Industrie und 300 Millionen Euro für Unterstützungsinstrumente zur Verfügung gestellt. Es ist ein Rahmen von Maßnahmen, um eine rechtzeitige Erzeugung und Bereitstellung von Verteidigungsgütern im Interesse der Sicherheit zu gewährleisten und die Anpassungsfähigkeit der Industrieunternehmen an strukturelle und technologische Veränderungen zu stärken. Diese Initiative steht im Einklang mit den Zielen der EU, die Entwicklung der Verteidigung

⁸³ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/edirpa-council-greenlights-the-new-rules-to-boost-common-procurement-in-the-eu-defence-industry/>.

⁸⁴ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/06/23/european-defence-industry-programme-council-ready-to-start-negotiations-with-the-european-parliament/>.

zu unterstützen. Sie ist eine Reaktion auf ein sich änderndes geopolitisches Umfeld, um die Sicherheit zu erhöhen und die Abwehrpotentiale zu stärken. Die Sicherheitsstrategie SAFE für Europa (Security Action for Europe) ist eine neue, seit 2024 forcierte Initiative der EU im Bereich der Inneren Sicherheit im Zusammenhang mit geopolitischen Krisen, Terrorismus, hybriden Bedrohungen und Desinformationen.⁸⁵ Es ist kein eigenständiges Programm, sondern ein Instrument zur finanziellen Unterstützung der Mitgliedsländer im Verteidigungsbereich, um Industrie- und Sicherheitskapazitäten sowie sicherheitskritische Infrastrukturen auszubauen und zu stärken. Dieses Instrument wurde 2025 mit einem Volumen von 150 Milliarden Euro dotiert.

Die EU hat ihre Sicherheits- und Verteidigungsstrategie in naher Vergangenheit seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ab 2022 infolge geopolitischer Veränderungen an den Grenzen zu Nachbarstaaten und weltweit grundlegend geändert. Sie hat die Sicherheitspolitik mit den Mitgliedstaaten neu konzipiert und nimmt wesentlichen Einfluss auf die Industrie, welche die Verteidigungsgüter produziert. Die politische und wirtschaftliche Lage in den Nachbarregionen ist instabil, sodass die Europäische Union hinsichtlich ihrer Sicherheit mit komplexen Herausforderungen konfrontiert ist. Diese geänderte Situation veranlasste die EU zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Mitgliedstaaten.⁸⁶

Der Verteidigungssektor ist gekennzeichnet von steigenden Kosten für die Verteidigungsgüter, die in den Industrien des Maschinenbaus, der Stahl- und Metallverarbeitung produziert werden. Diese benötigen zur Erzeugung größerer und technisch anspruchsvollerer Mengen, Investitionen zum Ausbau der Fertigungskapazitäten. Neue Verteidigungsprogramme erfordern den Ausbau der technologischen und industriellen Basis für Produktinnovationen und Fertigungstechniken, die in der Lage sind, eine Wettbewerbsfähigkeit der Produktion zu garantieren. Daher unterstützt die EU die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten zur Entwicklung neuer Verteidigungstechnologien und Abwehrsysteme und fördert Investitionen in den Ausbau der Erzeugung von Verteidigungsgütern.⁸⁷

⁸⁵ Vgl. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/eu-borrower-investor-relations/safe_en.

⁸⁶ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0697>. (Abs.1).

⁸⁷ Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0697>. (Abs.2).

Das Interesse der EU-Staaten unter der Koordination der EU-Kommission ist, die industrielle und technologische Verteidigungskraft zu ergänzen, zu verstärken und untereinander mit dem Ziel zu konsolidieren, innovative und technologisch konkurrenzfähige Industrieunternehmen zu fördern, die unabhängig Verteidigungsgüter für den Binnenmarkt produzieren. Um die Ziele der Sicherheit und Verteidigung und eine Verbesserung der strategischen Autonomie zu erreichen, ist die EU bereit, Mittel für Investitionen in Forschung, für technologische Entwicklungen und für die Ausweitung und Modernisierung der Industrien durch verschiedene Instrumente bereitzustellen und die Verteidigungsstrategie durch die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu realisieren.⁸⁸

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten finanzieren viele Maßnahmen zur Förderung und Lenkung der Industriepolitik mit Krediten in Erwartung, dass ein Wirtschaftswachstum in Zukunft zu höheren Steuereinnahmen führt, die zur Rückzahlung von Staats- und Unionsschulden verwendet werden können. Diese Situation ist kritisch zu betrachten und mit Vorbehalt zu beurteilen, weil ein Wirtschaftswachstum derzeit nicht gegeben ist. Zu den vergangenen zwei Rezessionsjahren folgt mit dem Jahr 2025 ein weiteres Jahr der Wirtschaftsrezession, sodass für die nähere Zukunft ein Wirtschaftswachstum nicht realistisch geplant werden kann.⁸⁹ Die EU-Kommission sieht in ihrer Prognose vom 20. Mai 2025 die Wirtschaft für Österreich mit minus 0,3 % für 2025 das dritte Jahr in Folge mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes schrumpfen. Österreich ist das einzige Land in der EU, dem dieses Jahr ein Wirtschaftsrückgang bei einer Arbeitslosenrate von 5,3 % und einer Inflationsrate von 2,9 % vorhergesagt wird und es bleibt dabei deutlich über dem EU-Durchschnitt.⁹⁰

Auch in Deutschland bleiben die Konjunkturaussichten bedenklich kritisch. Im letzten Quartal 2024 war in Deutschland, der größten Volkswirtschaft der EU, die Wirtschaft nach dem Maßstab des BIP um 0,2 % geschrumpft. Auch im ersten Quartal 2025 schrumpfte die Wirtschaft im Jahresvergleich um 0,2%. Im Gesamtjahr 2025 droht in Deutschland eine Rezession mit einem

⁸⁸ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0697>. (Abs.3/Abs.5).

⁸⁹ <https://www.finanze.at/news/neue-steuern-lohnnebenkosten-10947/> / (abgerufen 28.3.2025).

⁹⁰ <https://www.ooe-wb.at/news/wirtschaftsprognose/#:~:text=Die%20EU%2DKommission%20sieht%20f%C3%BCr,EU%20heuer%20einen%20Wirtschaftsr%C3%BCckgang%20vorhersagt>.

Rückgang der Wirtschaft um 0,1-0,2%, nicht zuletzt auch wegen der der belastenden Zollpolitik der USA.⁹¹

Der EU-Industrieplan zum Grünen Deal prognostizierte hingegen höhere Fertigungskapazitäten und zunehmende Beschäftigung für Technologien und Produkte zur Erreichung von Klimazielen. Mit Hilfe von Krediten sollte eine rasche Expansion der wichtigsten Cleantech-Branchen erreicht werden.⁹² In Anbetracht der auch 2025 anhaltenden Wirtschaftsrezession werden die Ziele für diese cleantech-bezogene Expansion voraussichtlich nicht planmäßig erreicht.

Als eine Folge der Rezession sind in den betroffenen Mitgliedsstaaten der EU höhere Steuern und Abgabenbelastungen notwendig, um Defizite in den öffentlichen Haushalten decken zu können. Eine weitere Maßnahme erfolgt seitens der Europäischen Zentralbank, die durch die Festlegung des Leitzinssatzes das Zinsniveau niedrig hält, die Preisstabilität jedoch bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2% gegeben sieht.⁹³ Die Europäische Zentralbank versucht mit geldpolitischen Maßnahmen die Inflation unter Kontrolle zu halten, kann jedoch die Inflationsentwicklung in den Mitgliedsstaaten der EURO-Zone nur bedingt beeinflussen. Die Inflationsrate betrug in Österreich 2022 8,6%, 2023 7,8% und im Jahre 2024 2,9%.⁹⁴ Im ersten Halbjahr 2025 betrug die Inflationsrate in Österreich 3,0% und war somit höher als ein Jahr zuvor.⁹⁵ Es ist nicht ersichtlich, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zur Stabilität der Preise wesentlich beiträgt, jedoch ist zu erkennen, dass die Niedrigzinspolitik dazu dient, die Zinskosten der verschuldeten öffentlichen Haushalte niedrig zu halten, während die privaten Sparvermögen und Neuansparungen mit Zinsen von 1,0 bis 0,1 % weit unter der Inflationsrate bedient werden, wie aus den Einlagenzinssätzen von privaten Haushalten zu entnehmen ist.⁹⁶ Somit ist das Sparaufkommen, das Grundlage für die Höhe des Investitionsvolumen im industriellen Bereich sein sollte⁹⁷, von Realverlusten betroffen, wodurch die private Kaufkraft

⁹¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/bip-deutschland-zollstreit-industrie-konjunktur-100.html> (abgerufen 20.5.2025).

⁹² https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de (abgerufen am 22.4.2025).

⁹³ <https://www.ecb.europa.eu/mopo/html/index.de.html>.

⁹⁴ <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/01/20250115VPIJahr2024.pdf>.

⁹⁵ <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/06/20250618VPIMai2025.pdf>.

⁹⁶ <https://www.oenb.at/Statistik/Charts/Chsrt-10.html>.

⁹⁷ Vgl. Solow, Robert, A contribution to the Theory of economic Growth (Quarterly Journal of Economics 70, 1956), S. 65-94.

vermindert und eine Reduzierung der Wirtschaftsleistung in Richtung einer Rezession bewirkt wird.

Die Europäische Union zeigt eine zunehmende Bereitschaft, Subventionen zur Erreichung industriepolitischer Ziele einzusetzen. Es besteht die Gefahr, dass dadurch einzelne Industriesektoren, die diesen Zielen entsprechen, gefördert und andere, die diesen Zielen nicht entsprechen, benachteiligt werden. Dies kann zu Verzerrungen des Wettbewerbes im Binnenmarkt führen und zu einem Subventionswettlauf mit internationalen Konkurrenten, beispielsweise den USA, China und Indien. Die Industriepolitik wird angesichts des Wandels der Weltwirtschaft in der aktuellen Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der Bedeutung von Technologie und Innovation betrachtet. Eine Industriepolitik, die Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand herbeiführen will, erfordert staatliche Eingriffe und birgt gleichzeitig die Gefahr, dass die Marktbedingungen verzerrt werden, die Konkurrenzfähigkeit geschwächt wird sowie regionale und sektorale Einkommensunterschiede entstehen und sich festigen. Es bleibt daher eine Herausforderung, mit Investitionen aus der gegenwärtigen Stagnation und den verschiedenen geopolitischen und materiellen Abhängigkeiten herauszukommen.⁹⁸

Die aktuelle EU-Industriepolitik beabsichtigt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und eine nachhaltige, widerstandsfähige Wirtschaft durch Förderungen zu unterstützen. Die EU-Kommission hat deshalb im Zuge der im Mai 2024 aktualisierten Industriestrategie⁹⁹ neue Schwerpunkte und Schlüsselbereiche festgelegt. Die aktuelle Strategie zielt darauf ab, die strategischen Abhängigkeiten in den sensiblen Industriebereichen zu reduzieren. Analysen haben gezeigt, dass mehr als die Hälfte der analysierten Produkte aus der Volksrepublik China kommen. Diese Produkte betreffen neben Pharmazeutika und pharmazeutischen Wirkstoffen energieintensive Industrien und Bereiche, die für die Unterstützung des grünen und digitalen Wandels von Bedeutung sind. Die EU analysiert verstärkt ihre strategischen Abhängigkeiten in Bezug auf Rohstoffe, Teile, Vorprodukte und Komponenten. Diese Analysen sollen dazu beitragen, die

⁹⁸ <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/1/beitrag/mit-investitionen-und-industriepolitik-aus-der-stagnations-und-abhaengigkeitsfalle/>.

⁹⁹ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/> (am 24.5.2024 hat der Rat der EU die Schlussfolgerungen der neuen Industriestrategie angenommen).

Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Resilienz der Wirtschaft und einzelner strategisch wichtiger Industrieunternehmen zu stärken.

Langfristig verfolgt die EU das Ziel, die strategische Souveränität zu stärken und eine zunehmende Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zu erreichen, um in kritischen Versorgungsbereichen und bei sicherheitsstrategischen Produkten die Abhängigkeit von Drittstaaten wie China oder von einzelnen ausländischen Großlieferanten zu reduzieren. Im Juli 2025 fanden in Peking strategische Gespräche zwischen der EU und China statt, bei denen die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten besprochen wurden. Die EU ist interessiert Wege zu finden, die eigenen Abhängigkeiten zu reduzieren.¹⁰⁰ Es ist ersichtlich, dass die Industriestrategie der EU grundsätzlich einem bereichsübergreifenden Ansatz folgt und darauf abzielt, günstige Rahmenbedingungen für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Diese Strategie verfolgt jedoch derzeit vorrangig die Ziele, nur jene Industriezweige zu fördern, die für die Bewältigung des ökologischen, digitalen und energietransformativen Wandels wichtig sind. Unter diesen Einschränkungen unterstützt die Industriepolitik den globalen Rohstoff- und Warenhandel und den freien Warenverkehr auf dem Binnenmarkt, sowie Forschung, Technik und Innovation.

Im Sinne des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) dürfte eine Bevorzugung einzelner Industrien gegenüber anderen nicht erfolgen. Die internen Politiken und Maßnahmen der EU sehen trotz der Verfolgung unterschiedlicher Ziele in Teilbereichen keine Ungleichbehandlung einzelner Industriesektoren vor, auch wenn dieser Vertrag die europäische Integration über die wirtschaftliche Verantwortung hinaus um eine politisch und demokratisch ausgerichtete Dimension erweitert. Der Dritte Teil des AEUV-Vertrages sieht vor, dass die EU-Politik die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und der gesamten Wirtschaft stärkt sowie Wachstum und Beschäftigung fördert, indem sie ein unternehmerfreundliches Umfeld schafft. Die aktuelle EU-Industriepolitik für saubere Industrie zielt darauf ab, eine für den ökologischen Wandel nachhaltige, technologisch gefestigte und im Wettbewerb widerstandsfähige Industrie zu fördern.

¹⁰⁰ <https://on.orf.at/video/14285305/15920434/analyse-abhaengigkeit-zwischen-china-und-eu>.

Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU ist neben dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) der wichtigste Vertrag in der EU.¹⁰¹ Er bildet die ausführliche Grundlage des EU-Rechtes und legt die Grundsätze und Ziele der EU sowie die Handlungsmöglichkeiten in ihren Politikbereichen fest. In diesem Vertrag werden auch Einzelheiten zur Organisation und Arbeitsweise der EU-Organe dargelegt. Die wichtigsten Tätigkeitsfelder sind neben der Industriepolitik die Stärkung der Technologie, die Verteidigung, die öffentliche Gesundheit, der Umweltschutz und die Beschäftigung.

Die Industriepolitik versucht eine beschleunigte Anpassung der Industrieunternehmen an die strukturellen Änderungen zu erreichen und ein günstiges Umfeld für eine kontinuierliche Weiterentwicklung durch Forschung und technologische Entwicklung zu schaffen. Durch Förderungen der Innovationen soll eine Nutzung des industriellen Potentials aller Unternehmensgrößen erreicht werden.¹⁰²

Dieser Vertrag wurde am 13. Dezember 2007 unterzeichnet und trat nach der Ratifizierung durch die Mitgliedsländer am 1. Dezember 2009 in Kraft.¹⁰³

Angeichts der Globalisierung und des verschärften Wettbewerbs aus den Schwellenländern wird Europas Wohlstand langfristig von der Stärke der industriellen Basis und nicht allein von Dienstleistungen und dem Finanzsektor abhängen. Die industrielle Forschung und Innovation spielen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Technologien und Konzepten, die die Zukunft des verarbeitenden Gewerbes in Europa sichern. Die europäische Industrie hat die Fähigkeit, Innovationen voranzutreiben und den globalen Fortschritt zu gestalten. Die EU fördert und schützt die gut entwickelte soziale Marktwirtschaft und garantiert die rechtlichen Rahmenbedingungen, damit diese berechenbar bleiben. Die Industrieunternehmen bilden eine solide Grundlage dafür, dass die gesamte Wirtschaft sich im globalen Umfeld wettbewerbsstark und widerstandsfähig positionieren kann. Die derzeit zunehmenden geopolitischen Spannungen, der technologische Wettbewerb und die Auswirkungen von strukturellen Veränderungen infolge klimapolitischer Zielsetzungen haben in neuester Zeit

¹⁰¹ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/chapter/209/arbeitsweise-der-europaischen-union>.

¹⁰² <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsatz-der-industriepolitik-der-eu/>.

¹⁰³ <https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/treaty-on-the-functioning-of-the-european-union.html>

eine krisenhafte Situation verursacht und das Wachstum in vielen Industriebereichen mit depressiver Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft eingeschränkt oder zum Erliegen gebracht. Diese schwierige Wirtschaftssituation hat die EU veranlasst, im Februar 2025 den „Deal für saubere Industrie“ abzuschließen, um die Herausforderungen der Klimakrise anzunehmen und die Folgen der strukturellen Veränderungen durch gezielte Maßnahmen zu überwinden.¹⁰⁴ Diese neueste Strategie enthält eine Reihe von Maßnahmen, die von der EU-Kommission als wirtschafts- und industriepolitische Strategie gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten erarbeitet und umgesetzt werden sollen. Im Mittelpunkt dieser Transformationsstrategie stehen die Schlüsseltechnologien für erneuerbarer Energie, wie Windkraft, Solarzellen, Wasserkraft und Wasserstoff, sowie die energieintensiven Fertigungsbereiche der Industrie. In den Bereichen der Energietechnologien hat die EU-Industrie bedeutende Marktanteile an internationale Konkurrenten verloren und einen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit erlitten.¹⁰⁵ Diese Situation ist eine Angelegenheit der EU-Industriepolitik, welche die zunehmenden Abhängigkeiten in strategischen Bereichen reduzieren und den Binnenmarkt resilienter machen möchte. Es ist daher verständlich, dass die Kapazitäten in den ermittelten strategischen Industriebereichen durch EU-Förderung von Investitionen bevorzugt ausgebaut und die Technologien erneuert werden sollen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Stärke wieder herzustellen. Die Maßnahmen der Strategie zur Dekarbonisierung sollten gegen die stagnierende Wirtschaft wirksam werden und durch technologische Innovationen energieintensive Industrien entlasten und Beschäftigung und Wachstum bringen.¹⁰⁶

Die EU-Kommission beabsichtigt mit dieser neuen Industriestrategie Unternehmen zu fördern, die wettbewerbsfähig sind und mit der Herstellung innovativer Produkte die Dekarbonisierung vorantreiben. Die EU soll sich modernisieren und international führend bleiben. Die Industrien unterliegen jedoch einer Energie- und Rohstoffabhängigkeit und stehen in Konkurrenz zu ausländischen Unternehmen. Die EU will dafür sorgen, dass die Industrie in den Mitgliedsländern angesichts des weltweiten Wettbewerbs und der

¹⁰⁴ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085/Deal für eine saubere Industrie.](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085/Deal%20f%C3%9C%20eine%20saubere%20Industrie)

¹⁰⁵ [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085.](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085)

¹⁰⁶ [https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/clean-industrial-deal-2025.php.](https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/clean-industrial-deal-2025.php)

geopolitischen Herausforderungen durch finanzielle Unterstützungen und handelspolitische Schutzinstrumente krisenfest wird und wirtschaftlich abgesichert bleibt.¹⁰⁷ Die Klimaziele der EU können nur erreicht werden, wenn die nationalen Energie- und Klimapläne sich als wichtige Instrumente erweisen, um die erforderlichen Investitionen durchzuführen. Durch den Ausbau erneuerbarer Energie wird erwartet, Energie einfacher und günstiger zu nutzen. Die Wirtschaft und die privaten Haushalte werden durch die Erzeugung erneuerbarer Energie unabhängiger von Rohstoffimporten.

¹⁰⁷ https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de.

6. INDUSTRIEPOLITISCHE STRATEGIE

6.1. Industriepolitik und technischer Fortschritt

Der technische Fortschritt begleitet den Menschen seit vielen Jahrtausenden und wurde immer dann bedeutsam, wenn es darum ging, das Überleben zu sichern. Die Erfindung des Speers für Jagd und Verteidigung trug dazu bei, die jagdliche Nahrungsbeschaffung gezielter, sicherer und effizienter zu machen und gleichzeitig mögliche Feinde, die es auf die Beute abgesehen hatten oder den Jäger und seine Sippe bedrohten, erfolgreich abzuwenden.¹⁰⁸ Die Erfindung und Anwendung technischer Hilfsmittel wird aus dem jeweils gegenwärtigen Bedarf, als Wunsch oder als eine Vorstellung zur Unterstützung des Menschen angeregt oder angestrebt und ist auf die Zukunft gerichtet. Aus den vorhandenen und festgestellten Bedingungen lassen sich Chancen und Hürden für eine reale technische Entwicklung ableiten. Diese bilden die Grundlage dafür, realisierbare Ansätze von derzeit utopischen Vorstellungen zu trennen und jene Zukunftstechnologien zu entwickeln, die zum Fortschritt der Menschen beitragen und Veränderungen bewirken, um deren Fähigkeiten zu stärken und zu erweitern.¹⁰⁹ Die Diskussion über neue Technologien verläuft zwischen den Vorstellungen wie die Zukunft aussehen könnte und den unmittelbaren Erwartungen, Verbesserungen zu erhalten, die Vorteile für die derzeitige Lebensweise bringen. Mit Blick auf die Entwicklung von Technologien ist es eine Herausforderung, dass der aktuelle Stand der Entwicklung die Grundlage bildet, auf welcher zukünftige Entwicklungen aufgebaut werden können.¹¹⁰

Es ist daher wichtig die EU-Industriepolitik der vergangenen Jahre bis in die Gegenwart zu betrachten, um feststellen zu können, welche Voraussetzungen in der Zwischenzeit geschaffen wurden, auf welche zukünftige Entwicklung hingelenkt und welche Ziele erreicht werden sollen. Es sind Grenzen der Entwicklung erkennbar und es sind Bedingungen gegeben, die eine zukünftige Entwicklung einschränken und den Erfolg industriepolitischer

¹⁰⁸ Vgl. Klug, Markus, Technical Human Advancement. In: Dengg, Anton, Icarus' Wings, Navigating Human Enhancement (Wien 2025) S. 33-58, S. 33.

¹⁰⁹ Vgl. Klug, Technical Human Advancement, S. 34.

¹¹⁰ Vgl. Klug, Technical Human Advancement, S. 35.

Maßnahmen, die zudem auch noch mit geopolitischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen vermischt werden, voraussichtlich reduzieren werden.

Die Europäische Union versucht mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch kontrollierend und lenkend in die Veränderungen einzugreifen, sowie Bedingungen vorzugeben, um für die Unionsziele einen Erfolg sicherzustellen.¹¹¹ Nicht alle diese Ziele der EU werden in den verschiedenen Regionen der EU gleichermaßen anerkannt. Den einzelnen Maßnahmen und Regulierungen der EU werden aus geopolitischer Sicht nicht in allen Mitgliedsstaaten die gleiche Bedeutung beigemessen. Es wird befürchtet, dass die Umsetzung einer umfangreichen Industriepolitik soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, die neue Unterschiede in der Einkommensentwicklung einzelner Bevölkerungsschichten hervorruft und bisher bestehende Nachteile verstärkt. Die derzeitige Wirtschaftskrise in weiten Gebieten der EU, insbesondere die Rezession in Deutschland und Österreich, verursacht technologische und wirtschaftliche Einschränkungen in Industrieunternehmungen infolge Knappheit von Rohmaterialien oder Lieferschwierigkeiten bei Komponenten. Sie ist verbunden mit einem Rückgang oder einer Stagnation der Umsätze, welche in den Unternehmen finanzielle Engpässe bewirken, einen Aufschub notwendiger Investitionen veranlassen und eine Straffung der Beschäftigung erfordern, wodurch eine Zunahme der Anzahl der Arbeitslosen die Folge ist. Eine Rezession ist gegeben, wenn die tatsächliche Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft zunehmend hinter der potenziell möglichen Leistung zurückfällt und die nicht genutzten Kapazitäten immer mehr werden.¹¹²

In diesem Zusammenhang sind Bedenken berechtigt, dass ein erzwungener technologischer Wandel zur Erreichung gesellschaftspolitisch motivierter Ziele durch industriepolitische Maßnahmen den angestrebten wirtschaftlichen Erfolg nicht erbringen wird. Vielmehr besteht die Gefahr, dass es zu einer größeren Vermögensvernichtung im privaten und industriewirtschaftlichen Bereich kommt, als dort neue Werte geschaffen werden. Diese Überlegungen sind durch das Risiko begründet, dass energie- und umweltpolitisch motivierter Wandel, der durch die Industriepolitik der EU

¹¹¹ Vgl. Jäger, Springler, Ökonomie der internationalen Entwicklung, S. 152.

¹¹² Vgl. <https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/>.

unterstützt werden soll, in der Realität zu einer wirtschaftlichen Stagnation oder Rezession führt.

Höhere Steuerbelastungen, sinkende Zinsen auf Ersparnisse sowie inflationäre Preissteigerungen, Kaufkraftverlust und eine langfristige Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung sind die Folgen der Rezession aufgrund nationaler und unionsweiter Kreditverpflichtungen. Wenn technologischer Fortschritt derzeit finanzierungspolitisch nicht leistbar ist und der erwartete technologische Wandel nicht erfolgreich umgesetzt werden kann, ist der Zeitpunkt der Maßnahmen für die technischen Anstrengungen nicht richtig gewählt. Ander Volkswirtschaften, die sich die Finanzierung des technologischen Wandels leisten können oder wollen, werden einen Vorteil gegenüber der EU erwirtschaften und die Industrieunternehmen der EU werden im internationalen Vergleich Wettbewerbsnachteile aufweisen.

Eine Änderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der Fertigungs- und Tätigkeitsweisen betrifft quantitative und qualitative Aspekte. Ein erfolgreicher Wandel passiert nicht plötzlich, sondern erfordert Kenntnisse und Erfahrungen, auf denen aufgebaut werden kann, sowie Wissen, das von der Wissenschaft weiterentwickelt wird, um unterstützend zur Verfügung zu stehen.¹¹³ Jede Weiterentwicklung ist ein Vorgang des Wandels und der Änderung. Jeder Anstoß zu einer Veränderung kann unterschiedliche Ursachen haben und eine oder mehrere Auswirkungen verursachen. Ein Wandel bedeutet, die bisherige bekannte und einheitliche Situation zu verlassen und unterschiedliche, neue Elemente, Faktoren oder Materialien einzubeziehen, um Wirtschaft und Technologie zu beeinflussen und auf gesellschaftliche und soziale Bereiche des menschlichen Lebens einzuwirken.¹¹⁴

Es ist zu beachten, dass industriepolitische Maßnahmen zur Förderung von Investitionen in den technologischen Fortschritt nicht zu einem Wirtschaftswachstum führen müssen. In einzelnen Teilbereichen der Industrie kann Wachstum erreicht werden, in anderen Teilbereichen muss die Produktion abgesenkt oder aufgelassen werden. Dies trifft beim Ausbau der Elektromobilität zu, da für jedes verkaufte Elektroauto ein mit Benzin- oder Diesel angetriebenes vergleichbares Fahrzeug nicht mehr benötigt und daher

¹¹³ Vgl. Spencer, Herbert, Illustrations of universal Progress (Project Gutenberg 2012) S. 38-52, S. 38.

¹¹⁴ Vgl. Spencer., Illustrations of universal Progress, S. 46.

nicht mehr erzeugt wird, mit voneinander abweichenden Beschäftigungseffekten. Es ist nicht nur von Bedeutung, wie und ob technologischer Fortschritt Wachstum erzielen lässt, sondern auch welche Formen des Wachstums angestrebt werden und welche Auswirkungen diese auf die Lebensweise der Menschen, die Veränderung der Gesellschaft und die Nutzung der Ressourcen haben.¹¹⁵

Die Auswirkungen der Technologien auf die Verbesserung der Lebensweise von Menschen und die gesellschaftliche Entwicklung sind vielfältig. Entwickelte und innovative Technologien, die von der Industrie auf den Markt gebracht werden, haben in das tägliche Leben der Menschen und in die beruflichen Aktivitäten Eingang gefunden und verlangen nach ständiger Neuorientierung und nach Aneignung von Kenntnissen, um diese sinnvoll und effizient anzuwenden. Das Wissen, das dafür notwendig ist, hat sich exponentiell ausgeweitet und zeigt komplexe wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Beziehungen und Herausforderungen, die von einer Vielzahl von Elementen, Strukturen, Prozessen und Interaktionen geprägt sind.¹¹⁶ Die EU-Industriepolitik erfasst oder beeinflusst Bereiche wie die Medizintechnologie, die Neurotechnologie, die Biotechnologie und Roboter für die Fernüberwachung und -kontrolle nicht gleichermaßen wie Energietechnologie und Technologie für Elektromobilität und Technologien, die Treibhausgasemissionen reduzieren. Dennoch ist der Forschungsstand dahingehend gekennzeichnet, dass viele technische Wissensbereiche auf interdisziplinäre Weise zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen, auch wenn die EU-Förderungen nicht gleichermaßen gegeben sind und ein Gefälle an Forschungsprioritäten festzustellen ist. Es gibt komplexe Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Faktoren, zwischen einschränkenden und abundanten materiellen Ressourcen, deren Wirkungsweise Grundlage für Erkenntnisse und Entscheidungen bildet. Im gesellschaftlichen Diskurs erlangen die sozialen Implikationen und die Auswirkungen auf einzelne Teilbereiche der menschlichen Lebensweise eine besondere Bedeutung. Die Rolle der

¹¹⁵ Vgl. Jäger, Springler, *Ökonomie der internationalen Entwicklung*, S. 210.

¹¹⁶ Vgl. Hofer, Bernhard, *Effects of human enhancement technologies on society*. In: Dengg, Anton, (Hrsg.) *Icarus' Wings, Navigating Human Enhancement* (Wien 2025) S. 271-318, S. 271.

Technologie ist für die zukünftige Entwicklung bedeutend, da sie auf die Existenz und das Fortbestehen der Menschheit Einfluss haben wird.¹¹⁷

Zwischen der Industriepolitik der EU und dem gleichfalls von der EU geförderten technischen Fortschritt gibt es Zusammenhänge. Die Grundlagenforschung, der Aufbau von Technologiezentren und eine gezielte Förderung der Innovation vorhandener Technologien betrifft die technische Leistungsfähigkeit der Industrien. Sie unterstützen die in Nutzung befindlichen Rohmaterialien, Technologien und Energiequellen oder versuchen Veränderungen herbeizuführen. Eine besondere Bedeutung hat die Verbindung der EU-Industriepolitik mit Klimazielen, mit Zielen des grünen und digitalen Wandels, mit Zielen der Rohstoffunabhängigkeit und der Technologiesouveränität erlangt. Technischer Fortschritt ist bedeutend für eine Steigerung der Produktivität und der Produktionsleistung.¹¹⁸ Es ist ersichtlich, dass der Schwerpunkt der möglichen Wirkungsweise der technologischen Mechanismen von der Verfügbarkeit ausreichender Mittel für Investitionen abhängt.¹¹⁹

6.2. Industriepolitik und wirtschaftliches Wachstum

Die Kommission der Europäischen Union setzte sich 2020 in der Industriepolitik das strategische Ziel, den grünen und digitalen Wandel zu beschleunigen, die Beschäftigung in der Industrie zu fördern, Produktionssteigerungen zu unterstützen sowie regulatorische Hindernisse für Industrieunternehmen abzubauen. Es wurde angestrebt, die EU-Industrien im weltweiten Vergleich wettbewerbsfähiger zu machen, um die Autonomie und Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Im Artikel 173 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist festgelegt: „Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleistet sind“.¹²⁰

¹¹⁷ Vgl. Hofer, Effects of human enhancement technologies on society, S. 275.

¹¹⁸ Vgl. Cypher, James M. The process of economic Development (New York 2021), S. 157.

¹¹⁹ Vgl. Cypher, The process of economic Development, S. 158.

¹²⁰ <https://www.euburo.de/de/eu-innovationspolitik-2364.html>

Die EU begrenzte jedoch ihre Unterstützungen dahingehend, dass sie nur eine klimaneutrale Wettbewerbsfähigkeit anstrebte, nicht eine umfassende, die für alle Unternehmen, alle Branchen und alle Produktionsweisen gültig gewesen wäre. Diese neuen Regulierungen bedeuteten für die Industrieunternehmen besondere Herausforderungen, Technologien zur Senkung der Emissionen zu entwickeln, diese zeitnah einzusetzen und gleichzeitig am Markt für emissionsarme Technologien bestehen zu können.¹²¹ Vier Jahre später 2024 konzentrierte sich die EU-Industriepolitik darauf, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu stärken und eine nachhaltigere, widerstandsfähigere und digitalisierte Wirtschaft zu fördern, die Arbeitsplätze schafft.¹²²

Diese Strategie der EU ist regulierend und gibt den Industrieunternehmen Auflagen vor, die den Handlungs- und Entscheidungsspielraum einschränken und zusätzliche Belastungen verursachen. Die Maßnahmen der EU, um Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zu erreichen, führen zu Kostensteigerungen, die wiederum die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten beeinträchtigen und die Widerstandsfähigkeit schwächen. Hinzu kommen strategische Abhängigkeiten von Rohstoff- und Handelsmärkten, die durch die Klimastrategie in Bezug auf kritische Materialien zunehmen. Die Industrieunternehmen in der EU verlieren gegenüber internationalen Produzenten infolge dieser Kostennachteile Umsätze und Arbeitsplätze. Denn innerhalb der großen Wirtschaftsmächte der Welt, wie USA China, Indien, Japan, hat bereits ein Wettlauf zur Investition in grüne Innovationen eingesetzt, der einen großen Druck auf die Industrieunternehmen der EU ausübt und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer und globaler Ebene einschränkt, da die gleichen Wettbewerbsbedingungen nicht gegeben sind.

Die EU hingegen will nun im Rahmen des Industrieplanes 2024 Initiativen ansetzen, um die Netto-Null-Transformation zur Klimaneutralität der Industrieunternehmen zu beschleunigen und definiert die Industriepolitik wie folgt: „Eine wettbewerbsfähige europäische Industrie als Motor unserer grünen, digitalen und widerstandsfähigen Zukunft“.¹²³ Der Industrieplan zum Grünen Deal soll Europas CO₂-neutrale Industrie wettbewerbsfähiger

¹²¹ <https://www.bing.com/search?q=eu+industrial+strategy&PC=U316&FORM=CHROMN>.

¹²² <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-industrial-policy/>

¹²³ <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/>

machen und den Übergang zur Klimaneutralität beschleunigen. Um diese Strategie zu unterstützen, ist die EU bestrebt, die internationale Zusammenarbeit zur Erreichung des grünen Wandels auszubauen und den Handel durch neue Freihandelsabkommen oder bilaterale Handelsverträge mit EU-Partnern zu unterstützen und gleichzeitig den Binnenmarkt gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen.

Diese Klimaziele würden höhere Fertigungskapazitäten bei CO₂-neutralen Technologien und Produkten innerhalb der EU erfordern. Die EU-Kommission führte dazu aus: „Europa will bei der Cleantech-Revolution eine Führungsrolle übernehmen. Für Mensch und Industrie heißt das, Fertigkeiten schnell in vernünftige Arbeitsplätze münden und Innovationen unbürokratisch in Serie gehen zu lassen. Ein besserer Zugriff auf Finanzmittel ermöglicht eine rasche Expansion der wichtigsten Cleantech-Branchen.“¹²⁴

Diese einseitige Vorgangsweise der EU ist auch darin erkennbar, dass sie nur strategische Projekte unterstützt, die spezifische Kriterien zur Dekarbonisierung der Industrie beinhalten und auch nur solche Projekte, die Arbeitsplätze schaffen. Strategien zur Standortsicherung und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in den traditionellen Industrieunternehmen werden von der EU vernachlässigt, so dass diese in eine wirtschaftliche Krise geraten, die zu Arbeitsplatzreduzierungen führt.¹²⁵ Diese Analyse der EU-Industriepolitik zeigt, dass darin nicht die Förderung der Unternehmen, sondern die Erreichung grüner Ziele vorrangig ist, wodurch die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen gefährdet wird. Insbesondere hat die grüne Transformation zu einer Steigerung der Energiekosten geführt, sodass energieintensive Industrien mit zusätzlichen Wettbewerbsnachteilen konfrontiert sind. Ein Wirtschaftswachstum kann nur erreicht werden, wenn eine langfristige Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angestrebt wird.¹²⁶ Die EU-Regulierungsmaßnahmen erfordern Umstellungen und Anpassungen von Produktionsweisen und Produktänderungen, die bereits kurzfristig zu Leistungsminderungen führen. Hingegen sind Produktinnovationen und technische Verbesserungen der

¹²⁴ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de#paragraph_33968.

¹²⁵ Die österreichischen Industrieunternehmen haben nach Aussagen des Präsidenten der Industriellenvereinigung, Georg Knill, in einem Radiointerview am 7.4.2025 im Jahr 2024 50.000 Arbeitsplätze verloren. Quelle angeben, wo du das Radiozitat nachgelesen hast.

¹²⁶ Vgl. Weil, David N., *Economic Growth* (Harlow, UK 2013), S. 33.

Produktionsprozesse erforderlich, um nachhaltige Produktivitätssteigerungen zu erzielen, die in der Lage sind, sichere marktwirtschaftliche Voraussetzungen für eine Leistungssteigerung herzustellen.¹²⁷

Die EU-Industriepolitik verknüpft den digitalen und den ökologischen Wandel auch in der Festlegung von begrenzten strategischen Prioritäten in der industriellen Forschung und Innovation. Sie versucht dabei die wirtschaftliche Sicherheit zu erhöhen und die Autonomie der Industrieunternehmen durch eine nachhaltige und sichere Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu stärken. „Kritische Rohstoffe sind Rohstoffe von großer Bedeutung für die EU, bei denen aufgrund der Konzentration ihrer Vorkommen und des Mangels an guten, erschwinglichen Ersatzstoffen ein hohes Risiko von Versorgungsunterbrechungen besteht.“¹²⁸

Diese eigenständige Risikoeinschätzung der EU zeigt, dass die Industriepolitik die industrielle Wirtschaft in eine Abhängigkeit vom internationalen Handel und der Versorgung durch Rohstoffe gebracht hat, die nur in wenigen, fernen Ländern außerhalb der EU in ausreichenden Mengen verfügbar sind, sodass eine erfolgreiche Diversifizierung der Beschaffung nicht gelingen kann. Die EU-Industriepolitik ist nur in jenen Teilbereichen ambitioniert und zukunftsorientiert, die auf Technologien ausgerichtet sind, welche die Energie- und Mobilitätswende unterstützen. Die EU gibt die Unterstützung von Investitionen in fossile Brennstoffe auf und wendet sich mit grünen und digitalen Prioritäten sauberen, erneuerbaren Energiesystemen zu, die allerdings mehr Mineralien und kritische Rohmaterialien benötigen. Die Industriepolitik der EU hat das Risiko knapper Ressourcen dadurch betont, dass 137 sensible Produkte definiert wurden, die von ausländischen Lieferorten abhängig sind, sowie 34 Materialien und Rohstoffe, als sehr kritisch bezeichnet wurden.¹²⁹ Die dadurch entstehenden Abhängigkeiten hemmen die Entwicklung einer Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsstärke der Industrien. Um die Unabhängigkeit der Industrie im Zuge des grünen Wandels zu erhöhen, wäre der Aufbau einer lokalen Produktion von Autobatterien, Solarmodulen, Permanentmagneten für saubere Technologien

¹²⁷ Vgl. Weil, Economic Growth, S. 221.

¹²⁸ <https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/critical-raw-materials/>

¹²⁹ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-critical-raw-materials-act_en.

erforderlich. Der fehlende Zugang zu Rohstoffen verhindert dies, sodass Abhängigkeiten bestehen bleiben.

Eine besondere Art der Abhängigkeit ist durch die kürzlich verstärkte Verflechtung der EU-Wirtschaft mit China entstanden. Chinas aggressive Wirtschafts- und Verteidigungspolitik wird zunehmend als eine Bedrohung wahrgenommen. Bemerkenswert ist eine Einschätzung Chinas aus dem Jahr 1914, die Hermann Hesse vorgenommen hat und derzeit wieder Bedeutung erlangt: „Den Chinesen gegenüber war mein Gefühl zwar stets eine tiefe Sympathie, aber gemischt mit einer Ahnung von Rivalität, von Gefahr; mir schien, das Volk von China müssen wir studieren wie einen gleichwertigen Mitbewerber, der uns je nach dem Freund oder Feind werden, jedenfalls aber uns unendlich nützen oder schaden kann“. ¹³⁰ China ist ein wichtiger wirtschaftlicher Mitbewerber geworden und zu einer bedeutenden Industrie- und Handelsmacht aufgestiegen. Es hat durch umfangreiche industrielle und technologische Leistungen und Produktionen für internationale Auftraggeber Handelsbilanzüberschüsse und Währungsreserven erwirtschaftet. ¹³¹ Die Technologie und Digitalisierung spielte dabei eine entscheidende Rolle, denn die technologischen Veränderungen der letzten Jahre haben sich auf die globale Wirtschaft ausgewirkt und China hat seine Position in der Technologie und in der Fertigung technologieintensiver Produkte gegenüber dem internationalen Wettbewerb gefestigt. ¹³² Im Jahre 2024 exportierte die EU Waren im Wert von 213,3 Milliarden Euro nach China und importierte von China Güter und Leistungen im Wert von 517,8 Milliarden Euro, sodass ein Handelsdefizit von 304,5 Milliarden Euro zustande kam. Mit einem Anteil von 21,3% der Gesamteinfuhren stieg China zum größten Handelspartner der EU auf. China konnte seine Ausfuhren in die EU in zehn Jahren mehr als verdoppeln, während die EU im gleichen Zeitraum die Exporte nur um 47% erhöhen konnte, sodass die Abhängigkeit der EU von China, insbesondere in der Elektronik, anstieg. ¹³³ Die chinesische Wirtschaft hat sich durch Investitionen in Technologie und Fertigungskapazitäten auf

¹³⁰ Hesse, Hermann, *Erinnerungen an Asien 1914*. In: Hesse, Hermann, *Kleine Freuden* (Suhrkamp Frankfurt/Main 1977), S. 109.

¹³¹ Vgl. Dengg, Anton, *China's Narratives in the Context of Hybrid Threats*. In: Frank, Johann, Vogl, Doris (Hrsg.) *China's Footprint in strategic space of the European Union* (Wien 2021), S. 61-62.

¹³² Vgl. Dengg, Anton, *China's Narratives in the Context of Hybrid Threats*. In: Frank, Johann, Vogl, Doris (Hrsg.), *China's Footprint in Strategic Spaces of European Union* (Vienna 2021), S. 59-84, S. 59.

¹³³ Vgl. <https://de.euronews.com/my-europe/2025/03/13/handelsbilanz-China-EU/>

den Export in die westlichen Industriestaaten ausgerichtet und hat dadurch das eigene Ansehen im Ausland durch langfristige Projektionen, qualitativ hochwertiger Erzeugnisse und Leistungssicherheit gestärkt.¹³⁴

Das Handelsbilanzdefizit mit China gibt einen Hinweis dahingehend, dass die im EU-Europa benötigten industriellen Produktionen aus Gründen fehlender Materialressourcen, fehlender Technologien, fehlender Arbeitskräfte oder unwirtschaftlicher Produktionskosten reduziert und ausgelagert wurden. Die EU-Industriepolitik hat in Hinblick auf die von den Industrieunternehmen in großem Umfang und seit längerem vorgenommenen Auslagerungen in Niedriglohnländer, insbesondere auf China bezogen, nicht ausreichend und nicht rechtzeitig auf die Herausforderungen der Globalisierung reagiert und auch der notwendigen Stärkung der Unternehmen im Binnenmarkt und in der globalen Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt.

Eine kritische Betrachtung der Gesichtspunkte, nach welcher die EU-Industriepolitik aufgebaut ist und nach welcher Strategie Entscheidungsträger vorgehen, lässt erkennen, dass eine multitheoretische Prägung zugrunde liegt. Neben den traditionell in der EU vorherrschenden liberalen, neoliberalen und ordoliberalen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft hat die EU in den letzten Jahren und in der gegenwärtigen Krisensituation auch keynesianische Ansätze und staatlich unterstützte, nachfrageorientierte finanzpolitische Maßnahmen eingesetzt. Sie hat eine höhere Verschuldung der öffentlichen Haushalte zugelassen, öffentliche Investitionen und Beschäftigungsprogramme zur Einkommenssicherungen unterstützt sowie intensivere staatliche Regulierungen mit steuerlichen und abgabenabhängigen Belastungen zur Umverteilung eingeleitet.

Diese kritische Betrachtung der EU-Industriepolitik führt zu der Feststellung, dass die bisher steigende Industrieproduktion zu einer regionalen Erschöpfung der Nutzung von Ressourcen geführt hat. Durch Globalisierung der Produktionsweisen erfolgte jedoch keine Einschränkung des Wachstums insgesamt, obwohl dies eine Möglichkeit gewesen wäre, ökonomische Aktivitäten und soziales Verhalten mit Ressourcenknappheit in Verbindung zu bringen.¹³⁵ Ein neues wirtschaftliches Phänomen sind die

¹³⁴ Vgl. Vogl, Doris, China's Strategic Narratives. In: Frank, Johann, Vogl, Doris, China's Footprint in Strategic Spaces of European Union (Vienna 2021), S. 15-24, S. 17.

¹³⁵ Vgl. Georgescu-Roegen, Nicholas, The Entropy Law and the Economic Process (Cambridge, MA, Reprint 2014).

Wachstumsrückgänge der nahen Vergangenheit und die Rezession der Gegenwart, die eine gesonderte Analyse und Beurteilung erfordern. Die traditionellen, neoklassischen Vorstellungen von Wirtschaftswachstum mit endloser Expansion und ohne Einschränkung von Ressourcen¹³⁶, die bisher in der EU vorherrschend waren, können nicht mehr aufrechterhalten werden. Die EU-Industriepolitik betont die Ziele, ökologisch nachhaltige Materialien einzusetzen, umweltfreundliche Technologien anzuwenden, die Effizienz und das Volumen erneuerbarer Energien zu steigern und dennoch im globalen Vergleich wirtschaftlich rentabel und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die gegenwärtig anhaltende wirtschaftliche Krisensituation und Stagnation ist nach der Einführung der ökologisch orientierten EU-Industriepolitik aufgetreten, sodass Zusammenhänge zwischen dieser und der gegenwärtigen Wirtschaftskrise angenommen werden können.

Die wirtschaftlichen Rückschläge mit ihren Auswirkungen, Mechanismen und Einflussfaktoren sind trotz erkennbarer technologischer Fortschritte eingetreten und haben direkte oder indirekte Ursachen, die mit der EU-Industriepolitik und der davon abhängigen Handelspolitik in Verbindung stehen oder von diesen ausgehen.

Theorieansätze analysieren die wirtschaftlichen Auswirkungen von Umweltpolitiken und Kosten der Umweltunverträglichkeit einschließlich der Instrumente zur Förderung eines umweltfreundlichen Wirtschaftsverhaltens. Die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten, sozialen Systemen und ökologischen Prozessen sind gegeben und müssen berücksichtigt werden, um wirtschaftliches Handeln auf lange Sicht auf ganzheitliche Lösungen auszurichten, die auch die Grenzen der Verfügbarkeit knapper Ressourcen berücksichtigen. Es bleibt offen, ob die gegenwärtige wirtschaftliche Krisensituation eine Ausgewogenheit in der Befriedigung sozialer Bedürfnisse durch Einkommensverteilung und Kaufkraftbereitstellung sichert sowie eine ökologisch vertretbare und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Energiequellen erreicht.¹³⁷

Auf die Grenzen des Wachstums und die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauches zu treffen, wird wiederholt in Diskussionen

¹³⁶ Vgl. Solow, Robert, A contribution to the Theory of economic Growth (Quarterly Journal of Economics 70, 1956), S. 65-94.

¹³⁷ Vgl. Raworth, Kate. Doughnut Economics: Seven Ways to Think like a 21st-Century Economist (London 2018). S. 81-116.

hingewiesen und es wird hervorgehoben, dass ein traditionelles, unbeschränktes, auf Bevölkerungszunahme und Steigerung des Wohlstandes basierendes Wirtschaftswachstum umweltzerstörerisch wirkt.¹³⁸

Die Postwachstumstheorie thematisiert die Probleme, die für ein wirtschaftliches Wachstum bei immer knapper werdenden Ressourcen entstehen.¹³⁹ Hierbei wird ein unbegrenztes Wachstum in Frage gestellt und davon ausgegangen, dass eine Reduktion der Wirtschaftstätigkeit durch weniger Verbrauch, nachhaltiges Wirtschaften mit weniger Rohstoffen und Energiequellen sowie effizientes und dauerhaftes Rückgewinnen eingesetzter Materialien angestrebt werden sollte, um eine Beendigung des Wachstums bis zu einer Reduzierung wirtschaftlicher Produktion und Leistung zu erreichen.¹⁴⁰

6.3. Industriepolitik und Finanzstrategie der EU

Der Haushaltsplan der Europäischen Union ist, abgesehen von den eigenen Verwaltungsausgaben, ein Investitionsbudget. Dieser ergänzt die Haushalte der Mitgliedstaaten und wird zur Finanzierung europäischer Programme und zur Unterstützung nationaler Programme verwendet.¹⁴¹ Der EU-Haushaltsplan dient der Bewältigung der jeweils aktuellen Aufgaben, die sich aus der Verfolgung der Ziele der Europäischen Union und den Tätigkeiten der Mitgliedstaaten ergeben. Auch wenn die übergeordneten Pläne und Aufgaben der EU sich aus den Herausforderungen zum Erhalt des Friedens, des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Stärke und Wettbewerbsfähigkeit ergeben, setzt die Europäische Kommission den Haushalt zur Finanzierung ihrer Prioritäten und unmittelbaren Vorhaben mit unionsweiter Tragweite ein, die nicht von den einzelnen Mitgliedstaaten finanziert werden. Auf diese Weise soll der EU-Haushalt die Kommunikation, Infrastruktur und Wirtschaft der Union unterstützen, den Wohlstand der Gesellschaft sichern, zur Krisenbewältigung beitragen, Notfälle lindern helfen und die geopolitische Position der Europäischen Union weltweit stärken.

Der jährliche EU-Haushalt unterliegt einem mehrjährigen Finanzrahmen, der aktuell für die Periode 2021 bis 2027 festgelegt ist, und Prioritäten und

¹³⁸ <https://www.clubofrome.org/publications/the-limits-to-growth/>

¹³⁹ Vgl. Latouche, Serge, Degrowth, University of Paris-Sud, France, (Journal of Cleaner Production-18, 2010), S. 519-522.

¹⁴⁰ Vgl. Hickel, Jason. What does degrowth mean? Globalizations Vol.18/7 (London 2021), S. 1105-1111, S. 1108.

¹⁴¹ https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/budget/how-eu-budget-spent_de.

Obergrenzen für Ausgaben und Einnahmen enthält. Die Kommission ist für die Verwaltung des Haushaltsplanes und die Verwendung der Finanzmittel zuständig und gegenüber dem Parlament und dem Rat der EU verantwortlich.¹⁴² Die besonderen Prioritäten der Europäischen Kommission bei der Gestaltung des EU-Haushaltes sind die Finanzierung der Energiewende, des digitalen Wandels und des Aufbaues einer strategischen Autonomie.

Der Haushaltaushalt der EU für das Jahr 2025 beträgt 192,8 Milliarden Euro für Verpflichtungen und 149,6 Milliarden Euro für Zahlungen. Letztere betreffen alle Ausgaben des Haushaltsjahres für laufende und für aus vorangegangenen Haushaltsjahren überhängende Verpflichtungen. Dies sind rechtlich bindende Zusagen über Ausgaben für Maßnahmen, deren Durchführung sich über mehrere Haushaltsjahre erstreckt. Der Haushaltsplan umfasst die Bereiche: Europäische Verwaltung, Binnenmarkt, Innovation und Digitales, Zusammenhalt, Resilienz und Werte, Natürliche Ressourcen und Umwelt, Migration und Grenzmanagement, Sicherheit und Verteidigung, Information und besondere Schutz-Instrumente.¹⁴³ Die verschiedenen Ziele, welche die Europäische Union mit ihrem Haushaltsplan verfolgt, und die einzelnen Schwerpunktbereiche, die gefördert werden, sind in Einzelprogramme gegliedert und werden von der EU-Kommission direkt oder von den Mitgliedstaaten selbst verwaltet.

Mit dem REPowerEU-Plan unterstützt die EU die Reorganisation und Stärkung des Energiemarktes nach der Störung des globalen Energiemarktes durch kriegsähnliche Auseinandersetzungen in Osteuropa mit dem Ziel, die Dekarbonisierung des Energieverbrauches zu beschleunigen und Abhängigkeiten in der Energieversorgung zu reduzieren.¹⁴⁴ Mit diesem Programm, das im März 2022 von der EU-Kommission initiiert und im Mai 2022 in Gesetzesform erstellt wurde, forciert die EU die Energietransformation und investiert 297 Milliarden Euro in die technische Innovation, in die Energienetze, in die Erzeugung von Biomethan, in erneuerbare Energie, in Solar und Windstromerzeugung sowie in die Infrastruktur einschließlich Energiespeicherung. Die Finanzmittel werden bis zu 225 Milliarden Euro mit Anleihen und bis zu 72 Milliarden Euro mit Garantien für Darlehen aufgebracht.

Das Programm „InvestEU“¹⁴⁵ stellt der Europäischen Union langfristige Finanzmittel zur Verfügung, indem es private und öffentliche Mittel zur

¹⁴² https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/budget/how-eu-budget-spent_de (Mehrfähriger Finanzrahmen).

¹⁴³ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/2025-eu-budget/>.

¹⁴⁴ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022DC0230>.

¹⁴⁵ https://investeu.europa.eu/investeu-programme_en.

Unterstützung des nachhaltigen Aufschwungs in Europa mobilisiert. Es trägt dazu bei, private Investitionen für die wichtigsten politischen Prioritäten und für die Ziele der Energietransformation der EU zu forcieren und die Wirtschaft in die Pläne einzubinden. Wichtige Prioritäten sind derzeit der grüne und digitale Wandel, technologische Innovationen sowie Investitionen in die Sicherheit und in die Qualifikation und Ausbildung. Das Programm InvestEU¹⁴⁶ bündelt die Vielzahl früherer EU-Finanzinstrumente und macht den Zugang zu Finanzierungen und Investitionen für europäische Unternehmen und Projekte einfacher, effizienter und flexibler.

Das InvestEU-Programm, das im Mai 2025 erstellt wurde, besteht aus drei Komponenten: dem InvestEU-Fonds, der InvestEU-Beratungsstelle und dem InvestEU-Portal. Der InvestEU-Fonds wird durch Finanzpartner umgesetzt, die in Projekte investieren und dabei vom Schutz der EU-Haushaltsgarantie profitieren. Die EU-Haushaltsgarantie in Höhe von 26,2 Milliarden Euro sichert die Investitionen der Finanz- und Durchführungspartner ab, erhöht deren Risikotragfähigkeit und ermöglicht so die Mobilisierung von Investitionen in Höhe von mindestens 372 Milliarden Euro.¹⁴⁷

Im Mai 2025 erstellte die EU-Kommission Pläne, um die Europäische Union stärker und wettbewerbsfähiger zu machen und leitete einen Übergang von InvestEU zum European Competitiveness Fund ein. Diese Initiativen sollen zeigen, dass sich die EU verpflichtet, die Wirtschaft widerstandsfähiger zu machen, damit sie die geopolitischen und globalen Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann und ein nachhaltiges Wachstum zur Wohlstandssicherung ermöglicht wird. Die Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit stehen in Verbindung mit dem Maßnahmenpaket der Europäischen Union für den grünen Industriepan des Jahres 2023. Um dieses Ziel der Wettbewerbsfähigkeit der Union zu erreichen, werden die EU-Garantien um 2,5 Milliarden Euro erhöht, die bis zu 50 Milliarden Euro öffentliche und private Finanzmittel für Investitionen mobilisieren sollen.¹⁴⁸

Die Maßnahmen sollen eine Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft darstellen, um eine stärkere Widerstands- und Leistungsfähigkeit zu erreichen und zu Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand führen. Europa soll durch Standortsicherungen, verbesserter Infrastrukturen oder der Modernisierung und dem Ausbau von Kapazitäten der Industrieunternehmen wieder attraktiv für die Ansiedlung von Fertigungs- und Dienstleistungsunternehmen werden. Der Einsatz

¹⁴⁶ https://investeu.europa.eu/index_en.

¹⁴⁷ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/89/der-eu-rahmen-fur-die-fiskalpolitik>.

¹⁴⁸ https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness_en.

der Garantien, die im EU-Haushaltsplan vorgesehen sind, und die bedeutenden Finanzmittel aus dem InvestEU-Fonds sollen wirksame Impulse darstellen, um mit Innovationen, Wettbewerbsinitiativen und Technologieförderungen die ambitionierten industrie- und wirtschaftspolitischen Prioritäten zu verfolgen. Die Investitionen in die Technologien der Digitalisierung und der Energietransformation unterstützen die Industrie in der Realisierung von Strukturreformen sowie der Erreichung der Ziele des ökologischen Wandels.¹⁴⁹ Für diese Investitionen sollen von der Europäischen Kommission mehr als 100 Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt und von den Mitgliedsländern in Form staatlicher Beihilfen ausbezahlt werden. Für Forschung und Innovation im Bereich der Mobilität und des Transportes, der Abfallverringerung und der Kreislaufwirtschaft werden zusätzliche 50 Milliarden Euro Fördermittel eingesetzt.¹⁵⁰ Der technologische Wandel zur Digitalisierung und die Energietransformation unter Einbeziehung der Elektromobilität sollen mit schnelleren und umfangreicheren Finanzierungen der erforderlichen Investitionen erreicht werden.¹⁵¹

Die EU hat im Jahr 2023 gemeinsam mit dem Clean Industrial Deal (CID) die Industrial Decarbonisation Bank (IDB) gegründet und sie mit einem Finanzierungsvolumen von 100 Milliarden Euro ausgestattet.¹⁵² Die EU stellte auf diese Weise Förderungen zur Verfügung, die den Clean Industrial Deal Plan unterstützen und darauf abzielen, die Wirtschaft der Union im Rahmen des grünen Übergangs der Industrie mit technischen Innovationen wettbewerbs- und widerstandsfähiger zu machen. Im März 2023 hat die EU ergänzend zu den Finanzierungen und Förderungen der Dekarbonisierung einen bis 2030 befristeten staatlichen Beihilferahmen erlassen, der Bürgschaften in Höhe von bis zu 200 Milliarden Euro ermöglicht.¹⁵³ Die Mitgliedstaaten werden dadurch ermächtigt, Maßnahmen in den Bereichen des ökologischen Wandels zu unterstützen und wirtschaftliche Krisen durch Zuschüsse, Steuerbefreiungen, Investitionsförderungen oder Beiträge

¹⁴⁹ <https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php>.

¹⁵⁰ https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de - Energiewende.

¹⁵¹ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de#paragraph_33968.

¹⁵² <https://tracker.carbongap.org/policy/industrial-decarbonisation-bank-idb/>.

¹⁵³ Die Stadt Wien hat auf der Grundlage dieses EU-Beihilferahmens am 4.4.2023 eine mit 2 Milliarden Euro ausgestattete Unterstützung für die Wien Energie erhalten.

<https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php>.

abzufedern.¹⁵⁴ Die Mechanismen der Europäischen Union für die finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten dienen der Wahrung der Finanzstabilität der EU und des EURO-Währungsgebietes.¹⁵⁵ Die finanzielle Unterstützung ist an makroökonomische Auflagen gebunden, damit die Mitgliedstaaten, die eine Unterstützung erhalten, die notwendigen wirtschaftlichen, strukturellen, steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Reformen durchführen.

Diese Finanzinstrumente dienen den Mitgliedstaaten, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Steuerausfälle und Haushaltsdefizite zu überwinden und die Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft der Volkswirtschaften zu stärken. Am 14. April 2021 erließ die EU-Kommission unter dem Programm „NextGenerationEU“ Beschlüsse, die eine diversifizierte Strategie zur Finanzierung verschiedener zukunftsorientierter Projekte vorsehen. Die erforderlichen Mittel sollen den Mitgliedstaaten zu günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Die Europäische Union hat sich entschlossen, die erforderlichen Mittel durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt aufzubringen. Bis Ende 2026 sollen auf diese Weise bis zu 800 Milliarden Euro, jährlich über 150 Milliarden Euro beschafft werden, so dass die EU zum größten Emittenten auf dem Euro-Kapitalmarkt wurde. Umfang, Häufigkeit und Komplexität der Kreditaufnahme erfordern bei Projekten von NextGenerationEU diese neue Herangehensweise der EU auf den Kapitalmärkten, um die erforderlichen Finanzmittel mobilisieren zu können. Diese Anleihen sollen bis 2058 zurückbezahlt werden.¹⁵⁶ NextGenerationEU hat bis Ende 2024 mit den Darlehen und Finanzhilfen der Aufbau- und Resilienzfazilität Investitionen für Projekte mit einem Gesamtvolumen von 648 Milliarden Euro finanziert, die unter optimalen Bedingungen bereits abgeschlossen oder begonnen werden konnten. Die EU-Kommission leitete im Jänner 2025 eine Kampagne ein, um die Vorteile der Finanzierung von NextGenerationEU-Projekten zu kommunizieren. Es wurde angeregt, dass die Mitgliedstaaten die Bereiche Verkehr, Energie, Kommunikation, Bildung, Gesundheit, soziale und institutionelle Resilienz, Arbeits-

¹⁵⁴ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2103.

¹⁵⁵ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/91/finanzielle-unterstuetzung-der-eu-mitgliedstaaten>.

¹⁵⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_1702.

kompetenzen und Wirtschaft mit Schwerpunktprojekten stärken und festigen.¹⁵⁷

Im März 2025 veröffentlichte die EU-Kommission die Strategie „Readiness 2023/ReArm Europe“ mit dem Ziel bis 2030 bis zu 800 Milliarden Euro für Verteidigungsinvestitionen zu mobilisieren. Die Investitionen in den Ausbau der unionsweiten Rüstungsindustrie und in die Modernisierung der nationalen Verteidigungsbereitschaft sollen durch fiskalpolitische Anstrengungen der Mitgliedstaaten und durch gemeinsame Sicherheitsprogramme unter der Leitung der EU-Kommission erfolgen.¹⁵⁸ Dieser Aufrüstungsplan sieht vor, öffentliche und private Investitionen mit Krediten der EU-Investitionsbank zu finanzieren. Der Plan zielt darauf ab, die nationalen Verteidigungsausgaben von 1,9% auf 3,5% des BNP zu erhöhen, gemeinsame Beschaffungen im Verteidigungsbereich vorzunehmen die Defizitobergrenzen für Ausgaben der Verteidigung überschreiten zu können und durch verstärkte Investitionen und mit Hilfe zwischenstaatlicher Kooperationen eine effizientere Verteidigungsindustrie zu schaffen.¹⁵⁹

6.4. Analyse struktureller Determinanten

Die strukturellen Determinanten der EU-Industriepolitik bilden das institutionelle, rechtliche und ökonomische Fundament, auf dem politische Entscheidungen getroffen werden. Sie sind historisch gewachsen, tief im politischen System der EU verankert und entziehen sich kurzfristiger Steuerung. Im Gegensatz zu strategischen Determinanten, die durch aktuelle Entwicklungen geprägt sind, wirken strukturelle Faktoren langfristig stabilisierend oder hemmend auf industriepolitische Handlungsoptionen.

Die EU verfügt über eine eigene Legislative und Exekutive sowie über eine unabhängige Justiz und eine Zentralbank. Diese werden von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Rat, dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament sowie von Organen und Einrichtungen, unterstützt und ergänzt. Die Befugnisse der Europäischen Union ergeben sich aus den Gründungs- und Folgeverträgen, aus dem

¹⁵⁷ https://next-generation-eu.europa.eu/index_de.

¹⁵⁸ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI\(2025\)769566_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI(2025)769566_EN.pdf), S. 3.

¹⁵⁹ [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI\(2025\)769566_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI(2025)769566_EN.pdf), S. 4.

Beschlussfassungsverfahren für Rechtsvorschriften. Um die Ziele durchsetzen und die Arbeitsweise gestalten zu können, ist die EU mit einem eigenen Haushalt ausgestattet, der jährlich vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament auf der Grundlage eines mehrjährigen Finanzrahmens genehmigt wird.¹⁶⁰

Der Europäische Rat wurde durch den Vertrag von Lissabon 2009 (EUV) zu einem vollwertigen Organ der Europäischen Union. Er besteht aus den Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten und dem Präsidenten der Kommission sowie dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und „gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest.“¹⁶¹ Der Europäische Rat wählt selbst aus seiner Mitte einen Präsidenten für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren mit Verlängerungsmöglichkeit von einer Amtsperiode. Dieser Präsident des Europäischen Rates vertritt die Europäische Union, entsprechend dem EUV, Art. 15, nach außen. Der Europäische Rat bestimmt die Grundsätze und die allgemeinen Leitlinien der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und beschließt gemeinsame Strategien zur Durchführung. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik unterbreitet im Namen des Europäischen Rates Vorschläge zur Außen- und Sicherheitsstrategie und setzt die Politik um.¹⁶²

Der Europäische Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit über die Ernennungen des Kommissionspräsidenten, des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und des Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Die Mitglieder des Europäischen Rates können in Form einer Regierungskonferenz zusammentreten und Änderungen der EU-Verträge in einem ordentlichen Änderungsverfahren besprechen und beschließen. „Die vom Präsidenten des Europäischen Rates einberufene Regierungskonferenz kann Vertragsänderungen nur einstimmig beschließen“.¹⁶³ Der Europäische Rat ist gemäß Art. 13 EUV Teil des institutionellen Rahmens der EU und hat Beschlussfassungsbefugnisse. Er gibt politische Impulse und fasst in

¹⁶⁰ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/chapter/209/arbeitsweise-der-europaischen-union>.

¹⁶¹ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/23/der-europaische-rat>.

¹⁶² https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF.

¹⁶³ [https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/23/der-europaische-rat \(Organisation\)](https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/23/der-europaische-rat%20(Organisation)).

Ausnahmefällen Beschlüsse mit rechtswirksamen Folgen. Der Europäische Rat fasst seine Beschlüsse unabhängig und ist weder von der Initiative der Kommission noch von der Zustimmung des Parlaments abhängig. Ein Verfahren für die Aussetzung bestimmter Rechte eines Mitgliedstaates wegen schwerwiegender Verletzung der Grundsätze der Europäischen Union kann der Europäische Rat nur mit Zustimmung des Parlaments einleiten.¹⁶⁴ Im Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion, dem „fiskalpolitischen Pakt“, haben die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit dem Europäischen Rat sowie unter Beteiligung der Kommission, des Parlaments und der Europäischen Zentralbank beschlossen, eine strengere Kontrolle der haushaltspolitischen Maßnahmen und der sozioökonomischen Politik der Mitgliedsstaaten durchzuführen, um eine wirksamere wirtschaftspolitische Steuerung des EURO-Raumes zu gewährleisten. Auf seinen Tagungen veröffentlicht der Europäische Rat jeweils politische Leitlinien zu makroökonomischen, fiskalpolitischen und strukturellen Reformen und zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen und genehmigt die Reformprogramme einzelner Mitgliedstaaten.¹⁶⁵

Neben dem Europäischen Rat gibt es in der Europäischen Union außerdem den Rat der Europäischen Union, auch Ministerrat genannt. Als eigenständiges Organ vertritt er die Mitgliedstaaten auf Fachministerebene. Der Ministerrat besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaates „der befugt ist, für die Regierung des von ihm vertretenen Mitgliedstaates verbindlich zu handeln“, wie in Art. 16 Absatz 2 EUV festgelegt ist. Den Vorsitz im Rat der Europäischen Union führt der Minister jenes Mitgliedstaates, dem der Ratsvorsitz für sechs Monate zugeteilt ist.

Die Aufgaben des Ministerrates sind in Artikel 16 des Vertrages über die Europäische Union und in den Artikeln 237 bis 243 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.¹⁶⁶ Der Ministerrat genehmigt gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Rechtsvorschriften, Verordnungen und Richtlinien, und erarbeitet außerdem Entscheidungen oder

¹⁶⁴ https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF (Art. 7 und Art. 13 EUV).

¹⁶⁵ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/23/der-europaische-rat> (Wirtschaftspolitische Steuerung).

¹⁶⁶ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/24/der-rat-der-europaischen-union>.

nicht verbindliche Empfehlungen für Maßnahmen oder Strategien. Der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) kann je nach Rechtsgrundlage die Beschlüsse einstimmig, mit qualifizierter oder mit einfacher Mehrheit fassen. Durchführungsbefugnisse werden entweder der Kommission übertragen oder bleiben dem Ministerrat vorbehalten. Der Ministerrat nimmt gemeinsam mit dem Parlament den Haushalt der EU an und fasst Beschlüsse über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU.¹⁶⁷

Internationale Übereinkünfte, welche von der Kommission ausgehandelt werden, schließt der Ministerrat nach der Zustimmung durch das Parlament ab. Der Ministerrat ernennt mit qualifizierter Mehrheit Mitglieder des Europäischen Rechnungshofes, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Ausschusses der Regionen. Der Ministerrat koordiniert die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, übernimmt Aufgaben der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und trifft unbeschadet der Befugnisse der Europäischen Zentralbank politische Entscheidungen im Bereich der Geld- und Währungspolitik, wobei den Finanzministern der Euro-Gruppe eine besondere Aufgabe für Wirtschaft und Finanzen übertragen ist. Ein Ausschuss bereitet die Arbeiten des Ministerrates vor.¹⁶⁸

Die Europäische Kommission ist das Organ der EU, welches das alleinige Recht hat, im Bereich der Legislative initiativ zu werden, um Gesetze, Vorschriften oder Regelungen vorzubereiten, und vom Rat der Europäischen Union und dem Parlament der Europäischen Union genehmigen zu lassen. Die Kommission, die von einer Präsidentin oder einem Präsidenten vertreten wird, an deren Seite ein Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik bestellt ist, hat Exekutivbefugnisse in allen Politikfeldern und besteht aus einem Kollegium von Kommissionsmitgliedern, dem ein Mitglied aus jedem Mitgliedstaat angehört, um ein Politikfeld zu betreuen. Die Kommission überwacht die Anwendung des Unionsrechts und die Einhaltung der Verträge durch die Mitgliedstaaten. Sie sichert die Umsetzung von Zielen und Strategien mit Durchsetzungsrechtsakten und delegierten Rechtsakten, für welche einzelne Kommissionsmitglieder zuständig sind und

¹⁶⁷ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/24/der-rat-der-europaischen-union> (Funktion).

¹⁶⁸ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/24/der-rat-der-europaischen-union> (Befugnis).

ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Union durchführen.¹⁶⁹

Die Kommissionsmitglieder werden entsprechend der Wahlperiode des Parlaments für fünf Jahre bestellt. Der Präsident, der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Mitglieder der Kommission, die von den Mitgliedsländern ernannt werden, stellen sich als Kollegium einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments. Die vollständige Kommission wird anschließend vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt. Die Kommission ist gemäß Artikel 234 AEUV gegenüber dem Parlament geschlossen verantwortlich und muss im Falle eines angenommenen Misstrauensantrags gegen die Kommission geschlossen zurücktreten.¹⁷⁰

Die Europäische Kommission verfügt über ein Generalsekretariat sowie 41 Generaldirektionen, die als Verwaltungsstruktur die Politik der EU erarbeiten, die Rechtsvorschriften vorbereiten und die Finanzierungsprogramme umsetzen. Zusätzliche Sonderabteilungen, Dienststellen und Agenturen unterstützen die Generaldirektionen, das Präsidium und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik. Im Artikel 250 AEUV ist die Beschlussfassung geregelt, die mit wenigen Ausnahmen mit der Mehrheit ihrer Mitglieder erfolgt.¹⁷¹

Das Europäische Parlament, das alle fünf Jahre neu gewählt wird, spielt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der europäischen Politik. Die Europäische Kommission ist der wichtigste Ansprechpartner des Europäischen Parlaments in Fragen der Rechtssetzung und des Haushalts.¹⁷² Wichtige Funktionen sind die Kontrollbefugnisse, die Überwachung der demokratischen Grundsätze und die Beteiligung an der Gesetzgebung und an Vertragsänderungen. Das Europäische Parlament verfügt über ein Recht auf gesetzgeberische Initiative und kann die Europäische Kommission auffordern, einen Vorschlag zu unterbreiten und ist uneingeschränkt an jedem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Das Europäische Parlament kann im Rahmen der parlamentarischen Kontrollbefugnisse Durchführungsberichte von der Kommission anfordern.

¹⁶⁹ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/25/die-europaische-kommission>.

¹⁷⁰ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/25/die-europaische-kommission> (Ernennung).

¹⁷¹ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/25/die-europaische-kommission> (Arbeitsweise).

¹⁷² <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/19/das-europaische-parlament-befugnisse>.

Es beteiligt sich gemeinsam mit der Europäischen Kommission an der Erstellung des Jahreshaushaltsplans und an der Genehmigung der Finanzmittel. Die Kommission der Europäischen Union steht während der gesamten Amtsdauer in einem ständigen Dialog mit dem Europäischen Parlament. Mit der Beteiligung an der Finanzgebarung der Europäischen Union und den Möglichkeiten der Gesetzesinitiative, der Konsultationen mit dem Europäischen Rat, dem Ministerrat und der Kommission kann das Europäische Parlament Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Union und ihre Wirtschafts- und Industriepolitik nehmen.¹⁷³

Diese strukturellen Determinanten der Europäischen Union sind die grundlegenden Faktoren, welche das organisatorische Gefüge darstellen, die Funktions- und Arbeitsweise, Handlungen, Maßnahmen und Entscheidungen ermöglichen und das politische und strategische Agieren im Kräftefeld der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Mitgliedstaaten und der weltweiten Staatengemeinschaft begründen.

Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union wird von institutionellen, organisatorischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Aspekten bestimmt. Das Zusammenwirken von Interessen, Machtstrukturen, Strategien und Zielvorstellungen ist die Grundlage von Entscheidungen und Konflikten. Die EU-Industriepolitik unterliegt den institutionellen und rechtlichen Begrenzungen und bleibt eine wirtschaftspolitische Herausforderung.

6.5. Analyse strategischer Determinanten

Die strategischen Determinanten der Industriepolitik der Europäischen Union beziehen sich auf dynamische, kontextabhängige Entwicklungen wirtschaftspolitischer Veränderungen und betreffen die Vorgangsweisen zu einer industriepolitischen Neuorientierung. Die strategischen Determinanten entstehen aus politischen Zielvorstellungen und der Umsetzung von politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Maßnahmen zur Zielerreichung. Strategische Determinanten der Industriepolitik ergeben sich oft aus geopolitischen Notwendigkeiten zur Rohstoffsicherung oder aus handelspolitischen Möglichkeiten zur globalen Güterbeschaffung und aus

¹⁷³ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/19/das-europaische-parlament-befugnisse>.

kostenorientierten Verlagerungen von Produktionen in fernere Länder und den daraus entstehenden Transport- und Anlieferungserfordernissen.

Die Industriepolitik der Europäischen Union beabsichtigt, die Industrie der Mitgliedstaaten zu stärken, widerstandsfähig zu machen und durch technologischen Fortschritt die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuhalten. Die EU betrachtet die Industriepolitik nicht isoliert, sondern als Teil einer umfassenden Wirtschaftsstrategie. Diese Vorgangsweise ist eng mit allen Wirtschaftsbereichen des Binnenmarktes, mit dem Außenhandel und den internationalen Industrieinvestitionen und Finanzmärkten verbunden. Sie beeinflusst die Grundlagenforschung, die Technologieentwicklung und umfasst Verteidigungsstrategien sowie Umwelt- und Ressourcenschutz.¹⁷⁴

Eine wichtige Zielrichtung der EU-Industriepolitik ist die Erreichung einer strategischen Autonomie, um die industriellen Fertigungsbereiche und die Anwendung moderner Technologien aus Forschung und Entwicklung gegen nachteilige externe Einflüsse leistungsstark und widerstandsfähig zu machen. Dies bedeutet, die EU will die wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeiten von anderen Staaten verringern und dem Binnenmarkt eine größere strategische Bedeutung zukommen lassen. Die EU ist industrialisiert, jedoch ein rohstoffarmes Gebiet mit unterschiedlichen Schwächen und Abhängigkeiten in den einzelnen Mitgliedsländern. Die Industrie ist auf den Import von Rohstoffen angewiesen, die gesamte Wirtschaft ist von Energie abhängig, die in hohem Ausmaß importiert wird.¹⁷⁵

Ein Hauptziel der Industriestrategie der Europäischen Union ist die Stärkung der Leistungsfähigkeit und der Widerstandskraft des Binnenmarktes. Die strategischen Prinzipien des Binnenmarktes umfassen den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr. Die Umsetzung dieser Prinzipien erfordert die Beseitigung verwaltungsmäßiger und technischer Hindernisse sowie und die operative Einbeziehung aller Industriegüter, Handelswaren und Dienstleistungen in den freien und ungehinderten Verkehr, der auch funktionsfähig sein sollte. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Binnenmarktes bezieht sich auf die Standortsicherung der bedeutenden Industriebetriebe wie auch der Klein- und Mittelbetriebe, die eigenständige Produkte für den Markt erzeugen oder als

¹⁷⁴ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#strategy>.

¹⁷⁵ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#autonomy>.

Zulieferanten von Komponenten für größere Industriebetriebe tätig sind. Sie bezieht sich auch auf die Stärkung geeigneter Kompetenzen, auf Innovationen und auf Investitionen zur Realisierung technischer Neuerungen. Die Resilienz-Maßnahmen der EU zielen darauf ab, mit einem strukturierten Rahmen gegen Fremdeinflüsse und interne Störungen in geeigneter Weise aufzutreten oder diese durch Vorbereitungen und aktives Handeln verhindern zu können.¹⁷⁶

Die EU-Industriepolitik möchte mit einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Binnenmarktes erreichen, dass sich Chancen für neue Märkte, Produkte und Dienstleistungen eröffnen und dass technische Innovationen umgesetzt sowie Impulse für wirtschaftliches Wachstum, Einkommensverbesserungen oder zusätzliche Beschäftigung durch Investitionen gesetzt werden. Die Regeln und Strategie der EU für den Wettbewerb im Binnenmarkt sollen das ordnungsgemäße und konkurrenzorientierte Funktionieren des EU-Binnenmarktes ermöglichen und garantieren. Die Arbeitsweise und Kontrolle zielen darauf ab, Beschränkungen und Verzerrungen des Wettbewerbs zu verhindern und den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung oder wettbewerbswidrige Vereinbarungen zu unterbinden. Sie versuchen auch, Unternehmenszusammenschlüsse und Unternehmensfusionen zu verhindern, wenn sie eine Verringerung des Wettbewerbs zur Folge hätten und verbieten staatliche Beihilfen, welche nur zu Wettbewerbsverzerrungen führen und nicht der Standortsicherung oder Arbeitsplatzförderung dienen.¹⁷⁷

Die EU prüft die Unternehmenszusammenschlüsse auf der Grundlage von Regeln, die im Artikel 101 bis 109 des Gesetzes über die Arbeitsweise der EU (AEUV) und im Protokoll Nr. 27 über den Binnenmarkt und den Wettbewerb festgelegt sind.¹⁷⁸ Für die EU ist ein fairer Wettbewerb ein wesentlicher Bestandteil der Gestaltung des Binnenmarktes. Sie veranlasst die Mitgliedstaaten, interne nationale Barrieren abzubauen, anstatt die Wettbewerbspolitik an Einzelinteressen in bestimmten Regionen anzupassen. Das Ziel der EU, die Industrieunternehmen stark und widerstandsfähig werden zu lassen, um weltweit wettbewerbsfähiger zu werden, insbesondere um eine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den großen Unternehmen in den

¹⁷⁶ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#resilience>.

¹⁷⁷ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik>.

¹⁷⁸ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik> (Rechtsgrundlage).

USA und China zu erreichen, ergänzt die Wettbewerbspolitik auf dem Binnenmarkt, da diese allein nicht geeignet ist, alle Probleme verschiedener wirtschaftspolitischer Strategien zu lösen.

Geopolitische, technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen stellen die EU-Industrie- und Wettbewerbspolitik vor großen Herausforderungen. Die EU berücksichtigt, dass Unternehmen mit weniger Wettbewerb nicht wettbewerbsfähiger werden, und folgt den Zielen, dass Wettbewerb Innovationen, Leistungseffizienz und besseres Service fördert. Damit die international tätigen Industrieunternehmen erfolgreich bestehen können und Wegbereiter für Wandel, Innovation und Wachstum werden, berücksichtigt die EU bei der wettbewerbsrelevanten Prüfung von Fusionen die Verpflichtung zur Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit und Stärke im globalen Wettbewerb. Die EU überwacht die strategischen Abhängigkeiten und verfolgt das Ziel, die Industrieunternehmen durch Maßnahmen finanzieller und infrastruktureller Art im globalen und internationalen Umfeld wettbewerbsfähiger zu machen.¹⁷⁹

Das Instrumentarium der EU-Wettbewerbspolitik umfasst Vorschriften und Kontrollen, die auf dem gesamten Binnenmarkt für wettbewerbsorientierte Bedingungen sorgen und schließen inländische und ausländische Marktteilnehmer ein, um zu verhindern, dass eine marktbeherrschende Position missbraucht wird. Es beinhaltet das Verbot staatlicher Beihilfen beschränkender Vereinbarungen und die Regelung öffentlicher Dienste.¹⁸⁰

Die Kommission der Europäischen Union ist für die ordnungsgemäße Anwendung zuständig und verfügt über weitreichende Kontroll-, Koordinations- und Durchsetzungsbefugnisse. Die EU-Industriepolitik hat das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Binnenmarkt und auf den internationalen Märkten zu erhalten und zu fördern.¹⁸¹ Die EU-Wettbewerbspolitik ist als Arbeits- und Verantwortungsbereich einem Kommissionsmitglied zugeteilt. In diesem Bereich hat das Parlament der Europäischen Union die Aufgabe der Kontrolle der Durchführungsorgane. Die EU-Kommission arbeitet mit den nationalen Wettbewerbs- und Kartellbehörden sowie den Gerichten zusammen, um sicherzustellen, dass die

¹⁷⁹ Vgl. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik> (Ziele).

¹⁸⁰ Vgl. <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik> (Instrumente).

¹⁸¹ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/>.

EU-Wettbewerbsvorschriften in allen Mitgliedstaaten einheitlich angewandt und wirksam durchgesetzt werden. Marktteilnehmer, die durch den Missbrauch dieser Vorschriften geschädigt werden, haben auf der Grundlage des Kartellrechtes und der Richtlinie über Schadenersatzklagen besseren Schutz und können in einem geregelten Verfahren Schadenersatz erhalten.¹⁸² Die Europäische Union hat ein System der Institutionen und Verfahren eingerichtet, um eine wirtschaftspolitische Steuerung der Union und der einzelnen Mitgliedstaaten durchzuführen und wirtschaftspolitische Ziele umzusetzen.¹⁸³ Die wirtschaftspolitische Steuerung, welche von der EU-Kommission durchgeführt wird, beinhaltet Strategien und Maßnahmen für die Wirtschaft und das wirtschaftliche Wachstum, für die Unterstützung einzelner Branchen und Technologien, Programme zur sozialen Sicherheit, zur Arbeitsmarktlendung und Standortsicherung sowie eine Koordination und Überwachung der Haushalts-, Investitions- und Fiskalpolitik. Die EU ist bestrebt, den Bankensektor zu stabilisieren, erstellt finanzpolitische Pläne, die auf die Mitgliedsländer angepasst werden. Die Aufsichtsmechanismen werden mit Rechtsvorschriften und strukturellen Maßnahmen unterstützt. Die Mitgliedstaaten werden länderspezifischen Regulierungen unterworfen und erhalten makroökonomische Auflagen für Darlehen zur Haushaltssanierung. Die Finanzmarktüberwachung hat die Aufgabe, Krisen vorzubeugen und die Einhaltung der Stabilitätsvorschriften zu sichern.¹⁸⁴

Die Europäische Union hat im April 2024 mit einem Gesetzgebungsakt einen neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung als Legislative in Kraft gesetzt. Diese Reform zielt darauf ab, die nationale Verantwortung für haushaltspolitische Maßnahmen und defizitverursachende staatliche Ausgaben zu verbessern, eine differenzierte und effizientere Überwachung vorzunehmen, um einen überhöhten Schuldenstand zu verringern. Der neue wirtschaftspolitische Steuerungsrahmen berücksichtigt, dass für den ökologischen und digitalen Wandel und die Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit Investitionen in die Infrastruktur, Förderungen zur Standortsicherung von Industrien und zur Subvention technologischer

¹⁸² <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik> (Durchsetzung).

¹⁸³ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/87/wirtschaftspolitische-steuerung>.

¹⁸⁴ <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/87/wirtschaftspolitische-steuerung> (Stabilitätsmechanismus).

Forschungs- und Entwicklungsprogramme notwendig sind, die zusätzliche nationale Haushaltsdefizite verursachen können.¹⁸⁵

Auf den EU-Binnenmarkt ausgerichtet, wurde die Klimapolitik zur Gestaltung einer neuen Industriepolitik, die regulatorischen Maßnahmen und gezielten Förderungen unterworfen ist. Diese Politik wurde von der EU-Kommission angeregt, eingeleitet und konsequent verfolgt. Der Übergang zu klimaneutraler Industrie wird von der EU über den Wirtschaftsplan „Clean Industrial Deal“ konkretisiert.¹⁸⁶ Dieser Plan soll die Dekarbonisierung der Industrie anstreben und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz fördern. Die Industrie soll durch klimafreundliche oder klimaneutrale Energieversorgung, technologische Neuerungen und günstige Finanzierung der erforderlichen zusätzlichen Investitionen für die Zukunft stark und sicher gemacht werden. Der Deal für eine saubere Industrie beinhaltet konkrete Maßnahmen für die Rohstoffauswahl, für die Rohstoffversorgung, für die Energieunterstützung der Fertigungsindustrie und für eine effiziente Gestaltung der Kreislaufwirtschaft, mit denen der CO₂-Ausstieg zu einem Impuls für den digitalen Wandel und das Wachstum der europäischen Wirtschaft werden soll.¹⁸⁷ Die Industrie- und Digitalstrategien der EU zielen darauf ab, die digitale Transformation mit der Integration digitaler Technologien in den Bereichen der Organisation, der Kommunikation und der Prozessabläufe zu realisieren.¹⁸⁸

6.6. Kritik der EU-Industriepolitik

Die Arbeit untersucht auf kritische Weise positive und negative Aspekte der Industriepolitik der Europäischen Union. Es wird darauf hingewiesen, dass industriepolitische Regulierungen im Zusammenhang mit energiepolitischen Maßnahmen eine Neupositionierung der Industrieunternehmen und die Neugestaltung der industriellen Leistung hervorrufen. Die Unternehmen müssen sich gegen den politischen Druck, strategische Einflussfaktoren und Ressourcenabhängigkeit in einem sich verändernden geopolitischen

¹⁸⁵ [https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/87/wirtschaftspolitische-steuerung \(Reform 2024\)](https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/87/wirtschaftspolitische-steuerung%20(Reform%202024)).

¹⁸⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_550. (Clean Industrial Deal).

¹⁸⁷ Vgl. https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de.

¹⁸⁸ Vgl. https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy/digital-transformation_en?prefLang=de.

Kräfteverhältnis behaupten. Maßnahmen wie Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Reduzierung von Abhängigkeiten, Steigerungen von Kapazitäten und Beschäftigung sowie Standortsicherungen, werden kritisch betrachtet. Die Implementierung erfolgreicher technischer Innovationen und Verbesserungen in Industrie und Gewerbe werden hervorgehoben und es wird auf die Widersprüche zwischen Wettbewerbs- und Industriepolitik und deren Finanzierungen sowie Unterstützungen hingewiesen. Die Auswirkungen der industriepolitischen Maßnahmen der EU auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die soziale Situation und Lebensweise der Menschen werden sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt.

Eine kritische Analyse der industriellen Situation in den Ländern der EU und der EU-Industriepolitik weist darauf hin, dass Ziele neu zu definieren und zeitlich anders festzulegen sind, damit ein teilweises oder gänzlich Scheitern vermieden werden kann. Die EU-Industriepolitik und diese begleitenden Maßnahmen haben zu einer schwerwiegenden Krisensituation der Gegenwart geführt, die nur mit großen finanziellen Anstrengungen im Rahmen einer neu anzusetzenden Konjunkturpolitik überwunden werden kann. Es werden wirtschaftspolitische Maßnahmen einzusetzen sein, um Investitionen in Produktionskapazitäten, innovative Technologien, Standorte, Infrastrukturen und Beschäftigung zu unterstützen.¹⁸⁹

Der EU-Industrieplan erweist sich als eine gewaltsame Methode des angestrebten Fortschritts. Mit den Worten von J.M. Keynes muss jedoch sinngemäß darauf hingewiesen werden, dass das, was die EU und ihre Mitgliedsstaaten anstreben und mit Maßnahmen zu erzwingen versuchen, nicht nur besser sein sollte als die Ausgangssituation, sondern ausreichend besser, um alle Nachteile der Inflation, der Vermögensvernichtung und der zusätzlichen Übergangskosten voll auszugleichen.¹⁹⁰

Die gesamte EU-Industriepolitik wurde spätestens ab der Eröffnung des Grünen Deals im Dezember 2019 auf Dekarbonisierung ausgerichtet. Dadurch sollte die EU mit einem umfassenden Paket von Maßnahmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen und klimafreundlichen Zukunft gebracht werden. Der Grüne Deal wurde von der EU-Kommission als neue Wachstumsstrategie vorgestellt. In Wirklichkeit war der Grüne Deal weder

¹⁸⁹ Vgl. <https://www.bwl-lexikon.de/Konjunkturpolitik>

¹⁹⁰ Vgl. Markwell, Donald, John Maynard Keynes and International Relations (Oxford 2007), S. 6-53.

eine Wachstumsstrategie noch eine Strategie zur Umstrukturierung, Neugestaltung, Stärkung und Standortsicherung der Industrieunternehmen und der industriellen Entwicklung von Innovation und Technologie, sondern ein staatspolitischer Eingriff in die wirtschaftlich selbständigen Bereiche von Technologie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Telekommunikation und Digitalisierung, um die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu machen.¹⁹¹ Die politischen Initiativen betrafen ausschließlich und unmissverständlich Klimaziele, während die Wirtschaft und die Gesellschaft verpflichtet wurden, diese Ziele erreichen und finanzieren zu helfen. Das Versprechen, ein Wachstum durch Fördermaßnahmen auszulösen, konnte nicht realisiert werden. Der Übergang auf eine klimafreundliche Wirtschaft war für die Gesamtwirtschaft und die Industrieunternehmen keine Chance für Wachstum und für die Gesellschaft kein Weg zu ökonomischer Sicherheit und mehr Wohlstand, wie bereits ausgeführt wurde und die laufende Entwicklung zeigt. Es ist derzeit – nach mehreren Jahren hoher Inflation, zunehmender Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation – nicht zu erkennen, dass die EU-Ziele mit einer nachhaltigen Entwicklung soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte in Einklang gebracht haben.

Die EU hätte die Wettbewerbsfähigkeit und die Resilienz aller Unternehmen der Industrie an ihren Standorten stärken müssen, um die Strategie der Dekarbonisierung erfolgreich in die Wirtschafts- und Handelspolitik zu integrieren und vielleicht ein wirtschaftliches Wachstum und eine Verbesserung des Wohlstands zu erreichen. Die Dekarbonisierung zielte konsequenterweise auf eine Veränderung der Energiestrategie und hatte den Effekt von Energiepreissteigerung zu Folge. Die steigenden und relativ zur Ausgangssituation hohen Energiepreise brachten viele im internationalen Wettbewerb stehende Industrieunternehmen mit hohem Energieverbrauch infolge relativer Produktivitätsnachteile in existenzielle Schwierigkeiten, die nachhaltig wirkten und eine Ursache der anhaltenden wirtschaftlichen Depression sind.¹⁹²

Die Industrieunternehmen und die Technologieentwicklung sehen sich der Gefahr gegenüber, von Unternehmen im EU-Ausland, die keine grüne

¹⁹¹ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-green-deal/#:~:text=the%20Green%20Deal>.

¹⁹² Vgl. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19120/depression/>.

Strategie wie die EU verfolgen, in preislicher und in technischer Hinsicht aus dem globalen Markt verdrängt zu werden.

Die EU hat mit dem grünen Plan und der Strategie zur Dekarbonisierung eine Energiewende vorgeschlagen, die auf der Grundlage aufgebaut ist, dass die Wirtschaft und Konsumgesellschaft vollständig von einer funktionierenden Umwelt und einem funktionierenden Ökosystem abhängig sind.¹⁹³ Die Strategie für die Energiewende und die Dekarbonisierung hat das Aus für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotor in der EU ab dem Jahr 2035 festgelegt. Das bedeutet, dass die Industrie zu diesem Zeitpunkt und später Fahrzeuge mit Benzin- oder Dieselmotoren nicht mehr erzeugen kann, weil die Zulassung solcher Neufahrzeuge für den Verkehr in der EU verboten werden soll. Diese Entscheidung hat die EU-Kommission im März 2023 getroffen, nachdem das EU-Parlament bereits im Februar 2023 mit dem Ziel zugestimmt hatte, die CO₂ Emissionen im Straßenverkehr zu reduzieren. Mit dieser Entscheidung sollte in der Zwischenzeit der Übergang zu emissionsfreien Fahrzeugen beschleunigt und der Erwerb solcher neuen Fahrzeuge ab 2035 erzwungen werden.¹⁹⁴

Die Betroffenen dieser auf die nahe Zukunft gerichteten energiestrategischen und klimaorientierten Vorgangsweise der EU sind die Fahrzeugindustrie, die Fahrzeugzulieferindustrie, insbesondere die Motor- und Getriebeindustrie, welche die Herstellung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren beenden und die Umstellung auf elektrobetriebene Fahrzeuge durchführen müssen. Nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung müssen vom Verbrauchssektor bei Neuzulassungen emissionsfreie Fahrzeuge erworben werden, wofür aus heutiger Sicht nur Elektrofahrzeuge verfügbar sind. Die Verbraucher, die dann gezwungen sind, die Batterien der elektrobetriebenen Fahrzeuge mit Elektroenergie aufzuladen, werden vom Strompreis, der Batterieladezeit, der Verbrauchsreichweite und der Lebensdauer der Autobatterie abhängig.

Die Energiewende im Verkehrswesen erfordert die Neuerrichtung einer adäquaten Infrastruktur für Batterieladestationen und gleichzeitig den Erhalt der Versorgungsinfrastruktur für die verbleibenden Gebrauchtfahrzeuge und für die großen Nutzfahrzeuge, die von dieser Regelung nicht betroffen sind. Offene Fragen ergeben sich auch im Zusammenhang mit der technologischen

¹⁹³ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-green-deal/#why>.

¹⁹⁴ Vgl. <https://www.adac.de/news/aus-fuer-verbrenner-ab-2035/>.

Weiterentwicklung von Verbrennungsmotoren außerhalb der EU und dem technischen Wissensstand, der innerhalb der EU verloren gehen wird. Ein Thema der Verkehrsstrategie ist auch die Entwicklung und die mögliche Erzeugung von synthetischem Kraftstoff und von Wasserstoff für Kraftfahrzeugantriebe durch Verbrennungsmotoren, die auf einer Grundlage basieren, deren Technologie derzeit noch nicht wirtschaftlich einsetzbar ist. Die Wasserstofftechnologie umfasst Verfahren zur Herstellung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff als Energieträger und ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wasserstoff kann voraussichtlich entweder in Brennstoffzellen zur Stromerzeugung oder als Kraftstoff in Verbrennungsmotoren genutzt werden.¹⁹⁵

Die EU steht vor großen strukturellen und technischen Herausforderungen, damit Elektroautobatterien bei eigenständigen europäischen Produzenten hergestellt werden. Entweder fehlt derzeit ein eigenes, unabhängiges technologisches Wissen oder die Kostenstruktur ist für den Ausbau von Fabriken nicht wirtschaftlich. Die EU versucht mit Förderprogrammen und Allianzen den Ausbau einer eigenständigen Produktion von Batterien für Elektroautos zu erreichen, allerdings mit noch wenig Erfolg. Ein Beispiel ist das Unternehmen Northvolt in Schweden, das 2016 mit der Vision begonnen hat, Europa bei der Batterieproduktion für E-Autos unabhängig zu machen.¹⁹⁶ Ende März 2025 wurde Northvolt, das in der bisher höchsten Ausbaustufe 5.000 Beschäftigte hatte, durch Konkurs zum Sanierungsfall mit nur mehr 1.700 Beschäftigten. Noch 2024 hatte das Unternehmen nach Erhalt umfangreicher Fördermittel mit dem Bau eines Werkes für Batteriezellen in Schleswig-Holstein/Deutschland begonnen. Das Fortbestehen und die technische Weiterentwicklung dieses Unternehmens sind ungewiss.¹⁹⁷

In der EU befindet sich eine eigenständige Batterieproduktion für die E-Mobilität in Ausbau. Zusätzlich sind derzeit in EU-Mitgliedstaaten auch Batteriewerke von asiatischen Herstellern in Planung oder Ausbau, wodurch allerdings die technologische Abhängigkeit bestehen bleibt. Die Herstellung von leistungsfähigen Batterien für E-Autos ist ein komplexer

¹⁹⁵ Vgl. <https://www.flashbattery.tech/de/blog/wasserstoff-energie-zukunft-vorteile-grenzen/>.

¹⁹⁶ Vgl. <https://www.emobilserver.de/energie-ladetechnik/530-in-schweden-wird-europas-gr%C3%B6%C3%9Fte-batteriefabrik-gebaut.html>

¹⁹⁷ <https://www.business-punk.com/2025/04/northvolt-am-abgrund-europas-batterie-hoffnung-kaempft-ums-ueberleben/>.

Produktionsprozess, der technisches Wissen und besondere Materialien erfordert, deren Beschaffung schwierig und mit hohen Risiken verbunden ist. Die Technologie zur Herstellung von umweltfreundlichen, leistungsfähigen und kostengünstigen Autobatterien ist noch in Entwicklung und bezieht sich auf den Einsatz von Materialien und deren Rückgewinnung aus dem Batterieabfall. Aktuell dominieren Lithium-Ionen Batterien, deren Produktion kritische und abfallproblematische Rohstoffe und Energieeinsatz erfordert.¹⁹⁸

In einem Sonderbericht über die EU-Industriepolitik stellt der EU-Rechnungshof 2023 fest, dass die Strategie der EU-Kommission hinsichtlich Autobatterien mit Schwachstellen behaftet ist.¹⁹⁹ Die Prognosen für die Batterieproduktion bis 2030 sind nicht realistisch. Die Errichtung der Produktionskapazitäten für Batterien und die Beschaffung von Rohstoffen ist mit Risiken verbunden. Die Selbstversorgung mit Batterierohstoffen in der EU ist gering und die zur Produktion erforderlichen Rohstoffe sind zudem weltweit mit einem drohenden Mangel verbunden sind.

Die aktuelle EU-Industriestrategie ist darauf ausgerichtet, einzelne Unternehmen und deren Technologie zu fördern und Industriestandorte zu unterstützen, verabsäumt es jedoch, ganze Branchen in Förderprogramme aufzunehmen. Um den internationalen Wettbewerb zu stärken, wäre es notwendig, Unternehmen mit neuen Basistechnologien zu fördern, anstatt Unternehmen mit technisch und organisatorisch überholten Strukturen und weniger konkurrenzfähigen Produkten mit Subventionen künstlich am Markt zu halten.

Es wäre daher vorteilhaft, eine Koordinierung von Industrie-, Wettbewerbs- und Handelspolitik vorzunehmen, die auf die Gegebenheiten einzelner Sektoren der Industrie mit zukunftsorientierter Technologie zugeschnitten ist. Die aktuelle EU-Kreditpolitik und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten, über die von der EU selbst gesetzten Limits hinaus, wird auf die Zukunft bezogen eine langfristige Einschränkung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes für weitere Maßnahmen der Industriepolitik herbeiführen.

¹⁹⁸ https://energis.de/ratgeber/mobilitaet/e_auto_akku.

¹⁹⁹ https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2023-15/SR-2023-15_DE.pdf.

Die Industriepolitik der EU leidet darunter, dass die gemeinsame europäische Politik durch abweichende nationale Akzente entkräftet wird. Die deutsch-französische Unterstützung des Airbusprojektes und des Batteriekonsortiums sind ein Beispiel der Stärke eines Industriesektors mit seinen Standorten und der Durchsetzungskraft nationaler Industriepolitik, die kleinere EU-Staaten benachteiligt.²⁰⁰ Daraus ist ersichtlich, dass die Industriepolitik der EU unter der Fragmentierung zwischen nationalen Interessen und einer Unionsstrategie geschwächt bleibt, da große Mitgliedstaaten eigene, von der EU abweichende Akzente zur Gestaltung der nationalen Industriepolitik setzen können.

Die Europäische Union ist mit 27 Mitgliedstaaten eine potenzielle Weltmacht. Diese Position nimmt die EU jedoch im Wesentlichen nur aufgrund der Wirtschaftsleistung und ihrer Bedeutung im weltweiten Handel ein. Die EU ist keine Verteidigungsunion, denn die Verteidigungspolitik ist ausschließlich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hat die EU zwar einen institutionellen Rahmen geschaffen, der jedoch in praktischen Fragen von Krieg, Frieden und Verteidigung nicht wirksam angewendet wird. Die EU ist nicht in der Lage, als einheitlicher, verteidigungsstarker und durchsetzungsfähiger Akteur auf der weltpolitischen Bühne aufzutreten.²⁰¹ Es fehlt an Einigkeit und Gemeinsamkeiten unter den Mitgliedstaaten, sodass die Entwicklung gemeinsamer strategischer Ziele und die Umsetzung von gemeinsamen Initiativen nicht realisierbar ist. Als Staatenbund ist die EU auf den Konsens der Mitgliedstaaten angewiesen. Divergenzen in der Einigkeit ergeben sich daraus, dass im geographischen Umfeld der EU die NATO als Verteidigungsbündnis tätig ist, dem jedoch nicht alle EU-Mitgliedstaaten angehören. Die EU selbst hat nicht die Instrumente, die für eine gemeinsame und unionsweit koordinierte Sicherheitspolitik notwendig wären. Die EU ist derzeit nicht in der Lage, die Regeln und Werte einer globalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirkungsvoll mitzugestalten. Die Umsetzung von sicherheitspolitischen Maßnahmen in der EU hängt von der Bereitschaft und Fähigkeit einzelner Mitgliedstaaten und deren länderspezifischen

²⁰⁰ Vgl. Pisani-Ferry, Jean. Europe's Industrial Policy Dilemma (Bruegel Policy contribution 2020).

²⁰¹ Vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517312/die-europaeische-union-als-sicherheitspolitischer-akteur/>.

Verteidigungspolitik ab. Die Europäische Union ist auf stabile internationale Rahmenbedingungen angewiesen und könnte die Unionsgrenzen im Ernstfall nicht als eigenständiger Akteur verteidigen.²⁰² Die Größe und Komplexität der EU zeigt mangelnde Flexibilität für Entscheidungen und Lösungen in sicherheitspolitischen Problemen. Die geopolitische Situation erfordert eine enge Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsbündnis NATO, sodass die in der EU vertretene Ansicht einer eigenen Armee zu Doppelstrukturen, Ineffizienz und nicht erforderlichen Verteidigungsausgaben führen würde. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU sind intergouvernemental geblieben, sie hängen vom Konsens der Mitgliedstaaten ab. Für die verteidigungspolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten gibt es nur einen Hinweis im Unionsvertrag: gemäß EUV Art. 42/7 schulden die Unionsmitglieder sich „im Falle eines bewaffneten Angriffs“ wechselseitig „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“.²⁰³

Die EU ist bestrebt, Instrumente zur Krisenbewältigung zu entwickeln und eine stärker gemeinschaftliche Sicherheitspolitik durchzuführen, um als bedeutender Akteur eine globale Rolle zu übernehmen. Aus der Sicht der Mitgliedstaaten ist die EU nur ein Handlungsrahmen, der beitragen kann, eigene Verteidigungsziele zu verfolgen. Die EU kann nur insoweit eine sicherheitspolitische Rolle übernehmen, als die Regierungen der Mitglieder einen Umfang festsetzen und allfällige zivile oder militärische Maßnahmen beschließen und die erforderlichen Ressourcen selbst bereitstellen.²⁰⁴

Die Europäische Union befindet sich im Spannungsfeld zwischen dem nationalen Souveränitätsstreben der Mitgliedstaaten und den Zielen einer strategischen Eigenständigkeit und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und der NATO. Gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene mit möglichen finanziellen und taktischen Vorteilen steht den nationalen Interessen mit lokalen Erfordernissen gegenüber. Diese beinhalten auch, das Risiko zu verhindern, dass eine Militarisierung der EU auf Kosten von Demokratie, Transparenz und bisheriger Friedenspolitik zustande

²⁰² Vgl. Knelangen, Wilhelm, Die Europäische Union als sicherheitspolitischer Akteur. (Informationen zur politischen Bildung Nr. 353/2022/2023).

²⁰³ Vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517312/die-europaeische-union-als-sicherheitspolitischer-akteur/>.

²⁰⁴ Vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517312/die-europaeische-union-als-sicherheitspolitischer-akteur/>. -Instrumente und Fähigkeiten.

kommt. Unter den 27 EU-Mitgliedstaaten, von denen mehrheitlich eine in der Europäischen Union zentralisierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus Souveränitätsgründen abgelehnt wird, ist eine Einigkeit zu einer effizienteren Zusammenarbeit und für gemeinsame sicherheitsstrategische Maßnahmen schwer herstellbar. Demzufolge bleibt die EU-Sicherheitspolitik umstritten und es besteht die Gefahr, dass eine Rüstungsindustrie gefördert wird, ohne dass friedenspolitische Leitlinien verbindlich erstellt werden.

Im EUV-Vertrag, Art. 42 Abs.2 ist festgelegt, dass die EU-Verteidigungspolitik mit der NATO vereinbar sein muss.²⁰⁵ Diese Bindung an das Nordatlantische Verteidigungsbündnis verhindert, dass die EU eine vollwertige strategische Autonomie entwickelt. Daher bleibt die EU begrenzt fähig, eigene Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen zu verfolgen und selbständige Entscheidungen zu treffen. Wichtige Entscheidungen in Fragen der Rüstung und Verteidigung werden ohne Einbeziehung des Europäischen Parlaments vom Rat der Europäischen Union oder eigenständig von den Regierungen der Mitgliedstaaten getroffen, sodass demokratiepolitisch kein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Nach einer Erhebung des Kreditschutzverbandes von Anfang August 2025 zeigt, dass eine Mehrzahl der Unternehmen in Österreich über Rückgänge in der Auftragslage, sinkende Erträge und geringe Investitionsbereitschaft berichten. Dabei bedeuten weniger Investitionen weniger Innovationen und „die österreichischen Investitionen in Forschung und Entwicklung sind rückläufig und liegen unter dem EU-Durchschnitt.“²⁰⁶ Die Wirtschaft verzeichnet kein Wachstum mehr, sondern einen Rückgang der Wirtschaftsleistung. In Österreich hat sie im Vorjahr weniger Güter produziert und zu den Konsumenten im In- und Ausland transportiert als ein Jahr zuvor, das auch schon einen Rückgang verzeichnete.²⁰⁷ Entgegen der Industriepolitik der EU, die mehr Wachstum, mehr Wirtschaftsleistung, zusätzliche Arbeitsplätze und Wohlstand durch technischen Fortschritt verspricht, zeichnet sich ein Ende des Wirtschaftswachstums ab, ein „De Growth“ wie es Giorgos Kallis formulierte²⁰⁸ oder ein „Décroissance“ wie

²⁰⁵ <https://dejure.org/gesetze/EUV/42.html>.

²⁰⁶ Zirm, Jakob, Die bedrohlichen Risse im wirtschaftlichen Fundament. (Die Presse 16.8.2025) 1.

²⁰⁷ <https://www.pressreader.com/>.

²⁰⁸ Kallis, Giorgos, Degrowth, (Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing; 2018), S. 15-60.

Serge Latouche zu beschreiben versuchte.²⁰⁹ Kallis sieht in der Wirtschaft nicht nur einen Kreislauf von Geld, Gütern und Dienstleistungen zwischen Unternehmen und Haushalten mit eigenen Bewegungsgesetzen in einem unabhängigen System, sondern ein soziales und politisches Konstrukt, das für Menschen in der Gesellschaft organisiert ist. Dieses Konstrukt wäre ständigen Veränderungen unterworfen und veränderbar, auch wenn es in Institutionen eingebettet ist, die es umsetzen und materialisieren. Für die politischen und theoretischen Befürworter eines ständigen wirtschaftlichen Wachstums und eines Wachstumsimpulses, der aus der EU-Green Deal Strategie und der dazu folgenden Industriepolitik kommen soll, wäre eine wirtschaftliche Rezession undenkbar und nicht notwendig gewesen.

Technologischer Fortschritt hätte Wirtschaftswachstum ermöglicht und den Verbrauch von Ressourcen und deren Wiedergewinnung durch Recycling so vermindert, dass eine Ressourcenknappheit nicht eingetreten wäre. Dieses Szenario konnte nur teilweise und in nur wenigen Industrieländern verwirklicht werden und das nur unter Verzicht auf Wirtschaftswachstum, unter einer ungewollten Reduzierung der Wirtschaftsleistung.²¹⁰

Im wirtschaftlichen Rückgang zeigen sich jene Kräfte als wirksamer, die aus Politik und Gesellschaft die Wirtschaft beeinflussen und daran hindern, weiter ein Wachstum hervorzubringen oder die als begrenzte natürliche Grundlagen ein weiteres Wachstum der Wirtschaft vorübergehend oder dauernd nicht zulassen.

Latouche hebt hervor, dass das Ziel, Wachstum, um des Wachstums willen zu fordern, aufzugeben sei, um katastrophale Folgen für die Umwelt zu vermeiden. Das würde bedeuten, dass auf Wachstum und Fortschritt durch Weiterentwicklung zu verzichten wäre. Die aktuelle wirtschaftliche Situation der Stagnation oder Depression zeigt, dass jenes Wachstum, das die Industriepolitik der EU herbeiführen sollte, derzeit nicht zustande kommt. Statt eines geforderten Verzichts auf Wachstum wird Wachstumsrückgang zu einer erzwungenen Begleiterscheinung der EU-Industriepolitik.

Die EU-Industriepolitik versuchte zielgerichtet Klimaziele mit Maßnahmen für ein grünes Wachstum verbinden, um zu verhindern, dass der eingeleitete

²⁰⁹ Latouche, Serge, Degrowth, University of Paris-Sud, France, (Journal of Cleaner Production, 2010), S. 519-522.

²¹⁰ Vgl. Kallis, Giorgos, Degrowth, (Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing; 2018), S. 149-190.

„Green Deal“ und der diesem folgende „Industrieplan zum Grünen Deal“ ein wirtschaftliches Ungleichgewicht verursachen, das zu Wachstumsrückgang und wirtschaftlicher Stagnation führen würde. Mit der grünen Wende und der Energietransformation ist jedoch das Problem der Ressourcenknappheit, das für die europäische Industrie traditionell gegeben war, für neue Technologien besonders deutlich wirksam geworden. Die Theorie der Ressourcenknappheit und die Dynamik der Umweltpolitik waren jedoch bekannt. Die Strategien und Maßnahmen für den grünen Wandel hängen direkt mit der Wirtschaftspolitik zusammen und bestimmen diese. Die Befürworter des Grünen Wandels sehen die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und deren umweltfreundliche Verwendung oder die Verwendung erneuerbarer Energie unabdingbar, um den Lebensstandard zu verbessern oder zu erhalten.²¹¹ Die politischen Maßnahmen für technische Innovationen und für ökologische Investitionen, die ein nachhaltiges Wachstum und Chancen für höheren Wohlstand und besseres Wohlbefinden bringen sollten, konnten bisher nicht realisiert werden. Industriepolitische Maßnahmen und Förderungen konnten trotz technischer Innovationen die Rezession nicht aufhalten.

Die nachhaltige Energiewende ist ein transformativer Wandel in der Art und Weise, wie Energie erzeugt, verteilt und verbraucht wird. Das Ziel ist es, den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu reduzieren und schließlich davon ganz wegzukommen. Das neue Energiesystem besteht ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser und Geothermie.²¹² Man hätte annehmen könne, dass die Politik in der Lage ist, einen für die Gesellschaft, ihre Haushalte und ihre Wirtschaft planmäßigen und geordneten Übergang von dem bisherigen Energiesystem zu einem neuen vorzubereiten und zu begleiten, wenn sie politische Maßnahmen ergreift. Wie die aktuelle Entwicklung zeigt, ist die EU-Politik in einem weltweiten Gefüge von Energieproduktion und Energieverbrauch nicht in der Lage, ihre eigenen Pläne zu realisieren.

Die derzeitigen globalen Wirtschaftsweisen sind auf Ressourcen angewiesen, die weltweit verfügbar sind und auch weltweit zur Verfügung gestellt werden. Die Energieressourcen sind nur ein Teil davon, jedoch in vielen Produktions-

²¹¹ Vgl. Smulders, Siak, Toman, Michael, Withagen, Cees, Growth theory and ‘green growth’. In: Oxford Review of Economic Policy, Volume 30, Number 3, 2014), S. 423-446.

²¹² Vgl. <https://climatepromise.undp.org/news-and-stories/what-sustainable-energy-transition-and-why-it-key-tackling-climate-change#>.

und Verbrauchsweisen eine Grundvoraussetzung, um andere Ressourcen erfolgreich nutzen zu können. Ressourcen sind nicht gleichmäßig auf der Erde verteilt, ebenso wie die Weltbevölkerung nicht gleichmäßig den Erdkreis bevölkert und zur Lebensgrundlage gemacht hat. Viele Ressourcen sind nicht in einem unbegrenzten Ausmaß vorhanden und auch die begrenzten Ressourcen kommen in vielen Fällen nicht dort vor, wo die Weltbevölkerung sie verbrauchen möchte. Leben und Lebensweise sind von den vorhandenen Ressourcen und von einer funktionierenden Umwelt abhängig. Ressourcen, die begrenzt sind, können nicht immer und überall grenzenlos zur Verfügung gestellt werden. Daher werden sich die Konsumgewohnheiten der Menschen an die Möglichkeiten anpassen müssen, die jeweils vorhanden sind oder zur Verfügung gestellt werden können.²¹³

Die EU-Energiepolitik ist davon ausgegangen, dass auf vorhandene Ressourcen verzichtet werden kann und dass die politischen Maßnahmen und Verordnungen in der Lage sind, eine Energietransformation mit ausreichenden Ressourcen zu garantieren. Geopolitische Abhängigkeiten und weltweite Ressourcenknappheit verhindern in der Realität diese Zielerreichung.

²¹³ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-green-deal/#why>.

7. RESÜMEE

Diese Arbeit analysiert und interpretiert die aktuelle Industriepolitik der EU mit den strukturellen und strategischen Determinanten. Die gesamte industriepolitische Strategie wurde einer historischen Entwicklung zugeordnet, um die aktuelle Situation der Europäischen Union und die Aktivitäten ihrer Organe zu verstehen. Es war in dieser Arbeit wichtig, unterschiedliche industriepolitische Maßnahmen aufzuzeigen, divergierende Aktivitäten zu erkennen, Schwerpunkte gegenüberzustellen und auf potenzielle Auswirkungen hinzuweisen.

Die Arbeit versuchte die Frage zu überprüfen, wie kohärent und zukunftsfähig die aktuelle Industriepolitik der Europäischen Union ist und welche institutionellen Kompetenzen und strukturellen Bedingungen diese ermöglichen.

Die aktuelle EU-Industriepolitik ist von verschiedenen Zielen geprägt, die mit unterschiedlich wirksamen Maßnahmen angestrebt oder nachhaltig verfolgt werden. Die EU strebt einen ganzheitlichen Ansatz der Zielverfolgung an und will wirtschaftliche und technologische Stärke mit Wachstum, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit verbinden sowie eine Friedenssicherung durch globale Positionierung, internationale Zusammenarbeit und die Einhaltung demokratischer Werte erreichen. Die EU will als Wirtschaftsmacht und als politische Macht international auftreten. Sie will die multinationale und weltweite Zusammenarbeit mit Wirtschaftspartnern fördern, jedoch strategische Autonomie mit industrieller und technischer Wettbewerbsfähigkeit anstreben und einen Beitrag zur Friedenssicherung leisten.

Ein wichtiger Kernbereich ist die Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes der EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage einer technologischen Stärke und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie-, der Dienstleistungs- und Forschungssektoren, um den freien Waren- und Leistungs-, sowie Personen- und Kapitalverkehr zu fördern und durch Beschäftigung zu garantieren. Die neuen Technologien sollen übernommen, ausgebaut und nutzbringend in der eigenen Wirtschaft und Gesellschaft eingesetzt werden.

Die technologische Modernisierung und Digitalisierung der Industrie und des Dienstleistungsbereichs wird als Notwendigkeit wirtschaftlicher Stärke und

internationaler Wettbewerbsfähigkeit gesehen und wird als sicherheits- und souveränitätspolitische Strategie unterstützt, gestärkt und ausgebaut.

Die EU nutzt industriepolitische Maßnahmen zur Absicherung technologischer und wirtschaftlicher Souveränität. In Abänderung der bisherigen industriepolitischen Zurückhaltung hat die EU die Geopolitik zu einer industriepolitischen Priorität gemacht. Verschiedene Pläne und Programme sowie sektorale Initiativen der EU markieren diese ambitionierte Strategie und lassen die Änderungen in der politischen Vorgangsweise erkennen. Die Wirtschaft und insbesondere die Industrie werden nicht mehr ausschließlich als Grundlage des Wohlstandes, der Beschäftigung und der Einkommenssicherung gesehen, sondern diese werden in den Dienst staatspolitischer Ziele gestellt, die neben klimarelevanten Transformationen auch Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben verfolgen.

Die strategischen Determinanten der gegenwärtigen EU-Industriepolitik zeichnen ein Bild eines tiefgreifenden Paradigmenwechsels. Die Europäische Union entfernt sich zunehmend von einer marktliberalen, regelbasierten Ordnung hin zu einer aktiveren, interventionistischen Industriepolitik, die auf Resilienz, Souveränität und technologische Führungsansprüche mit der Zielsetzung einer Klimaneutralität ausgerichtet ist. Für die Industrie und die Wirtschaft allgemein entsteht dadurch ein politischer Druck, der zentralistischen Unionspolitik zu folgen, die neue Instrumente zu einer geopolitischen Positionierung in Anspruch nimmt und eine Reduzierung der wirtschaftlichen Abhängigkeiten von Fremdstaaten anstrebt.

Die Europäische Union schafft für ihre Mitgliedstaaten den Rahmen für die gemeinsamen Strategien und Ziele, um die technischen Innovationen und die wirtschaftliche Stärkung der Industrieunternehmen durch Wettbewerb vorzubereiten und umzusetzen. In der Europäischen Union soll eine wissens- und innovationsgestützte Gesellschaft einer erfolgreichen und wirtschaftlich gesicherten Zukunft entgegengehen.

Kritische Anmerkungen weisen darauf hin, dass Maßnahmen zur Förderung und Finanzierung von Projekten und Initiativen der Forschung zur einer Überregulierung führen können, sodass die EU einen Ausgleich zwischen einschränkenden regulatorischen Maßnahmen und marktwirtschaftlichen Anreizen zur Realisierung von Erfolgsfaktoren finden müsste.

Die EU-Industriepolitik verfolgt sehr ambitionierte Ziele und hat eine betonte Ausrichtung auf Strategien, welche die zukünftige Entwicklung der Industrien gestalten und unterstützen soll. Die Herausforderungen, die durch den aktuellen globalen Wettbewerb auf die Industrien zukommen, werden jedoch vernachlässigt. Industrien, die nicht in Technologien des grünen und digitalen Wandels eingebunden sind, werden nicht mehr gefördert, sondern in ihrer weiteren Marktpositionierung und Wettbewerbsfähigkeit gehindert. Industriepolitik und technologischer Fortschritt sind eng miteinander verbunden. Die EU verfolgt eine strategische Industriepolitik, um Innovationen zu fördern, Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und nachhaltige Technologien zu entwickeln, die international konkurrenzfähig und zukunftsorientiert, widerstandsfähig und nachhaltig sein sollen. Die Finanzierung der industriepolitischen Maßnahmen der EU wird einer gesonderten Untersuchung zugeführt, wobei auf die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte kritisch hingewiesen wird.

Die ökonomischen Wachstums- und Fortschrittstheorien bieten Ansätze zur Erklärung der Zusammenhänge von technologischer Entwicklung, industrieller Wettbewerbsfähigkeit und der Ursachen unterschiedlicher Wirkungsfaktoren von Maßnahmen und Entscheidungen. Die Industrien sind eingebunden in politische und gesellschaftliche Ordnungen und Zielvorgaben. Sie sind mit einer bedeutenden Herausforderung abhängig von internationalen Rohstoff- und Handelsbeziehungen und müssen sich technisch und finanziell im globalen Kräftefeld der Marktbeziehungen behaupten. Die EU-Regulierungen bieten für viele Industrien auch Chancen, mit Hilfe von Förderungen und Technologieunterstützung Positionen aufzubauen, die Standorte sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die EU-Maßnahmen und Regulierungen zu einer einseitigen Bevorzugung von technischen Großunternehmen führen und traditionelle Produktionsweisen und Produkte benachteiligt werden und schließlich mehr Arbeitsplätze verloren gehen als neu geschaffen werden.

In dieser Arbeit wurde versucht, eine kritische Betrachtung der EU-Industriepolitik vorzunehmen, einen Beitrag zur aktuellen Debatte über industriepolitische Maßnahmen und geopolitische Abhängigkeiten zu leisten und neue Erkenntnisse zu erarbeiten. Im Zusammenhang mit der Verknappung von Ressourcen für die industrielle Produktfertigung und den

dafür notwendigen Energieeinsatz wurde die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines vom technischen Fortschritt gestützten wirtschaftlichen Wachstums gestellt, zumal die aktuelle wirtschaftliche Situation ohnehin eine Stagnation oder Rezession mit krisenhaften Auswirkungen darstellt.

Die Klimapolitik der Europäischen Union ist zum Katalysator einer neuen strategischen Industriepolitik geworden. Statt marktneutraler Regulierung setzt die EU zunehmend auf gezielte Förderung einzelner Unternehmen mit Technologien, welche die Energietransformation der Klimapolitik unterstützen. Strategien, die auf Subventionen setzen, sind mit der Gefahr verbunden, dass ineffiziente Unternehmen unterstützt werden und marktwirtschaftliche Anreize für Innovationen nicht wirksam werden. Nationale Interessen einzelner Mitgliedstaaten führen zu widersprüchlichen Vorgehensweisen in der Zielverfolgung und können die Zielerreichung hemmen oder verhindern.

Die Analyse zeigt, dass die EU-Sicherheitsstrategie von hohen Ambitionen und Visionen geprägt ist, denen jedoch bislang keine ausreichend ausgestalteten Mittel und Institutionen gegenüberstehen. Nationale Prioritäten erschweren zudem eine einheitliche sicherheitspolitische Ausrichtung in puncto militärischer Verteidigung. Vor diesem Hintergrund bleibt die von der EU angestrebte strategische Autonomie derzeit ohne hinreichende strukturelle und materielle Grundlage sowie ohne den notwendigen politischen Rückhalt.

Die EU-Industriepolitik ist multitheoretisch geprägt, hat sich jedoch von den traditionell dominierenden ordoliberalen Prinzipien abgewendet, um mit interventionistischen Maßnahmen politische und gesellschaftliche Ziele zu verfolgen. Dabei wurden die Ziele der Preisstabilisierung, der Technologie und der Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt. Fehlgeleitete Investitionen und Ausgaben verursachten Haushaltsdefizite in der EU und in einzelnen / den Mitgliedstaaten mit den Folgen staatlicher Verschuldung, fehlender Wirtschaftsleistung, Inflation, Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten in breiten Teilen der Bevölkerung. Das strategische Eingreifen der EU-Institutionen in die Entscheidungen der Unternehmen hat zu einer Stagnation geführt, aus der nur große finanzielle Anstrengungen heraushelfen werden.

Es bleibt eine Herausforderung, die Strategien, Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen der EU im Bereich der Industriepolitik festzustellen, zu erfassen, miteinander zu verbinden, zu analysieren und zu bewerten, um konkrete Ergebnisse und Auswirkungen beurteilen zu können.

LITERATURVERZEICHNIS

Monografien/Artikel

CYPHER, James M. The process of economic Development (New York 2021).

DENG, Anton, China's Narratives in the Context of Hybrid Threats. In: FRANK, Johann, VOGL, Doris (Hrsg.), China's Footprint in Strategic Spaces of an Union (Vienna 2021), S. 59-84.

FOUCAULT, Michel, Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften (Frankfurt/Main 1981).

GEORGESCU-ROEGEN, Nicholas, The Entropy Law and the Economic Process (Cambridge, MA, Reprint 2014).

GERKEN, Johannes, EU-Staatlichkeit zwischen Ausbau und Stagnation. Kritischen Perspektiven auf die Transformationsprozesse in der EU-Krise (Transkript Verlag 2021).

GUTENBERG, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Die Produktion (Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963).

GUTENBERG, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Der Absatz (Berlin, Göttingen, Heidelberg 1963).

HESSE, Hermann, Erinnerungen an Asien 1914. In: HESSE, Hermann, Kleine Freuden (Suhrkamp Frankfurt/Main 1977).

HICKEL, Jason. What does degrowth mean? Globalizations Vol.18/7 (London 2021), S. 1105-1111.

HOFER, Bernhard, Effects of human enhancement technologies on society. In: DENG, Anton (Hrsg.), Icarus' Wings, Navigating Human Enhancement (Wien 2025), S. 271-318.

JANTZEN, Wolfgang Persönlichkeit und sozialer Sinn (Gießen 2020).

JÄGER, Johannes, SPRINGLER Elisabeth, Ökonomie der internationalen Entwicklung (Wien 2015).

KALLIS, Giorgos, Degrowth, (Newcastle upon Tyne: Agenda Publishing; 2018).

KARIS, Tim, Mediendiskursanalyse. In: Mediendiskurs Islam (Wiesbaden 2013), S. 81-116.

KLUG, Markus, technical human advancement. In: Deng, Anton (Hrsg.), Icarus' Wings, Navigating Human Enhancement (Wien 2025), S. 33-58.

KNELANGEN, Wilhelm, Die Europäische Union als sicherheitspolitischer Akteur. (Informationen zur politischen Bildung Nr. 353/2022/2023).

LATOUCHE, Serge, Degrowth, University of Paris-Sud, France, (Journal of Cleaner Production-18, 2010), S. 519-522.

LECHNER, Julia, Erweiterung der Führungskompetenz und Führungstools durch eine Krise. In: PEISCHEL, Wolfgang (Hrsg.), Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Autarkie (Berlin 1921), S. 513-521.

MARKWELL, Donald, John Maynard Keynes and International Relations (Oxford 2007), S. 6-53.

NOLAN, Patrik, LENSKI, Gerhard, Human Societies, an Introduction to Macrosociology (Colorado, 80301 USA, 2009).

PISANI-FERRY, Jean. Europe's Industrial Policy Dilemma (Breugel Policy contribution 2020).

RAWORTH, Kate, Doughnut Economics: Seven Ways to Think like a 21st-Century Economist (London 2018).

ROCHE, Mazo de la, Heimkehr nach Jalna (Berlin 1986).

SCHMIDT, Lukas, SCHRÖDER, Sabine, Entwicklungstheorien (Wien 2016).

SCHMIDT, Lukas, Einleitung: Politische Ökonomie. In: SCHMIDT, Lukas, SCHRÖDER, Sabine, Entwicklungstheorien (Wien 2016).

SMULDERS, Siak, TOMAN, Michael, WITHAGEN, Cees, Growth theory and 'green growth'. In: Oxford Review of Economic Policy, Volume 30, Number 3, 2014), S. 423-446.

SOLOW, Robert, A contribution to the Theory of economic Growth (Quarterly Journal of Economics 70, 1956), S. 65-94.

SPENCER, Herbert, Illustrations of universal Progress (Project Gutenberg 2012), S. 38-52.

VOGL, Doris, China's Strategic Narratives. In: Frank, Johann, Vogl, Doris (Hrsg.), China's Footprint in Strategic Spaces of European Union (Vienna 2021), S. 15-24.

WEIL, David N., Economic Growth (Harlow, UK 2013).

WÖHE, Günter, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (München 1986).

ZIRM, Jakob, Die bedrohlichen Risse im wirtschaftlichen Fundament. (Die Presse 16. August 2025).

Online-Abrufe

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsätze-der-industriepolitik-der-eu>. (abgerufen 18.3.2025).

<http://www.msn.com/de-at/nachrichten/politik/Wirtschaft-im-mittelpunkt-der-ersten-regierungsklausur/ar-AA1B6Myb> (abgerufen 18.3.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/search.html?scope=EURLEX&text=Einheitliche+Europ%C3%A4ische+Akte&lang=de&type=quick&> (abgerufen 18.3.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/the-treaty-of-lisbon.html> (abgerufen 24.3.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/europe-2020-the-european-union-strategy-for-growth-and-employment.html> (abgerufen 24.3.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de. (abgerufen 3.4.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/> (abgerufen 7.4.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-industrial-policy/> (abgerufen 6.4.2025).

<https://www.bing.com/search?q=eu+industrial+strategy&PC=U316&FORM=CHROMN> (abgerufen 6.4.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/european-critical-raw-materials-act_en (abgerufen 24.3.25).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/net-zero-industry-act_de (abgerufen 24.3.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/european-chips-act_de (abgerufen 24.3.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fit-for-55/> (abgerufen 24.3.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/critical-raw-materials/> (abgerufen 7.4.2025).

<https://www.bing.com/search?q=Vertrag+von+Maastricht&q=MB&sk=HS6SSE1&sc=10-0&cvid=D61DE920FAEB4B668B/> (abgerufen 24.2.2025).

<https://www.clubofrome.org/publications/the-limits-to-growth/> (abgerufen 26.3.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/> (abgerufen 26.3.2025).

<https://www.zeitklicks.de/zeitstrahl/1951/montanunion-1951/> (abgerufen 19.3.2025).

<https://www.finanzen.at/news/neue-steuern-lohnnebenkosten-10947/> (abgerufen 28.3.2025).

<https://de.euronews.com/my-europe/2025/03/13/handelsbilanz-China-EU/> (abgerufen 7.4.25).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de (abgerufen 22.4.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-critical-raw-materials-act_en. (abgerufen 22.4.2025).

<https://bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/> (abgerufen 24.4.2025).

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20297/politische-oekonomie/> (abgerufen 24.4.2025).

<https://www.bwl-lexikon.de/Konjunkturpolitik> (abgerufen 24.4.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/> (abgerufen 12.5.2025).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_1702 (abgerufen 12.5.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/> (abgerufen 12.5.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_en (abgerufen 12.5.2025).

https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy_en?prefLang=de&etrans=de. (abgerufen 12.5.2025).

<https://www.euburo.de/de/eu-innovationspolitik-2364.html> (abgerufen 12.5.2025).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_1702 (abgerufen 12.5.2025).

<https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/Europa/Lieferketten-Gesetzesinitiative-in-der-EU/lieferketten-gesetzesinitiative-der-eu-art.html> (12.5.2025).

<https://www.ooe-wb.at/news/wirtschaftsprognose/#:~:text=Die%20EU%2DKommission%20sieht%20f%C3%BCr,EU%20heuer%20einen%20Wirtschaftsr%C3%BCckgang%20vorhersagt> (abgerufen 14.5.2025).

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/bip-deutschland-zollstreit-industrie-konjunktur-100.html> (abgerufen 20.5.2025).

<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/1/beitrag/mit-investitionen-und-industriepolitik-aus-der-stagnations-und-abhaengigkeitsfalle/> (abgerufen 20.5.2025).

https://investeu.europa.eu/index_en?prefLang=de (abgerufen 12.6.2025).

https://investeu.europa.eu/investeu-programme_en (abgerufen 12.6.2025).

https://investeu.europa.eu/investeu-and-repowereu_en (abgerufen 12.6.2025).

https://investeu.europa.eu/investeu-programme/investeu-fund_en. (abgerufen 12.6.2025).

https://invest.europa.eu/investeu-operations/investeu-operations-list_en. (abgerufen 12.6.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan_de#paragraph_33968. (abgerufen 16.6.2025).

<https://commission.europa.eu › europe-fit-digital-age>. (abgerufen 22.6.2025).

<https://www.bmwet.gv.at/Themen/Europa/Aktuelles/EU-Industriestrategie.html>. (abgerufen 22.6.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32006L0123>. (abgerufen 22.6.2025).

<https://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj>, insbesondere Artikel 1-8 und 33. (abgerufen 24.6.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj>, insbesondere Artikel 9-18. (abgerufen 24.6.2025).

<https://www.ecb.europa.eu/mopo/html/index.de.html>. (abgerufen 24.6.2025).

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/06/20250618VPIMai2025.pdf>. (abgerufen 24.6.2025).

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/01/20250115VPIJahr2024.pdf>. (abgerufen 24.6.2025).

<https://www.oenb.at/Statistik/Charts/Chsrt-10.html>. (abgerufen 24.6.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/> (am 24.5.2024 hat der Rat der EU die Schlussfolgerungen der neuen Industriestrategie angenommen). (abgerufen 25.5.2025).

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_größten_Unternehmen_in_Europa. (abgerufen 25.6.2025).

<https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit/arbeitslose-arbeitssuchende>. (abgerufen 30.6.2025).

<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Basistabelle/Arbeitsmarkt.html?templateQueryString=Arbeitslosenquote>. (abgerufen 30.6.2025).

<https://www.irs.gov/inflation-reduction-act-of-2022>. (abgerufen 30.6.2026).

<https://www.trend.at/news/arbeitslosigkeit-im-juni-erneut-gestiegen>. (abgerufen 1.7.2025).

<https://www.awblog.at/Wirtschaft/Oesterreichs-Industrie-Rezession>. (abgerufen 1.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsätze-der-industriepolitik-der-eu/>. (abgerufen 1.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/treaty-on-the-functioning-of-the-european-union.html>. (abgerufen 1.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/61/allgemeine-grundsätze-der-industriepolitik-der-eu#:~:text=Industrie-%2C%20Energie-%20und%20Forschungspolitik/> (abgerufen 1.7.2025).

<https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php> (abgerufen 1.7.2025).

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20240930PHT24356/20240930PHT24356_original.png. (abgerufen 4.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/91/finanzielle-unterstützung-der-eu-mitgliedstaaten> (abgerufen 4.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/89/der-eu-rahmen-für-die-fiskalpolitik> (abgerufen 4.7.2025).

https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/timeline-eu-industrial-policy/?utm_source=chatgpt.com (angerufen 4.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085> (abgerufen 4.7.2025).

<https://tracker.carbongap.org/policy/industrial-decarbonisation-bank-idb/>. (abgerufen 4.7.2025).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2103 (abgerufen 4.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085>/Deal für eine saubere Industrie. (abgerufen 4.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de. (abgerufen 5.7.2025).

<https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php>. (abgerufen 5.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de. – Kreislaufwirtschaft. (abgerufen 5.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de - Energiewende (abgerufen 5.7.2025).

<https://www.adac.de/news/aus-fuer-verbrenner-ab-2035/>. (abgerufen 10.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-green-deal/#:~:text=the%20Green%20Deal> (abgerufen 10.7.2025).

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19120/depression/>. (abgerufen 10.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-green-deal/#why>. (abgerufen 10.7.2025).

<https://www.flashbattery.tech/de/blog/wasserstoff-energie-zukunft-vorteile-grenzen/> (abgerufen 10.7.2025).

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/wasserstoff.html#>. (abgerufen 10.7.2025).

<https://climatepromise.undp.org/news-and-stories/what-sustainable-energy-transition-and-why-it-key-tackling-climate-change#>. (abgerufen 10.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0697> (abgerufen 18.7.2025).

<https://www.nato.int/> (abgerufen 20.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/159/gemeinsame-sicherheits-und-verteidigungspolitik> (abgerufen 20.7.2025).

[https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/european-defence-fund-\(edf\)](https://eda.europa.eu/what-we-do/EU-defence-initiatives/european-defence-fund-(edf)) (abgerufen am 20.7.2025).

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/edf-work-programme-2025_en (abgerufen 20.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/regulation-in-support-of-ammunition-production.html?fromSummary=25> (abgerufen 20.7.2025).

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/asap-boosting-defence-production_en. (abgerufen 20.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/09/edirpa-council-greenlights-the-new-rules-to-boost-common-procurement-in-the-eu-defence-industry/> (abgerufen 20.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/06/23/european-defence-industry-programme-council-ready-to-start-negotiations-with-the-european-parliament/> (abgerufen 20.7.2025).

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/european-commission-proposes-regulation-incentivise-defence-related-investments-eu-budget-2025-04-22_en?utm_source=chatgpt.com. (abgerufen 20.7.2025).

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/eu-borrower-investor-relations/safe_en. (abgerufen 20.7.2025).

<https://on.orf.at/video/14285305/15920434/analyse-abhaengigkeit-zwischen-china-und-eu> (abgerufen 24.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/chapter/209/arbeitsweise-der-europaischen-union> (abgerufen 24.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/25/die-europaische-kommission>. (abgerufen 24.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/23/der-europaische-rat>. (abgerufen 24.7.2025).

https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF (abgerufen 24.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/24/der-rat-der-europaischen-union> (abgerufen 25.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/19/das-europaische-parlament-befugnisse> (abgerufen 25.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#strategy> (abgerufen 28.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#autonomy> (abgerufen 28.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/#resilience> (abgerufen 28.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/82/wettbewerbspolitik> (abgerufen 28.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-industrial-policy/> (abgerufen 28.7.2025).

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/87/wirtschaftspolitische-steuerung> (abgerufen 28.7.2025).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_550 (abgerufen 28.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de (abgerufen 28.7.2025).

https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/strategy/digital-transformation_en?prefLang=de (abgerufen 28.7.2025).

https://european-union.europa.eu/institutions-law-budget/budget/how-eu-budget-spent_de (abgerufen 29.7.2025).

<https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/2025-eu-budget/> (abgerufen 29.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022DC0230> (abgerufen 29.7.2025).

https://investeu.europa.eu/index_en (abgerufen 29.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness_en (abgerufen 29.7.2025).

<https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/green-deal-industrial-plan-2023.php> (abgerufen 29.7.2025).

https://next-generation-eu.europa.eu/index_de (abgerufen 30.7.2025).

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI\(2025\)769566_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/769566/EPRS_BRI(2025)769566_EN.pdf) (abgerufen 30.7.2025).

<https://www.energy.gov/lpo/inflation-reduction-act-2022> (abgerufen 30.7.2025).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52025DC0085> (abgerufen 30.7.2025).

<https://dejure.org/gesetze/EUV/42.html>. (abgerufen 30.7.2025).

<https://nachhaltigwirtschaften.at/de/publikationen/strategien/clean-industrial-deal-2025.php> (abgerufen 30.7.2025).

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de (abgerufen 30.7.2025).

<https://www.emobilserver.de/energie-ladetechnik/530-in-schweden-wird-europas-gr%C3%B6%C3%9Fte-batteriefabrik-gebaut.html>. (abgerufen 31.7.2025).

<https://www.business-punk.com/2025/04/northvolt-am-abgrund-europas-batterie-hoffnung-kaempft-ums-ueberleben/> (31.7.2025).

https://energis.de/ratgeber/mobilitaet/e_auto_akku (abgerufen 31.7.2025).

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2023-15/SR-2023-15_DE.pdf (abgerufen 31.7.2025).

<https://www.pressreader.com/> (abgerufen 31.7.2025).

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/internationale-sicherheitspolitik-353/517312/die-europaeische-union-als-sicherheitspolitischer-akteur/> (abgerufen 31.7.2025).

<https://www.wko.at/aussenwirtschaft/eu-usa-abkommen-ueber-zoelle-und-handel>. (abgerufen 22.8.2025).

<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/industriepolitik-38913> (abgerufen 28.8.2025).

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union
ASAP	Act of Support of Ammunition
BNP	Brutto Nationalprodukt
BIP	Brutto Inlandsprodukt
CID	Clean Industrial Deal
CO ₂	Kohlendioxyd
COVID-19	Corona-Grippe (CO=Corona, VI=Virus, D=Disease, 2019)
EDF	European Defence Fund, Europäischer Verteidigungsfonds
EDIPRA	European Defence Industry Procurement Reinforcement Act
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EURO	Währung in der Europäischen Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
IDB	Industrial Decarbonisation Bank
IRA US	Inflation Reduction Act of 2022, USA Law.
NATO	North Atlantic Treaty Organization
SAFE	Security Action for Europe
USA	Vereinigte Staaten (United States of America)
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation)

KURZFASSUNG

Das Thema dieser Masterarbeit lautet:

„Die aktuelle Industriepolitik der Europäischen Union. Eine kritische Betrachtung struktureller und strategischer Determinanten“.

Diese Masterarbeit untersucht die strukturellen und strategischen Determinanten der gegenwärtigen Industriepolitik der Europäischen Union und bewertet deren Bedeutung für die wirtschaftliche und institutionelle Ausrichtung der EU. Ziel der Arbeit ist es, eine fundierte Analyse der aktuellen industriepolitischen Strategie der EU und deren institutionellen Grundlagen vorzulegen und deren Kohärenz und Zukunftsfähigkeit kritisch zu prüfen.

Die Industriepolitik der Europäischen Union befindet sich gegenwärtig in einem grundlegenden Wandel. Globale Krisen, geopolitische Machtverschiebungen und ambitionierte klima- und energiepolitische Zielsetzungen erhöhen die Bedeutung einer strategischen Steuerung wirtschaftlicher Ressource.

Die Industriepolitik wird angesichts des Wandels der Weltwirtschaft in der aktuellen Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich der Bedeutung von Technologie und Innovation mit Blick auf die zukunftsorientierte Energietransformation betrachtet. Diese Arbeit zeigt auf, wie die EU-Institutionen politische Prioritäten definieren, industriepolitische Ziele festlegen und strategische Maßnahmen umsetzen.

Im Zentrum steht die Frage, wie die EU die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärken und eine nachhaltige, widerstandsfähige Wirtschaft fördern möchte. Dabei zeigen sich Spannungen zwischen industriepolitischen Ambitionen und den Prinzipien des Binnenmarkts und der Wettbewerbspolitik. Die vorliegende Arbeit identifiziert die relevanten Zielkonflikte und strategischen Widersprüche, analysiert sie systematisch und nimmt eine kritische Bewertung vor.

Schlüsselwörter: Europäische Union, Wirtschaftspolitik, EU-Industriepolitik, strategische Autonomie, Binnenmarkt, geopolitische Transformation, Technologie, Wettbewerbsfähigkeit, Strukturelle Determinanten, Strategische Determinanten.

ABSTRACT

The topic of this Master's thesis is:

" The European Union's current Industrial Policy
A critical examination of structural and strategic determinants".

This Master's thesis examines the structural and strategic determinants that characterize the current industrial policy of the European Union and assesses their significance for the EU's economic and institutional orientation. The aim of the thesis is to provide a well-founded analysis of the EU's current industrial policy strategy and its institutional foundations and to critically evaluate their coherence and future viability.

The European Union's industrial policy is currently undergoing a profound transformation. Global crises, geopolitical power shifts and ambitious climate and energy objectives have increased the importance of the strategic management of economic resources.

In view of the fundamental changes in the global economy, the ongoing debate on industrial policy reflects differing perspectives regarding the importance of technology and innovation in the context of the future-oriented energy transformation. This thesis outlines how EU institutions define political priorities, set industrial policy objectives, and implement strategic measures.

At the core of the analysis lies the question of how the EU seeks to strengthen the competitiveness of the European industry and support a sustainable and resilient economy through funding. The findings reveal tensions between industrial policy ambitions and the principles of the EU Single Market and competition policy. This thesis identifies the relevant conflicting objectives and strategic contradictions, analysis them systematically, and provides a critical assessment

Keywords:

European Union, Economic Policy, EU Industrial Policy, strategic autonomy, EU Single Market, geopolitical transformation, technology, competitiveness, structural determinants, strategic determinants.